

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Der Geist und der „Heilige Geist“.

Die Budgetkommission des Reichstages, in der seit Dienstag die Militärvorlage beraten wird, hat gleich am ersten Tage klar und deutlich bewiesen, daß die Mehrheit der Rüstungsfanatiker keinerlei Rücksicht auf die Bedürfnisse des Volkes nehmen will: sämtliche Anträge auf allgemeine Verkürzung der Dienstzeit wurden abgelehnt, dagegen das Einjährigprivileg nicht nur bestehen gelassen, sondern sogar erweitert. Für den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit war keine einzige der bürgerlichen Parteien zu haben; für die von den Fortschrittlichen beantragte anderthalbjährige stimmten als einzige Bürgerliche nur die Antragsteller.

Als der schneidigste Bekämpfer jeder Herabsetzung der Dienstzeit zeigte sich wieder einmal der Kriegsminister. Was er an alten und zehnmal widerlegten Argumenten vorbrachte, kam hier flüchtig übergegangen werden. Aber ein Ausspruch des Kriegsministers verdient auf alle Fälle festgenagelt zu werden. Er gab nämlich nach dem Bericht unumwunden zu, daß die zwei- und dreijährige Dienstzeit nicht durch die technische Ausbildung bedingt sei; aber „die Armee müsse nicht nur kriegstüchtige Leute, sondern patriotisch und vaterländisch denkende Menschen erziehen.“

Schon einmal hat der Kriegsminister einen ähnlichen Ausspruch, ja sogar in verstärkter Form getan. Am 17. April dieses Jahres äußerte er nämlich im Reichstag:

„Der Vortrags, daß wir bei der Ausbildung der Soldaten nichts trieben als Drill und Gewöhnung zum blinden Gehorsam, ist in keiner Weise zutreffend. Acht Reuteil der ganzen Ausbildungszeit verwenden wir auf die Erziehung der Mannschaften zu guten patriotischen Deutschen.“

Nimmt man den Kriegsminister beim Wort, so entfallen von den 24 Monaten der Dienstzeit noch nicht einmal drei auf die technische Ausbildung; aber selbst eine rhetorische Übertreibung zugestanden, steht nach den eigenen Aussprüchen des Kriegsministers fest, daß die Ausbildung der Mannschaften zur eigentlichen Kriegstüchtigkeit sich sehr wohl in weit kürzerer Zeit als der heutigen Dienstzeit erreichen läßt. Beharrt die Regierung gleichwohl darauf, die Soldaten zwei und drei Jahre bei der Fahne zu halten, so ist der offen ausgesprochene Zweck, daß man durch die langjährige Behandlung einen ganz bestimmten Geist in der Armee züchten will.

Welcher Art ist dieser Geist? — Unwillkürlich wird man bei dieser Frage an das Kaiserwort erinnert, wonach der Soldat gegebenenfalls auf Vater und Mutter schießen müsse. Es erscheint verständlich, wenn ein solcher Geist in die Köpfe deutscher Proletarier allerdings sehr schwer hereinzubringen ist. Ein Arbeiterjahn wird niemals begreifen, daß er den bunten Rock und die Waffen trägt, um seine Eltern und Geschwister oder um seiner Massengenossen Eltern und Geschwister niederzutreten. Es fragt sich nur, ob an dieser „Verständnislosigkeit“ selbst eine fünfjährige Dienstzeit etwas ändern würde.

Aber selbst wenn der Kriegsminister nur die Erzeugung einer allgemeinen Durststimmung und eines patriotischen Begeisterungsdrummels im Auge haben sollte, so wird dieser Geist von vornherein sehr wirksam bekämpft durch einen anderen Geist, der sicher in der Armee recht heimisch ist: wir meinen den berühmten „heiligen Geist“.

Solange die Mißhandlung jüngerer Mannschaften durch die — meist auf Anstiftung durch die Vorgesetzten — an der Tagesordnung ist, so lange die Vorgesetzten selber in tausenden von Fällen ihre Untergebenen auf das barbarischste schinden und quälen, wird es dem Kriegsminister schwer fallen, den von ihm gewünschten Geist am Leben zu erhalten. Wie der Rekrut denkt, der erst einmal seine „Seuge“ bezogen hat, das hat der Handarbeiter Franz Rehbein in seinen „Erinnerungen“ (verlegt bei Diederichs in Jena) für viele Tausende treffend dargelegt. Rehbein war gleich in den ersten Tagen seiner Militärzeit von „alten Leuten“ fürchtbar mißhandelt worden, ein Unteroffizier hatte ihn gezwungen, zehnmal vor der Mannschaft zu rufen „ich bin ein Esel“ usw. Nun hält am Sonntag der Divisionspfarrer eine salbungsvoll-süßige Rede über die erhobenen Pflichten des Soldaten und die Ehre, des Königs Rock zu tragen. Und welches sind die Gedanken des Soldaten?

„Mit sehr gemischten Gefühlen — schreibt Rehbein — hatte ich die Rede angehört. Ob der Pfarrer auch schon Zuplappen gegessen hatte? Ob er auch schon von alten Leuten verblüfft worden war? Ob er auch schon hatte rufen müssen: ich bin ein Esel?“

Solche Worte, die Tausenden aus der Seele gesprochen sind, die das gleiche Durcheinander haben, sollte sich der Herr Kriegsminister mit ehernen Lettern einprägen. Und dann möge er sich in aller Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit selber einmal fragen, ob die durch solche Behandlung erregte Mißstimmung damit beseitigt werden kann, daß man die Soldaten noch ein weiteres Jahr bei der Fahne hält.

Oder wenn ihm das nicht genügt, so gehe er einmal die Urteile seiner Kriegsgerichte aufmerksam durch. Dann stößt er vielleicht auf jenes Urteil gegen die beiden Saarbrücker Leutnants, die voriges Jahr des Schwimmens unkundige

Soldaten von einem sechs Meter hohen Turm in die Saar herabspringen und dann durch Nachgeben der Leine untertauchen ließen, bis der Mann stirbt ertrunken war. Und wenn er dann liest, daß die Strafen hierfür mit ganzen drei Wochen bezw. acht Tagen Stubenarrest bemessen wurden, so mag er sich selbst fragen, ob nicht das Bekanntwerden eines einzigen solchen Urteils in weiteren Kreisen genügen müßte, um jede Freude am Soldatsein zu ersticken.

Solcher Urteile gibt es aber nicht eines, sondern hunderte, ja tausende. Und auf der anderen Seite stehen die barbarischen Strafen gegen Gemeine, die nur den geringsten Verstoß gegen die heilige Disziplin begangen haben. Wir können dem Herrn Kriegsminister mit Urteilen aufwarten, in denen Kriegsgerichte Soldaten, die von den medizinischen Sachverständigen für unzurechnungsfähig erklärt worden waren, gleichwohl zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt haben, weil sie sich an einem Vorgesetzten vergreifen hatten. Ein Soldat, der bei einer Lanzbofenschlägerei gegen einen Unteroffizier das Seitengewehr gezogen hatte (ohne Schaden anzurichten), erhielt erst fünf Jahre Gefängnis, obwohl er in sinnloser Trunkenheit gehandelt hatte und der Stabsarzt als Sachverständiger einen völlig bestimmungslosen Zustand, der die freie Willensfreiheit ausschloß, zur Zeit der Tat begutachtete. Und der lobstüchtige Grenadier Slotinski, den ein Wutanfall bereits zwei Jahre Gefängnis gekostet hatte, muß einen im Gefängnis erlittenen neuerlichen Zofuchtsanfall mit weiteren zwei Jahren sieben Monaten büßen!

Solange unsere Militärjustiz jahrein jahraus solche Urteile fabriziert, bei denen jedermann im Volke die Haare zu Berge stehen, werden alle Bemühungen an den „Geist“ der Armee nichts nützen. Die Früchte eines Systems von Prügelei, Schrecksurteilen und Drill — jenes Systems, das vor 100 Jahren schon bei Jena und Auerstädt völligen Schiffbruch erlitten hat — lassen sich auch dadurch nicht beseitigen, daß man den Mannschaften zwei Jahre lang mit Gewalt den nötigen „Geist“, den nötigen Patriotismus einzubläuen sucht.

Ein Geist, wie ihn etwa die französischen Revolutionsarmeen besaßen, kann nur in einer Volkshere erzeugt werden, das keine abgeforderte Offizierskaste, kein Drillsystem, kein barbarisches Militärstrafgesetz kennt. Das Volk aber möge die Lehre ziehen, daß es in erster Linie diese verhassten Institute sind, denen bei uns jede — an sich mögliche — Verkürzung der Dienstzeit geopfert wird.

#### Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Mittwochssitzung kam es zu einer recht scharfen und temperamentvollen Debatte über die Garde, deren Abschaffung ein sozialdemokratischer Antrag forderte, neben der Aufhebung aller Eilbefehle. Namens der Konservativen erklärte Graf Westarp, sie lehnten den sozialdemokratischen Antrag ab, weil er in die Kommandogewalt des Kaisers eingreife. — Genosse Lensch begründete eingehend den Antrag. Es könne keine Rede davon sein, daß der Antrag mit der Verfassung in Widerspruch stehe, wie Erzberger und der Kriegsminister glauben machen wollen. Umgekehrt beweist der angezogene Artikel 63 der Verfassung, daß die

Existenz der Garde gegen die Verfassung verstoße.

Das Gardeoffizierskorps stelle eine Art Double-Cremo innerhalb des ohnehin schon kastenmäßig abgeschlossenen Offizierskorps dar, und stehe dem Volke und den Mannschaften noch fremder und verständnisloser gegenüber. Die Garde ist noch ein Ueberbleibsel aus der Zeit der Soldatenspielererei und militärisch ohne besondere Bedeutung. Die in die Uniform gekleideten Söhne des Volkes sind uns Sozialdemokraten zu gut, um als höfische Repräsentationstruppe Verwendung zu finden. Wenn man die Regimenter, in denen vorzugsweise die Söhne bestimmter Geschlechter dienen, in die Grenzregimenter verlegen würde, müßte sich bald zeigen, wie es mit dem Patriotismus dieser Adeligen steht. Militärisch ist die Garde ohne besondere Bedeutung; sie stellt eine fortgesetzte Bedrohung der Verfassung dar.

Der Kriegsminister widersprach dem sozialdemokratischen Antrage, der die Tradition bei so vielen Regimentern brechen würde. Ähnlich sollen keine Elite-Regimenter geschaffen werden, aber bei manchen Regimentern habe sich die Ergänzung des Offizierskorps aus bestimmten Geschlechtern historisch entwickelt. Daran dürfe nicht gerüttelt werden. Wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme finde, so ist

die Heeresvorlage für die Regierung unannehmbar.

(Zehnte Bewegung.) — Abg. Müller-Weinigen betonte sofort, daß durch die Erklärung des Ministers Konfliktstoff geschaffen werde. Der Minister scheine gar nicht die Stimmung im Volke zu kennen, die der Existenz von Elitetruppen nicht günstig ist. — Genosse Schöpflin sprach dem Minister den Dank für die unwillkürliche Hilfe in der Bekämpfung der Militärvorlage aus. Wenn der Bestand der Garde der Regierung wichtiger sei als die geforderten 135 000 Mann, sei die völlige Ueberflüssigkeit der Militärvorlage glatt bewiesen. Im Volke draußen werde man nicht wenig überrascht sein von der Erklärung des Ministers. Schöpflin wies nach, daß die Garde eine besonders militärische Bedeutung nicht haben kann und eine solche auch in den Kriegen der Vergangenheit nicht

erwiesen hat. Es sei doch ein sehr starkes Stück, nachdem die Militärverwaltung die angelegliche dringende Notwendigkeit der neuen Militärvorlage behauptet habe, nun zu erklären, falls das Gardeprinzip beseitigt werde im Gefolge, sei die Militärvorlage für die Regierung unannehmbar. Der Minister werde sich wundern, welche Wirkung seine Erklärung bei den Volksmassen haben werde. — Genosse Kosske wandte sich ebenfalls lebhaft gegen den Minister wegen der Verteilung der Garde. Die Rede des Ministers sei eine förmliche antimilitaristische gewesen. Die Regierung würde ihr blaues Wunder erleben, wenn sie wegen der Garde eine Reichstagsauflösung herbeiführen würde.

Der Kriegsminister hatte inzwischen eingesehen, welche eine Waffe seine Erklärung für die Gegner bedeutet. Er versuchte nun, seine Erklärung dahin zu deuten, nicht wegen der Garde würde die Vorlage unannehmbar werden, falls der sozialdemokratische Antrag Annahme finde, sondern weil der Antrag in die Kommandogewalt des Kaisers eingreife und der Tradition und dem Geist der ganzen Armee widerspreche. — Abg. Erzberger betonte, für ihn sei es selbstverständlich, daß der Reichstag aufgelöst wird, falls der sozialdemokratische Antrag Annahme finde. Das Zentrum lehne den Antrag ab, es sei für die Verbleibung der Garde. — Abg. Liesching (Sp.) bedauerte die Erklärung des Ministers, die eine Herabsetzung der anderen Truppen gegenüber der Garde bedeute. — Abg. Semler bat den Minister, seiner Erklärung noch eine weitere Interpretation zu geben, was schallende Heiterkeit hervorrief. — Genosse Frank wies nach, daß die Existenz der Garde im

Widerspruch mit dem Artikel 63 der Verfassung

stehe. Die Befestigung der Garde sei auch deshalb geboten, weil ihre Mobilmachung mit Schwierigkeiten verbunden sei, während doch die Militärverwaltung immer betone, es komme bei Ausbruch des Krieges darauf an, daß schnellstens die aktiven Truppen an die Grenze gebracht werden können. Dem Zentrum sei offensichtlich wieder einmal vom Kanzler eine Warnung zugegangen, darum gebärde es sich so bewilligungslustig. — Abg. Erzberger erklärte die Meldung des „Tag“ von einer an das Zentrum ergangenen Warnung des Kanzlers als eine Sensationsnachricht, die er für seine Person dementiere. — Abg. Gruber bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, für den Gen. Hase noch energisch eintrat. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Volksparteier und des Eisfäders Haegy abgelehnt, ebenso die volksparteiliche Resolution, die die Befestigung der Privatregierung bestimmter Truppenteile fordert. Angenommen wurde gegen die konfessionellen Stimmen eine Resolution Wassermann, die fordert, daß der Entwicklung in einzelnen Regimentern auf ausschließlich adlige Offizierskorps entgegengetreten werde.

Sodann wurde ein Antrag Wassermann debattiert, der einen ständigen Austausch zwischen den Offizieren der Grenzregimenter und denen aus günstiger garnisonierten Regimentern fordert. Dem Kriegsminister ist der Antrag sympathisch, aber der Durchführung des Antrages werden sich große Schwierigkeiten entgegenstellen. Es wird heute schon entsprechend verfahren. — Genosse Südekum betonte, daß die Sozialdemokraten mit der Anregung sympathisieren, jedoch sei zu bedenken, daß die Verfeinerungen enorm wachsen werden. Planlose Verfeinerungen müßten natürlich vermieden werden. Die Resolution wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, der die Befestigung der Volksparteier und ihre Ergänzung durch Zivilhandwerker forderte, wurde durch den Genossen Stücken begründet. Die Soldaten seien zum Dienst mit der Waffe da, aber nicht, um Verfeinerung zu leisten und dadurch die Zivilhandwerker Konkurrenz zu machen. — Der Kriegsminister bat um Ablehnung des Antrages, wünschte aber, daß die Kommission auspricht, in welcher Richtung sie hierin Reformen wünsche. Die Volksparteier forderte ganz abzuschaffen sei unmöglich, jedoch könnten sie an Zahl beschränkt, die der Zivilhandwerker vermehrt werden. — Abg. Erzberger erklärte, das Zentrum lehne den Antrag ab. Mehr Zivilhandwerker einzustellen, würde nur verteuern. Die Volksparteier seien notwendig. Unsere Genossen änderten ihren Antrag in eine Resolution um. Genosse Stücken erklärte, nicht der einzelne Volksparteier bei der Kompagnie oder Eskadron solle beseitigt werden, sondern die, die in großen militärischen Besätzen in erheblicher Zahl tätig sind. — Die Volksparteier wollten nur dann der Resolution zustimmen, wenn sie eingeschränkt wird. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die Resolution abgelehnt.

Den sozialdemokratischen Antrag, der die

Abschaffung des Wurfgeschweizes

fordert, begründete Genosse Stücken. Mit dem Hinweis, daß jeder Mann eines mindestens zweijährigen Dienstes mit der Waffe bedarf, seien die rund 30 000 Offiziersbüchsen in schroffen Widerspruch, deren Tüchtigkeit die eines Dienstmädchens, nicht aber die eines Soldaten ist. Nebener charakterisiert in satirischer Weise die Tätigkeit eines Offiziersbüchsen. Ist doch bereits ein dieses Buch erschienen, das genau die Tätigkeit der Wurfgeschweize behandelt. Zwar soll den Zeug- und Festungsbaufachoffizieren der Wurfgeschweize entzogen werden, nicht aus Sparmaßregeln, sondern um eine weitere Klassifikation zu schaffen unter den Offizieren. Für das Wurfgeschweize fehlt jede gesetzliche Grundlage, es beruht einfach auf längst abzuschaffenden Ueberlieferungen. Die Offiziere haben keinen Anspruch auf diese Dienstleistungen, die ihnen durch Soldaten geleistet werden müssen. Entweder müssen die Wurfgeschweize beseitigt werden oder es sind 20 000 Mann von der Präsenzliste zu streichen. — Abg. Erzberger vertrat den Zentrumsantrag, der eine Verringerung der Wurfgeschweize fordert. Die Verwaltung habe bereits Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen. — General Wandel erklärte, die Verwaltung sei immer

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepolte Rollen-  
größe über deren Raum 60 Bg. für  
politische und gewerkschaftliche Berichte  
und Bekanntmachungen 30 Bg.  
„Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
Wort 20 Bg. (zweifache 2-fache  
Wörter), jedes weitere Wort 10 Bg.  
Einfachgedruckte und Schließzeilen  
zählen das erste Wort 10 Bg., jedes  
weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buch-  
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
für die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

benutzt gewesen, das Burschenwesen so weit als möglich zu vermindern. Heute sind 23 000 Burschen vorhanden, die aber alle eine kriegsgemäße Ausbildung erhalten. Die Mehrzahl der Jungoffiziere war damit einverstanden, daß ihnen die Burschen genommen und dafür eine Geldentschädigung gewährt wird. Ein Gesetz existiert nicht, das den Offizieren einen Burschen gewährt, das Burschenwesen ist vor mehr als hundert Jahren durch eine Kabinetsorder geschaffen worden. — Genosse Stücken polemisierte gegen den General Wandel und widerlegte dessen Einwendungen. — Abg. v. Putzig trat für das Burschenwesen ein, durch das die Wehrhaftigkeit nicht beeinträchtigt werde. — Abg. Müller-Reinigen gab Mißbräuche beim Burschenwesen zu, bekämpfte aber die völlige Abschaffung. — Genosse Schöpflin kritisierte es, daß vielfach die Burschen

in einer Kabinetsorder festsetzt,

eine Tatsache, die Genosse Sadekum als einen Skandal bezeichnete. Schöpflin betonte auch, daß er glaube, daß die Burschen, die im ersten Jahre aktiven Militärdienst leisten, kriegsgemäß ausgebildet seien, wie die Verwaltung behauptet. Das gelte aber nicht nur für die Burschen, sondern für alle Soldaten, so daß also heute General Wandel bestätigt habe, daß mit der einjährigen Dienstzeit kriegsbrauchbare Soldaten auszubilden sind. — General Wandel gab zu, daß Burschen in Kabinetsordern gestiftet werden, hielt es aber für zulässig. Die Zentrumsresolution wurde angenommen.

Genosse Roske begründete sodann eine sozialdemokratische Resolution, die die Regierung aufforderte, auf eine Beseitigung der Militärkapellen hinzuwirken. Das sei aus Gründen der Sparsamkeit ebenso notwendig wie im Interesse der Zivilberufsmänner. — Der Kriegsminister betonte die „Notwendigkeit“ der Militärkapellen, auf eine Beschränkung der Zahl der Kapellen arbeite die Verwaltung hin. Die Musik habe in bestimmten Fällen eine große Bedeutung für die Truppen sowohl auf dem Marsch wie auch sonst. — Abg. Fischbeck wandte sich gegen die sozialdemokratische Resolution, wenn er auch wünsche, daß den Zivilmusikern keine große Konkurrenz gemacht wird. Die Resolution wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Das Zentrum beantragte, daß die Soldaten jährlich mindestens 4 Wochen Urlaub erhalten können, ferner bei den berittenen Truppen Urlaub in erhöhtem Maße gewährt wird, und endlich den aus der Landwirtschaft kommenden Soldaten während der Erntegzeit Urlaub gewährt wird. Nach einer Begründung durch den Abg. Erzberger bemängelt Genosse Sadekum die unklare Fassung der Resolution, die die Urlaubsbewilligung auch in Zukunft

der Laune des Kompagniechefs

ausliefern. Es müsse der Anspruch des Soldaten auf Urlaub festgelegt werden. — Dagegen wandte sich der Kriegsminister. Es würde dem ganzen Wesen der Armee widersprechen, wenn ohne Rücksicht auf Führung und Leistung der Soldat Urlaub erhalten müßte. Von Launen bei der Urlaubverteilung könne keine Rede sein. Der Zentrumsantrag fand einstimmige Annahme, ebenso der weitere Antrag auf Beseitigung des strengen Arrestes als Disziplinarstrafe. — Abg. Erzberger führte aus, daß, wenn man diese Strafe beibehalten wolle, sie dann nur auf Grund eines Gerichtsurteils verhängt werden solle. — Der Kriegsminister konnte eine Erklärung nicht abgeben; eine vorherige Rücksprache mit den Truppenkommandeuren sei notwendig. Scharfe Disziplinarstrafen sind bei der Armee notwendig und nicht zu entbehren. — Genosse Sadekum führte aus, der strenge Arrest müsse völlig beseitigt werden. Schon vor Jahrzehnten ist die

Strafart als ein barbarische

bezeichnet worden. Dieser Strafe verfallen jede oft getadete Leute, die geistig beschränkt sind. So mancher Soldat ist durch den strengen Arrest zeitweilig unglücklich gemacht worden. Als es galt, die Disziplinarstrafe beim Militär abzuschaffen, ist genau so argumentiert worden, wie es heute der Kriegsminister getan hat. Solche Strafmittel gehören nicht mehr in die moderne Zeit, und es wäre traurig, wenn die Armee nicht ohne eine solche Barbarei auskommen sollte. Mit der Intensität des Wirtschaftslebens und des Kampfes um das Dasein nimmt die Zahl der Psychopaten zu. Dieser Erscheinung muß auch der Strafvollzug Rechnung tragen. — Abg. S. e. l. e. r. m. i. n. i. s. t. e. r. den letzten und mittleren Arrest fürchten die Mannschaften nicht. — Der Kriegsminister berief sich auf ein Urteil des früheren Reichsstatthalter Grafen Pallesin, der den strengen Arrest entgegen. Die sozialdemokratische Anregung, den strengen Arrest überhaupt zu beseitigen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Volksparteier und des Polen abgelehnt, ebenso die Forderung, den Mittelarrest zu mildern; gegen die Stimmen der Konservativen wurde sodann der Zentrumsantrag angenommen.

Eine lebhaftige Debatte wurde wegen des

Militärbojotts

gepflogen. Unsere Genossen beantragten, daß keinem Soldaten der Besuch von Lokalen verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Überzeugung hat oder seine Lokaltät den bestimmten Parteien überläßt. Gen. H. a. s. e. brachte ungemein droßliche Fälle militärischen Bojotts zur Sprache, der sich sogar gegen die Bureau von Rechtsanwältinnen und gegen Verste schon gerichtet hat. Wegen diesen militärischen Terrorismus müsse entschieden Front gemacht werden, werden doch auch zahlreiche Existenzen durch ihn gefährdet und ruiniert. Die neue schwere Volksbelastung muß dazu benutzt werden, um diesen Terrorismus zu beseitigen. — Graf N. i. e. l. z. y. n. s. k. i. forderte die Aufhebung des Bojotts, außer es werde antimilitaristische Propaganda in den Lokalen getrieben oder die Soldaten werden gegen die militärische Macht aufgereizt. Vor dieser Forderung warnte Genosse H. a. s. e. recht eindringlich, sie würde der Militärverwaltung geradezu die gefühlte Grundlage für ihr terroristisches Vorgehen geben. Das wäre noch viel gefährlicher als der heutige Zustand. Die Polen würden ebenfalls unter der Ausführung des Antrages N. i. e. l. z. y. n. s. k. i. zu leiden haben. — Graf N. i. e. l. z. y. n. s. k. i. brachte Fälle militärischen Bojotts aus den polnischen Bezirken zur Sprache. — Abg. Lesching wandte sich gegen den polnischen Antrag und bekämpfte den Bojott. — Der Kriegsminister erklärte, der sozialdemokratische Antrag verhoffe gegen die Kommandogewalt des Kaisers und sei unannehmbar. Der Bojott werde nicht aus politischen Gründen, sondern aus Gründen der Disziplin verhängt gegen Lokale, in denen

Sozialdemokraten, Zuhälter und Dirnen

verkehren. Jeder Truppenkommandeur müsse hier die Entscheidung fällen. In den polnischen Bezirken seien die Polen selbst schuld, wenn der Bojott sich gegen sie richte. Wenn über Privatwohnungen der Bojott verhängt wird, so müsse das entschieden mißbilligt werden. — Genosse Roske widersprach dem Minister und behauptete die von der Militärverwaltung beliebte Zusammenstellung von Sozialdemokraten, Zuhältern und Dirnen und zeigte, wie trivial der Militärbojott ist. — Die Genossen Franz und Schöpflin brandmachten gleichfalls den militärischen Terrorismus, der wenig schmeichlich auch für die Armee sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, ein ähnlicher Antrag der Volksparteier gleichfalls; der polnische Antrag fand mit

Stimmengleichheit Ablehnung. Für diesen Antrag stimmte das Zentrum, das an der Debatte sich gar nicht beteiligte. Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt, da am Donnerstag katholischer Feiertag ist.

## Der Zar in Berlin.

Zu der Hochzeit der Tochter Wilhelms II. mit dem Prinzen von Cumberland kommt heute der russische Zar nach Berlin, und so wenig wir uns sonst um Familienangelegenheiten kümmern, dem Selbstherrlicher Rußlands müssen auch wir ein paar Worte der Begrüßung widmen. Denn der Zar steht weniger als irgendein anderer Monarch über den politischen Kämpfen, und die Rolle, die er in der blutigen Niederwerfung aller Freiheitsbestrebungen gespielt hat, kann ihm nie vergessen werden. Zar Nikolaus II. ist zwar nicht der einzig einschlagende Faktor der innerrussischen Politik. Aber soweit absolutistische Verantw. hat, gegen alle kulturellen Neuerungen, Nachdruck gegenüber den vorwärtsdrängenden Elementen des Volkes die Bestrebungen der junkerlich-bureaucratischen Diktatur zu fördern vermochten, hat Nikolaus II. nach Kräften dazu beigetragen, die Herrschaft der Knete und des Galgens im russischen Reich zu festigen.

Es ist ein Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Kultur, daß dieser Herrscher nach der blutigen Niederwerfung der Revolution von den Staatsoberhäuptern und Politikern der kapitalistischen Welt mit offenen Armen aufgenommen wurde, und seitdem eine beherrschende Rolle in der internationalen Politik spielt. Zu ihm wallfahren die Kaiser und Könige, vor ihm beugen sich die Präsidenten und Minister, seinen Händen vertraut die Börse ihre goldenen Schätze an, und wenn auch die bürgerliche Presse mitunter, bei politischen Komplikationen, von dem raffinierten Doppelspiel und der Inanmie der russischen Politik spricht, so verläumt sie doch nicht, den Zaren, das absolute Oberhaupt der russischen Politik, seiner „Friedensliebe“ wegen zu feiern.

Nach Berlin kommt der Zar angeblich nur zur Familienfeier am deutschen Kaiserhof. Also nur ein intimes Beisammensein der höchsten und allerhöchsten Herrschaften, die ja bekanntlich fast alle untereinander verheiratet und verschwägert sind. Indessen ist es keineswegs ausgeschlossen, daß auch politische Fragen bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden. Es heißt, die Gespräche würden sich auf die noch schwebenden Fragen des naben und des fernern Ostens erstrecken. Vielleicht benutzt auch Herr v. Bethmann die Gelegenheit, um sich mit dem Zaren wegen der von russischer Seite drohenden militärischen „Gefahr“ an der Ostgrenze auseinanderzusetzen.

Daß der Zar die Stimme des deutschen Volkes hört, davon ist natürlich aus guten Gründen Abstand genommen worden. Die strengen Abherrungsmassnahmen, das Meer der russischen Spindel, die einträchtig mit der preussischen Polizei zusammenarbeiten, dienen natürlich nicht nur dem „Schutz“ des „heißgeliebten“ Monarchen. Es soll verhindert werden, daß der Zar erkenne, welches Gefühl das werktätige Berlin dem Unterdrücker seines Volkes entgegenbringt.

## Die Soldatendemonstrationen in Toul.

Paris, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Daß die Zurückbehaltung des Jahrgangs 1912 in der Armee eine große Erregung hervorgerufen würde, war vorauszusehen. Nach Hunderten zählen die Zuschriften, die die Redaktion der „Humanität“ und viele sozialistische Depu. seit dem Beginn der Kampagne gegen die dreijährige Dienstzeit von Soldaten erhalten haben. Der Kammerbeschluss vom letzten Donnerstag aber hat in der großen Garnisonstadt Toul an der Ostgrenze Manifestationen hervorgerufen, deren Vertuschung der Regierung und der militaristischen Presse unmöglich war. Der „Temps“ gibt heute von ihnen einen ausführlichen Bericht, dem wir folgenden entnehmen:

Schon seit einiger Zeit war in verschiedenen Armeeteilen eine Mißstimmung zu bemerken, die sich u. a. bei der Vorführung des Kriegsministers Etienne in den Kinographentheatern im Ruf: Nieder mit den drei Jahren! kundgab. Besonders lebhaft war die antimilitaristische Kampagne in der 77. Brigade (146. und 153. Infanterieregiment), die sich aus dem Seine-Departement und Versailles rekrutiert. Am Sonnabend nach der Abendstunde zogen große Scharen Soldaten nach der Stadt. Sie marschierten in Bierreihen; von der 7. Kompagnie des 153. Regiments zog die Hälfte auf einmal aus. Man dachte zuerst, daß die Soldaten den Papstbescheid begleiten wollten, aber gegen 6 1/2 Uhr sah man sie vor dem Militärzirkel (Offizierskasino) erscheinen, wo sie Protestrufe gegen die dreijährige Dienstzeit ausbrachten. Gleiche stimmten auch die „Internationale“. Ein Leutnant in Zivil machte den Demonstranten Vorstellungen, aber er bekam heftige Worte zu hören und wurde herumgestoßen. Ein Hauptmann holte ihn aus der Menge heraus. Ähnlich ging es auf einem andern Platz einem Artillerieleutnant. Als er einem Soldaten das Knie wegnahm, wollte, um die Kammer festzustellen, besam er Schläge und mußte sich mit dem Stocke heraushauen. Der Platzkommandant ließ hierauf die Hauptstraßen durch aus anderen Regimentern rekrutierte Patrouillen räumen. Hierbei wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Um neue Manifestationen zu vermeiden, ließ der Platzkommandant plötzlich Alarm blasen, was die Soldaten zur schleunigen Rückkehr veranlaßte. Die Nacht verlief in der Stadt ruhig. In der Kaserne des 6. Artillerieregiments aber stimmten mehrere Soldaten nach dem Auslösen der Lichter die Internationale an.

Am Sonntagmorgen konfignierte der Platzmajor die Garnison und ließ je eine Kompagnie von jedem Regiment bewaffnet Pilet bilden. Auch eine Schwadron Dragoner wurde konfigniert. Am 9 Uhr berief der Generalgouverneur General Römy alle Generale und Abteilungschefs zu einer Beratung, deren Ergebnisse indes geheim blieben. — Um 1 1/2 Uhr sah man zahlreiche Gruppen Soldaten über die Rue de la République nach dem Postamt gehen, wo sie die Straße nach Dommartin einschlugen. Auf die Frage, wohin ihr Weg gehe, antworteten sie spöttisch: „Wir gehen Fußball spielen.“ Um 2 Uhr sahen Toulser Bürger eine Menge Soldaten auf dem Schießplatz von Chaudeneu versammelt. Sie meldeten dies telephonisch der Gendarmerie. Bald erschien der Platzkommandant zur Hof auf dem Schießplatz. Er wurde mit Pfeifen empfangen. Viele Soldaten riefen: „Wir weigern uns nicht, uns zu schlagen. Aber wir wollen nicht drei Jahre hierbleiben!“ Der Platzkommandant, der zu parlamentieren versuchte, wurde umringt. Anwesende Mitglieder eines Schützenvereins befreiten ihn und nahmen einige Demonstranten fest. Hierauf wurden die bereitgehaltenen Dragoner nach dem Platz beordert, die die Demonstranten auseinanderpresengten. Einem Leutnant in Zivil, der an der Operation teilnehmen wollte, wurde der Hut eingeschlagen und der Stock zerbrochen. So kam zu einer Prügelei der Soldaten mit den Ortsbewohnern, die gegen sie Partei nahmen. — Offenbar

haben die Dragoner nicht ausgereicht, denn es wurden auch die Infanteriepilets herangezogen, die im Sturmschritt herbeieilten. Ein Korporal-Zugführer vom 79. Regiment weigerte sich aber, zu marschieren. Er wurde entwaffnet und in den Arrest geführt.

Damit waren die Demonstrationen beendet. Die Gendarmerie sperrete die Place de la République ab und ließ keinen Soldaten zu dem dort am Nachmittag stattfindenden Blaskonzert durch. Um 5 Uhr ließ der Platzkommandant durch Militär- und Gendarmeriepatrouillen alle Soldaten zur Heimkehr in die Kaserne zwingen. Auch die Cafés wurden abgesehlt. Im ganzen sind etwa 20 Verhaftungen vorgenommen worden.

Demonstrationen in anderen Garnisonen.

Paris, 21. Mai. Auf der Place de la République versuchte gestern Abend eine Gruppe von Soldaten des 28. Infanterieregiments eine Kundgebung gegen die Zurückbehaltung der Jahressklasse 1911 zu veranstalten, wurde jedoch von der Polizei vertrieben.

Paris, 21. Mai. Mehreren Blättern zufolge veranstaltete in der Kaserne des Vorstadtviertels Clignancourt die 1. Kompagnie des Infanterieregiments im Kasernehofe eine Kundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit und sang dabei die Internationale. Bei der Kundgebung auf der Place de la République wurde ein Unteroffizier, der gegen die Manifestanten einschreiten wollte, von den Soldaten und der Volksmenge verhöhnt.

Nancy, 21. Mai. Einige Gruppen von Soldaten des 124. Infanterieregiments, einige hundert Mann im ganzen, sammelten sich gestern Abend um 7 Uhr und zogen durch die Hauptstraßen mit dem Rufe: Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit! Mehrere fingen die Internationale. Ein Offizier versuchte vergeblich, sie zu zerstreuen. Um 8 Uhr gingen die Manifestanten auseinander, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Beim Abendappell waren alle Soldaten in die Kaserne zurückgeführt.

Chalon sur Saône, 21. Mai. Gestern versuchten einige Artilleristen eine Kundgebung gegen die Zurückbehaltung des Jahrganges 1911 bei den Fahnen, gingen jedoch auf Zureden eines Unteroffiziers auseinander.

Nancy, 21. Mai. Trotz aller von den Militärbehörden getroffenen Vorkehrungen veranstaltete eine Anzahl Soldaten des 8. Artillerieregiments in einem Mannschaftszimmer eine Kundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit und sang die Internationale. Mehrere Artilleristen wurden ins Gefängnis abgeführt und die Mannschaften der betreffenden Batterien mit Kasernearrest bestraft. — Heute Nacht wurden in verschiedenen Kasernen kleine Anschlagzettel angeklebt, die gegen die Zurückbehaltung der Jahressklasse 1910 Einspruch erheben und die Soldaten auffordern, sich am nächsten Sonntag auf dem Stanislausplatz an einer Kundgebung zu beteiligen.

Die Rache der Militaristen.

Nancy, 21. Mai. General Gortisch, Kommandant des 20. Armeekorps, hat einen Tagesbefehl erlassen, der besagt, infolge der bedauerlichen Vorfälle in Toul seien zunächst, noch vor Abschluss der Untersuchung, folgende Maßnahmen verfügt worden: 16 Militärpersonen sind dem Kriegsgericht überwiesen, 15 zur Verurteilung in die Strafabteilungen vorgeschlagen, 40 mit Arrest zwischen 30 und 60 Tagen bestraft, 13 wegen Schlafheit in der Handhabung ihrer Befugnisse degradiert oder in einem niedrigeren Grad versetzt.

Nancy, 21. Mai. Kraft der ihm vom Minister übertragenen Vollmacht hat General Bau entschieden, daß alle an den Kundgebungen in Toul beteiligten Mädel-führer und Helfershelfer in die Strafkompagnien geschickt werden.

Nancy, 21. Mai. Ein in Toul eingetroffener Befehl des Kriegsministers unteragt bis zum Erlaß eines neuen Befehls allen Offizieren und Militärbeamten das Tragen von Zivilkleidung.

Reaktionäre Hebe.

Paris, 21. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ behauptet, daß viele Soldaten sich deswegen dem Demonstrationstzuge angeschlossen, weil die dem Zuge voranschreitenden Korporale sie dazu kommandiert hätten, sie also nicht gegen die Disziplin verstossen wollten! Der „Temps“ verbreitet ferner die ungeheuerliche Geschichte, wonach ein Unteroffizier in Toul in einem Bissor ein an den Genossen J. a. r. d. s. gerichtetes Schreiben gefunden haben will, worin der Schreiber unter anderem mitteilt, daß er in der Armee noch weiter für Manifestationen und gegen weitere Mächtigungen unter den organisierten Arbeitern agitiere. Dieser offensbare Spindelbrief soll auch schon angeblich den Untersuchungsakten einverleibt sein. Der „Temps“ veröffentlicht auf diesem Anlaß einen wilden Denunziationsartikel gegen die Gewerkschaftskonföderation und die Partei.

Antimilitaristische Demonstrationen in Paris.

Paris, 21. Mai. (B. L. W.) In Boulogne bei Paris fanden gestern nachmittag arge antimilitaristische Straßendemonstrationen statt. Zwei Automobile, die rote Fahnen und rote Anschlagzettel mit der Aufschrift: Nieder mit dem Geseh über die drei Jahre, nieder mit der Armee trugen, fuhrten durch die Straßen der Stadt. Der Polizeikommissar ließ die Autos durch Schutzleute auf Fahrrädern verfolgen. Es gelang auch, eines der Autos anzuhalten und die zwei Insassen festzunehmen. Einige Stunden später wurden in Boulogne etwa 40 Gefechtspflichtige, denen eine Triflore vorausgetragen wurde, von etwa 50 Antimilitaristen, die in dem Lokal eines Arbeiterkonsumvereins versammelt gewesen waren, überfallen und mit Steinen beworfen. Schutzleute griffen ein und es entstand ein heftiges Handgemenge, wobei ein Polizeikommissar und vier Gefechtspflichtige nicht unerheblich verletzt wurden. Inzwischen war aus dem benachbarten St. Cloud eine Abteilung Kavallerie herbeigezogen, bei deren Anblick die Antimilitaristen in das Konsumvereinslokal zurückzogen. Zwölf von ihnen wurden verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß auf Seiten der Antimilitaristen auch ein Krillerist in einer Arbeiterbluse an der Kauferei teilgenommen hatte.

Bestrafte Antimilitaristen.

Paris, 21. Mai. Das Justizpolizeigericht von Troves verurteilte eine Anzahl Antimilitaristen, die am letzten Sonnabend während des Papstbesuchs Beschwörungen gegen die Armee angestiftet hatten, zu 6 bis 30 Tagen Gefängnis.

## Politische Uebersicht.

„Verrat des Freisinn an der bürgerlichen Sache“.

So nennt in wutschaumenden Ergüssen das Vertel-Blatt eine von der „Freisinnigen Zeitung“ anscheinend partei-offiziös ausgegebene Parole für die Wahlmänner-Stichwahlen, die folgenden Wortlaut hat:

In denjenigen Bezirken, in welchen die Urwahlen in Form von Kreiswahlen vorgenommen worden sind, finden im Laufe dieser Woche die Stichwahlen für die Wahlmänner statt. Aufgabe unserer Partei muß es sein, überall dort, wo die eigenen Kandidaten zur Stichwahl stehen, alles daran zu setzen, um sie zum Siege zu bringen. Wo aber die Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei ausgefallen sind, gilt es, zu verhindern, daß die Reaktion bei den Abgeordnetenwahlen den schließlichen Erfolg davonträgt. Danach sollten unsere Freunde überall handeln, wo die Wahl schwarz-blauer Kandidaten in Frage kommt.

Das sei, so lamentiert die „Deutsche Tages-Ztg.“, die glatte Aufforderung von Partei wegen, gegebenenfalls auch die Sozialdemokratie zu unterstützen, direkt oder indirekt, und was für die Wahlmännerwahlen gilt, wird dann wohl für die Abgeordnetenwahlen erst recht gelten sollen. Auch die „Kreuz-Ztg.“ ergeht sich in ähnlichen Klagen.

In ihrer Abendausgabe tut dann die „Deutsche Tages-Zeitung“ wieder so, als sei es den Junkern total gleichgültig, ob sie ein paar Mandate mehr oder weniger eroberten. Zugleich aber sucht sie dem Freisinn vorzureden, daß er bei einem solchen Vorgehen keinen besonderen Gewinn haben werde, da er doch auch in einigen Wahlkreisen der bürgerlichen Hilfe bedürfe. Da das Junkerorgan jedoch vermutet, daß der Freisinn bei der Berechnung seiner Chancen doch wohl zu einem anderen Resultat kommen könnte, droht es ihm mit „Folgerungen für die allgemeine Behandlung“. Das „Dämpfungsabkommen“ sei schon die „unwürdigste politische Handlung unserer modernen Parteigeschichte“ gewesen. Sehe der Freisinn aber diese Politik fort, so könne er nur noch „als der rechte Flügel der Sozialdemokratie angesehen werden“.

Die Möglichkeit, ein Duzend Mandate zu verlieren, ist den Junkern so auf die Nerven gefallen, daß sie nicht einmal mehr den Fluch der Väterlichkeit scheuen!

Auch die Nationalliberalen haben nun schleunigst eine offizielle Stichwahlparole ausgegeben, die so formuliert ist: „Im Hinblick auf die im Laufe dieser Woche stattfindenden Wahlmännerstichwahlen (Kreiswahlen) verweisen wir auf den Beschluß des 4. Preussischen Vertretertages der Nationalliberalen Partei in Hannover am 6. April d. J., der wie folgt lautet: „Der 4. Allgemeine Preussische Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß bei den kommenden preussischen Landtagswahlen die Wahlkreisorganisationen und die Kandidaten gegenüber der Sozialdemokratie keinerlei Verpflichtungen übernehmen.“

Im Sinne dieses Beschlusses liegt es, daß überall dort, wo Wahlmänner anderer bürgerlicher Parteien in Stichwahl mit sozialdemokratischen Wahlmännern stehen, die nationalliberalen Wähler unbedingt für die bürgerlichen Wahlmänner einzutreten.“

### Stichwahlen.

Das Ergebnis in Finneberg-Elmhorn wird von den Fortschrittlichen noch immer angezweifelt. Das Landratsamt hat festgestellt, daß für Graf v. Rolke (Freil.) 207, für Fogter (Op.) 121 und für v. Elm (Soz.) 122 Wahlmänner gewählt seien. Die fortschrittliche „Elmhörner Zeitung“ ist nun mit der Ausschaltung der Fortschrittler aus der Stichwahl gar nicht zufrieden, sie schreibt: „Nach unseren Feststellungen hat unser Kandidat Abg. Fogter 122, eventuell noch einen bis zwei Wahlmänner mehr erhalten, während für den sozialdemokratischen Abgeordneten v. Elm 121 gezählt werden.“ Die Abgeordnetenwahl wird schon die Klarheit bringen, die Hauptsache ist, daß dann die Fortschrittler nicht versagen.

In Bielefeld stellt sich nach den Stichwahlen das Resultat wie folgt: Sozialdemokraten 335, Fortschritt 114, Nationalliberale 200, Christlich-Soziale 101, Konserervative 390 Wahlmänner. Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen.

In Brandenburg-Westhannover kommt die Sozialdemokratie hart an die Stichwahl; es wurden gewählt: 179 Sozialdemokraten, 181 Fortschrittler, 45 Nationalliberale, 265 Konservative. 4 Wahlmänner sind noch in der Stichwahl zu wählen.

In Liegnitz-Goldberg-Dohnau haben die Fortschrittler bei den Stichwahlen 22 Wahlmänner gewonnen. Das Gesamtergebnis stellt sich nach dem „Liegnitzer Anzeiger“ nun folgendermaßen dar: 272 Liberale, 272 Konservative, 62 Sozialdemokraten. Danach wäre Wahlmännereleichheit zwischen Liberalen und Konservativen vorhanden. Der „Liegnitzer Anzeiger“ bemerkt hierzu, daß die Resultate vom Lande bis jetzt noch nicht amtlich mitgeteilt seien.

Im Wahlbezirk Rassel-Wigandhausen sind nach den bisherigen Feststellungen gewählt worden: 154 Deutschsoziale, 81 Fortschrittliche und 68 sozialdemokratische Wahlmänner.

Im Wahlkreise Hensburg ist nach vollendeten Stichwahlen das Resultat folgendes: Der Nationalliberale hat 202, der fortschrittliche Kandidat Wittrock 142, der Sozialdemokrat 65 Wahlmänner erhalten. Also Stichwahl zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen.

### Eine Erinnerung.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Kronprinzen bei Eröffnung der Jahresberichtsausstellung in Breslau erinnert die Breslauer „Volkswacht“ an das erste Auftreten des damals noch sehr jugendlichen Herrn gegen die Sozialdemokratie vor zehn Jahren. Damals kiffte sich auch der erst 20jährige Kronprinz berufen, in die Angriffe auf die Sozialdemokratie mit einzustimmen, die die vom „Vorwärts“ veröffentlichte Skrupaffäre der Partei zuzogen. In dem weltverlorenen Städtchen Dels, in dem der Kronprinz ein Schloß besitzt, wurde eine Arbeiter-Deputation zusammengetrommelt, die dem Kaisersohn die Ergebnisse der gesamten deutschen Arbeiterschaft vorzuführen mußte. An diese richtete der Kronprinz dann den bekannten Erlaß, daß er sich freue, daß „keine Gemeinschaft zwischen Euch und jenen Elenden (gemeint war die Sozialdemokratie) bestanden hat oder je bestehen wird“, und daß Wilhelm II. über die „treue Gesinnung, die Euer Vorsitzführer heute gelobt, freudige Genugtuung“ empfinden habe und daß ihm „dieser Tag unvergänglich“ bleiben werde.

Die Kundgebung des jugendlichen Thronfolgers erregte damals großes Aufsehen. Im Reichstage mußte sich der Sohn Wilhelms II. eine kräftige Antwort durch Genossen Wedel gefallen lassen.

Jetzt berichtet nun die „Volkswacht“, daß der Sprecher jener Arbeiterdeputation, der Müller Selig, Mitglied des Holzarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei war. Auf die Weigerungen Seligs, die ihm zugemutete Rolle zu übernehmen, wie sich überhaupt an der Deputation zu beteiligen, wendete sein damaliger Arbeitgeber ein, daß er der einzige sei, der in Dels den Mund auf tun könne. Auch fürchte er als Arbeitgeber große geschäftliche Nachteile, wenn Selig sich weigere, das Amt zu übernehmen, Selig sagte schließlich zu, da er wegen schwerer Krankheit und des zu fürchtenden Terrors der Patrioten an einer anderen Unternehmung verzweifelte.

Wie leicht, so schließt die „Volkswacht“ die Erinnerung, macht jemand jetzt einmal den Kronprinzen darauf aufmerksam, wie nahe

er damals den „Elenden“ war und wie gute Fortschritte die Bewegung der Elenden in Dels und im ganzen Reiche in dieser Zeit gemacht hat!

### Gerabsetzung der Altersgrenze.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ erfährt, ist im Reichsamt des Innern eine Vorlage bereits ausgearbeitet, durch welche die Gerabsetzung der Altersgrenze für die Erreichung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre verlagert wird. Diese Vorlage hat jedoch im Reichstag bisher nicht eingebracht werden können und kann auch einstweilen nicht eingebracht werden, weil man noch nicht weiß, woher man das Geld für die Durchführung nehmen soll. Zuerst sollten die Mittel gewonnen werden durch die Leuchtstoffvorlage; da deren Verabschiedung jedoch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist und andere Quellen nicht gefunden werden können, ist diese Verzögerung zu einer Notwendigkeit geworden.

Wenn es sich um Militärforderungen handelt, dann ist man nicht so verlegen um eine Quelle, aus der man schöpfen kann. Dort handelt es um Milliarden, hier aber würde man schon mit einem Aufwand von etwa 12 Millionen Mark auskommen können.

### Sommertagung des preussischen Landtages.

Das preussische Abgeordnetenhaus wird noch in der ersten Hälfte des Monats Juni zu einer Session, die auf drei Tage berechnet wird, zusammentreten, um das Präsidium zu wählen, das den Landtag bei der Feier des Regierungsjubiläums des Kaisers vertreten soll.

### Abermals die „Affenkomödie“.

Wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses wird sich am Freitag, den 23. Mai, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I Genosse Bachs zu verantworten haben. Bekanntlich wurde Genosse Bachs am 9. November des vorigen Jahres als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, weil durch den Artikel „Eine reaktionäre Affenkomödie“ das Junkerparlament angeblich beleidigt worden sein soll. Die von Bachs eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Dagegen wurde der Revision des Staatsanwalts stattgegeben, der zwei Monate Gefängnis beantragt und gegen obiges Urteil Berufung eingelegt hatte. Die Sache wurde zur nochmaligen Entscheidung und Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

### Das Ende des Balkankrieges.

#### Stellungnahme des Balkanbundes zu den Friedensverhandlungen.

London, 21. Mai. Wie das Neutereische Bureau erfährt, haben die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten heute vormittag eine Sitzung abgehalten, um die Abänderungen der in der gestrigen Sitzung der Vorschlägervereinbarung skizzierten Friedenspräliminarien zu redigieren. Wenn der Entwurf fertiggestellt sein wird, wird er Sir Edward Grey durch den Delegierten Komarowitsch überreicht werden. Die Verbündeten wünschen neben den anderen bereits erwähnten Punkten eine genauere Bestimmung der Funktionen der Pariser Finanzkommission. Man glaubt allgemein, daß die Abänderungen derart sein werden, daß sie ohne Schwierigkeiten angenommen werden können, sei es in der Form von Zusicherungen, sei es in der Form von redaktionellen Änderungen des Entwurfs.

### Oesterreich.

#### Die auswärtige Politik vor dem Parlament.

Wien, 21. Mai. Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten ersten Lesung des Budgetprovisoriums wandte sich der tschechische Agrarier Stanicek gegen die äußere Politik Oesterreich-Ungarns. Die Monarchie dürfe auf dem Balkan nicht mit Gewalt auftreten, wenn sie sich Freunde schaffen wolle. Sie hätte mit den Balkanstaaten einen Vertrag schließen sollen, daß die albanische Küste unbesetzt bleibe. Ein künstliches Albanien werde den Frieden auf dem Balkan nicht sichern. Auch die innere Politik der Monarchie müsse der nationalen Zusammensetzung des Staates angepaßt sein. Die Tschechen wollten einen Ausgleich, aber nicht um jeden Preis, sie wollten die Gleichberechtigung beider Völker in den böhmischen Ländern.

Der Christlich-Soziale Sidler erklärte: Unsere auswärtige Politik war vollständig im Recht, unsere Interessen zu wahren und zu sichern. Wir begreifen nur nicht die Geheimnistuerei des auswärtigen Amtes während des Krieges. Die militärische Bereitschaft war absolut notwendig, um uns vor Uebergriffen zu schützen.

Sozialdemokrat Dr. Adler verwies auf die große wirtschaftliche Not der breiten Bevölkerung und warf der Leitung der inneren Politik vor, daß sie forsiegelt. Mikariffe begehe. Heute wisse man, daß die Kriegsfahrt nicht von außen, sondern von innen gekommen sei, daß sie eine fingierte, vom literarischen Bureau herbeigeführt sei. Wenn die Monarchie zu Beginn des Balkankrieges den Balkanstaaten volle Freiheit ihrer Aktion gelassen und von ihnen nur ein selbständiges Albanien mit Skutari verlangt hätte, so wäre dieses Ziel wahrscheinlich billiger, ohne kriegerischen Aufwand zu erreichen gewesen. Die Sozialdemokraten hätten nur die schärfste Verurteilung der Politik dieser Regierung.

Der italienische Abgeordnete Bitacco protestierte gegen die fortschreitende Glawisierung Triests und des Küstenlandes, welche den Zielen des Bündnisses mit Italien zuwiderlaufe. Das Verhalten der Regierung und der Parteien zur italienischen Rechtsfakultät sei Unheil und könne nicht ohne Rückwirkung auf die öffentliche Meinung Italiens bleiben.

### Frankreich.

#### Ein neuer Bloß?

Paris, 19. Mai. (Fig. Ver.) Herr Caillaux hat auf dem gestrigen Bankett der radikalen und radikalsozialistischen Partei seine Ministerrede gehalten. Was die in die parlamentarischen Verhältnisse Eingeweihten schon lange wußten, ist nun offen deklariert: er ist der Mann, der zur Nachfolge Barthous bestimmt ist, wenn es der Opposition der Linken gelingt, in der Militärfrage zu siegen.

Darum mußte in der Rede Caillaux vor allem seine Stellung zu den Heeresprojekten interessieren. Sie ist etwas halbherzig, und Genosse Jaurès darf heute in der „Humanité“ von ihr mit Recht sagen, daß sie im Vermittlungsversuch einer — mehrere Monate dauernden — „Verlängerung“ der Dienstzeit die Argumentation der Militaristen mehr rechtfertigt als zurückwehlt. Aber im ganzen hat Caillaux über die Organisation der nationalen Verteidigung in einer Demokratie, über den Gegensatz der „bewaffneten Nation“ zur Berufsarmee und über die gerechte Verteilung der Lasten des Militarismus ganz vortreffliche Sätze gesagt, die zeigen, wie turnhoch der französische Radikalismus, wenigstens in seinen Doktrinen, über dem deutschen Liberalismus aller Schattierungen steht.

Bestimmter als die Caillauxschen Erklärungen klangen die Ausführungen des ehemaligen Ministers Doumergue über die Wiederherstellung des Bloßs. Man

hat über diesen Gegenstand in der letzten Zeit viel geschrieben und diskutiert. Im „Courrier Européen“ haben sich auch angefehene Politiker der gemäßigten sozialistischen Partei darüber geäußert. Nicht jeder denkt darüber so hitzig wie Hervé, nicht so optimistisch wie Genosse Albert Thomas, der loyal sein Festhalten am Ministerialismus bekennet. Aber auch Compère-Morel und Vaillant sind der Ueberzeugung, daß das Ziel, die Pläne der militaristischen Reaktion zu vereiteln, das Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken rechtfertigt. In der Tat, die Situation ist heute keine andere als in der Dreihundertjahrfeier oder vielmehr, sie ist für die Demokratie noch gefährlicher, da seither ein bedeutender Teil der bürgerlichen Intelligenz zur Reaktion abgeschwenkt ist und die anti-parlamentarischen Stimmungen in allen Klassen die republikanischen Energien geschwächt haben. Doumergue sprach zuerst etwas wehleidig über die Taktik der Sozialisten, die den Radikalen einige Mandate weggenommen, aber dafür der „Republik“ Schaden angetan habe und meinte, daß bei unseren Genossen schon eine bessere Erkenntnis platzzugreifen schein. In Wahrheit haben die französischen Sozialisten nichts zu bereuen. Wenn sie mit der bürgerlichen Linken so oft in Konflikt gekommen sind und sogenannte „radikale“ Ministerien aufs schärfste bekämpft haben, so geschah das darum, weil die Politiker des französischen Radikalismus sogar die demokratischen Interessen der von ihm vertretenen Schichten aus Nachsicht und in ihrer Verstrickung in die kapitalistische Korruption preisgegeben hatten.

Sie werden die geringe Meinung von der Zukunft des Radikalismus behalten und dennoch in die Lage kommen können, die bürgerliche Linke zu unterstützen. Auch ein Ministerium Caillaux, wenn es die Aufgabe, gegen die Militaristen Front zu machen, die Intrigen des neue Hoffnung schöpfenden Merkantilismus zu hinterreiben und die steckengebliebene Sozialgesetzgebung ein Stück vorwärts zu treiben, ernst nehmen wird. Man braucht sich über Caillaux keine Illusionen zu machen. Auch er ist ein Mann des Großkapitals. Aber er repräsentiert Finanzkreise, die die Steigerung ihrer Profite aus dem wachsenden Vertrauen auf die friedliche Entwicklung der Geschäfte erwarten. Und weil gegen ihn als den Unterzeichner und Befürworter des Marokkoabkommens die ganze Meute der nationalistischen Mäffer losgelassen ist, so stellt er sich schon dadurch als der Vertreter der Gegenströmung, als Anhänger einer phrasenlosen, nüchternen Friedenspolitik dar. Die deutsch-französische Annäherung hat in ihm sicher keinen prinzipiellen Gegner, wenn er auch, so wenig als irgendein Franzose, welcher Partei immer, Lust dazu haben wird, offizielle Schritte zu ihren Gunsten zu tun, so lange die Drohung der Ausnahmepolitik über Elagh-Vorbringen schwebt. Die Radikalen brauchen also nur zu wollen, und die Hilfe der Sozialisten ist ihnen für eine Politik der demokratischen Seeresreform, der längst fälligen Aufgaben auf sozialhygienischem und sozialpolitischem Gebiete und des internationalen Friedens sicher.

### Opposition gegen den Kriegsminister.

Paris, 21. Mai. Kriegsminister Etienne erklärte gestern im Budgetauschuß der Kammer bei der Begründung der Kreditvorlage von 400 Millionen, die für die Zurückhaltung der Jahresklasse erforderlichen Maßnahmen seien so dringender Natur, daß er es auf sich genommen habe, die Ausgaben unbedinglich und auf seine eigene Verantwortung zu machen. Diese Erklärung rief bei den Radikalen und Sozialisten große Erregung hervor. Eine von den Sozialisten Sembat und Thomas beantragte Resolution, durch welche der Minister aufgefordert wurde, keinerlei Ausgaben vorzunehmen, bevor die Kammer die erforderlichen Bewilligungen erteilt habe, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Jaurès greift den Kriegsminister in der „Humanité“ lebhaft an und bezeichnen dessen Vorgehen als ungeschickt. Die Kammer werde zu erklären haben, ob es als eine erlaubte und regelmäßige Sache anzusehen sei, daß der Kriegsminister auf seine eigene Autorität hin den Kredit von 400 Millionen verwendet.

### Italien.

#### Ein neuer sozialistischer Abgeordneter.

Rom, 19. Mai. (Fig. Ver.) Im Wahlkreise Oviglio in der Provinz Alessandria, in dem durch den Tod des bisherigen Abgeordneten eine Ersatzwahl nötig geworden war, ist der Parteigenosse Rechtssamwalt Sciorati gewählt worden. Er kam mit dem liberal-konservativen Kandidaten in Stichwahl, wobei die bürgerlich-radikale Elemente ihre Stimmen dem Sozialisten zuwandten, der 4515 gegen 3763 Stimmen erhielt. Der Wahlkreis, der vorwiegend ländlich ist, wurde zum erstenmal von unserer Partei erobert.

### Dänemark.

#### Der Wahltag.

Kopenhagen, 21. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Wahltag hat fastisch die Erwartungen der Optimisten gerechtfertigt. Die vor drei Jahren angestrebte Mehrheit der Radikalen und Sozialdemokraten ist, falls das endgültige Wahlergebnis keine Korrekturen der bis jetzt bekannten Resultate bringt, nunmehr zur Tatsache geworden. Es sind gewählt (die Zahlen in Klammern bedeuten die bisherige Fraktionsstärke): 43 (56) Liberale, 32 (24) Sozialdemokraten, 31 (20) Radikale, 7 (13) Konservative und 1 (1) Wilder. Damit sind die Konservativen in der Zweiten Kammer vollständig abgetan; sie können bei der jetzigen Parteikonstellation nicht einmal das Jünglein an der Wage bilden. Denn die Majorität beträgt 58 Stimmen, Sozialdemokraten und bürgerliche Radikale (etwa der deutschen Verlachgruppe gleich) haben aber zusammen 63 Mandate.

Dies Ergebnis der Wahl hat aber eine noch größere Bedeutung. Es zeigt, daß schon die jetzigen Wähler nicht nur die Wahlreform des alten Bernsen billigen, sondern daß sie die Unzuverlässigkeit des sich um den früheren Staatsminister Christensen gruppierenden rechten liberalen Flügels erkannt und daher sozialdemokratisch-radikal gestimmt haben. Die Wähler billigen also vollauf die Tätigkeit der beiden Parteien mit einem radikalen Wahlrechtsprogramm, sie haben dafür Sorge getragen, daß die Wahlreformvorlage Bernsens, die schon von der Kammer angenommen ist, das mindeste dessen wird, was durchgeführt werden soll.

Es fragt sich nun, was die nächste Folge ist? Ob Klaus Bernsen selbst am Ruder bleibt und seine Vorlage durchführt, oder ob er einem radikalen Ministerium Platz macht. Vieles spricht für das Verbleiben Bernsens, bis die Wahlreform erledigt ist. Aber noch sind natürlich keine Entscheidungen der Parteien getroffen.

# Gewerkschaftliches.

## Schiedsprüche der Tarifflichtungskommission sind Stempelpflichtig.

Die Schlichtungskommission des Berliner Portefeuliers- und Reiseartikelgewerbes fällt einen Schiedspruch, wonach die Lederverwarenfirma Valentin verurteilt wurde, den Tarifvertrag bis zu seinem festgesetzten Ablaufstermin auch einzuhalten. Die verurteilte Firma legte beim Landgericht Berufung ein, bei welcher Gelegenheit das Hauptzollamt Kenntnis von dem Schiedspruch erhielt. Es verlangte auf Grund der Tariffelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes einen Stempel von 10 M. für die Hauptausfertigung und für die nach § 1039 der Zivilprozessordnung den beiden Parteien zugestellten Ausfertigungen einen solchen von je 3 M. Für diesen Stempel haftet jeder Unterzeichner des Schiedspruches. Auf Grund einer Beschwerde des Schlichtungskommissionsvorsitzenden Magistratsrates v. Schulz bestätigte die Oberzoll-direktion das Verlangen des Hauptzollamtes. Die Entscheidung stützt sich auf § 9 des Tarifvertrages, der ein Schiedsgericht vereinbart. Der Schiedspruch sei demnach für die Parteien rechtlich bindend und habe nach § 1040 der Z. P. O. unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils.

Nach den toten Buchstaben des Gesetzes ist die Steuerbehörde vielleicht im Recht, weswegen von einer Beschwerde beim Finanzminister abgesehen wurde.

Nun hat sich in dieser Angelegenheit folgender Zustand gebildet: Das Hauptzollamt und die Oberzoll-direktion halten den Schiedspruch für beide Teile für rechtlich bindend und vollstreckbar und fordern deswegen 16 M. Stempelgebühr, die auch bezahlt worden sind. Das Landgericht und das Kammergericht sagen in dem bekannten Urteile, den Tarifvertrag brauche die Firma B. nicht einzuhalten, demzufolge brauche sie auch nicht den Schiedspruch als Teil des Vertrages anzuerkennen.

Aber auch außer diesem verzwickten Rechtszustand ist das steuerbehördliche Verlangen durchaus unberechtigt. In allen Tarifverträgen wird Wert auf die Bildung einer Schlichtungskommission mit gewisser Exekutivgewalt gelegt, um so eine Handhabe gegen Tarifbrecher zu haben bzw. um Tarifbrüche gebührend ahnden zu können. Wenn aber die Steuerbehörde die Unparteilichkeit und Weisheit für die Stempelgebühr haftbar macht, so dürften sich wenig geeignete Personen finden, die für ihre nicht besonders angenehme Arbeit noch steuerbehördliche Opfer zu tragen gewillt sind. Um eine Stempel-freiheit der Schiedsprüche zu erwirken, ist bei dem Ausschuss des Gewerbegerichts Berlin für Gutachten und Anträge beantragt worden:

Dieser möge beschließen, daß das Gewerbegericht Berlin bei den beiden Häufern des preussischen Landtags den Antrag stellt, der Tariffelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 bis 28. Juni 1909 folgenden Zusatz zuzufügen:

„Ausgenommen sind Schiedsprüche, welche von dem in einem Tarifverträge eingetragenen Schlichtungskommission gefällt werden“, so daß die Tariffelle dann folgendermaßen lauten würde: „Stempelpflichtig sind Schiedsprüche und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsgerichte. Ausgenommen u. s. w.“

Ob der Landtag und das preussische Herrenhaus diesem Antrage stattgeben wird? Die einfachste Notwendigkeit dafür liegt vor, um den tarifrechtlichen Rechtsirrtum zu beseitigen. Es kann doch nicht angehen, daß Schiedsprüche versteuert werden müssen, selbst wenn ordentliche Gerichte sie als unzulässig erklären. Wir leben doch im Staate vollendeter Rechtsgarantien!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Bewegung der Berliner Holzarbeiter im Jahre 1912.

Der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes lag der Jahresbericht für 1912 vor. Für die Industrie Deutschlands galt 1912 als ein Jahr der Hochkonjunktur. Auch die Branchen der Holzindustrie konnten sich im ganzen Reiche eines guten Geschäftsganges erfreuen. Nur Berlin war davon ausgenommen, das ständig eine hohe Zahl Arbeitsloser aufwies, die gegen Ende des Jahres immer mehr anwuchs. Die große Zahl der Arbeitslosen von über 3000 im Januar schwand bis Juni nur um einige Hundert, fiel vorübergehend im August und September auf 1636 und 1888, erhöhte sich aber bald wieder und Ende Dezember wurde eine größere Arbeitslosigkeit festgestellt wie im Januar.

Das Jahr 1912 zeigte ein Sinken der Konjunktur und eine auffällige Zunahme der Arbeitslosigkeit, wodurch die Aktionen des Verbandes erschwert und in die meisten derselben erhebliche größere Anforderungen gestellt wurden. Als Ursachen der größeren Arbeitslosigkeit kommen in Betracht die ungünstige Lage im Bau-gewerbe, die zunehmende Lieferung von Tischlerarbeiten nach Berlin, die Einführung von Teilarbeit und maschinellen Einrichtungen und die größere Ausnutzung der Arbeitskräfte. Die Konjunktur-aussichten für 1913 sind leider auch keine günstigen.

Die Lohnbewegungen waren auch im vergangenen Jahre trotz der ungünstigen Verhältnisse äußerst zahlreich und hatten auch verhältnismäßig gute Erfolge. Die Hälfte aller Lohnbewegungen konnten ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt werden. Besonders bemerkenswert ist noch, daß die Abwehrstreiks im Verhältnis zum Vorjahre ganz bedeutend zurückgingen, während Angriffstreiks in annähernd der gleichen Zahl geführt wurden, was wohl in der Hauptsache auf den wachsenden Einfluß der Organi-sation zurückzuführen ist. Die Arbeitgeber haben die Macht des Holzarbeiterverbandes kennen gelernt und versuchen deshalb nicht mehr so oft, an den einmal festgelegten Lohn- und Arbeitsbedin-gungen zu rütteln.

Eine allgemeine Lohnbewegung hatten nur die Goldbleiben-arbeiter, während Lohnbewegungen größeren Umfangs noch in den Wagen- und Karosseriefabriken, bei den Klavierarbeitern und bei den Verblümlerarbeitern zu verzeichnen waren.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, in denen es sich um Forderungen der Arbeiter handelte, waren ins-gesamt 77 zu verzeichnen mit 77 Betrieben und 1807 Beteiligten. Dergleichen kamen noch 31 Betriebe mit 355 Beteiligten aus der Goldbleibenbranche, die bei der allgemeinen Lohnbewegung ihre Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt erhielten, so daß an den streiklosen Angriffsbewegungen des vergangenen Jahres insgesamt 108 Betriebe mit 2222 Arbeitern beteiligt waren. Durch diese Lohnbewegungen wurde für 759 Beteiligte in 53 Betrieben eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um durchschnittlich 1 1/2 Stunden und eine Lohn- und Tarifierhöhung von durchschnittlich 1,82 M. pro Woche für 1368 Beteiligte in 81 Betrieben erzielt. In 15 Betrieben mit 311 Beteiligten gelang es, ohne Arbeits-niederlegung auf dem Wege der Verhandlung Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen.

Diesen 62 Lohnbewegungen ohne Streik stehen 91 Streiks gegenüber, an denen 112 Betriebe mit 2561 Streikenden beteiligt waren. Bei 33 Streiks mit 88 Betrieben und 690 Streikenden handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsver-hältnisse, während 53 Streiks, an denen 74 Betriebe und 1631

Streikende beteiligt waren, geführt wurden, um von den Arbeitern gestellte Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsver-hältnisse zur Durchführung zu bringen. Hierzu kommen noch 6 Streiks, an denen 6 Betriebe mit 155 Streikenden beteiligt waren, die bereits im Jahre 1911 begonnen wurden und am Jahres-schluss 1911 noch nicht beendet waren.

Durch diese Streiks wurde in 30 Betrieben mit 478 Arbeitern eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um durchschnittlich eine Stunde und eine Lohn- und Tarifierhöhung von durchschnittlich 1,17 M. pro Woche für 1253 Arbeiter in 52 Betrieben erzielt.

Die gesamte diesjährige Lohnbewegung brachte eine Arbeits-zeitverkürzung pro Woche von

| 1/2 Stunde für | 6 Betriebe mit | 184 Arbeitern |
|----------------|----------------|---------------|
| 1              | 58             | 787           |
| 1 1/2          | 1              | 88            |
| 2              | 5              | 60            |
| 2 1/2          | 5              | 115           |
| 3              | 4              | 25            |
| 4              | 1              | 10            |
| 5              | 1              | 6             |
| 5 1/2          | 1              | 7             |
| 6              | 1              | 5             |

Zusammen für 63 Betriebe mit 1297 Arbeitern

Lohn- und Tarifierhöhungen wurden für 2021 Kollegen in 133 Betrieben durchschnittlich 1,51 M. pro Woche erzielt.

Ausfäherungen waren im Berichtsjahre außer der Maiaus-fäherung nicht zu verzeichnen, jedoch war die letztere noch umfang-reicher als im Vorjahre. In diesem Jahre wurden insgesamt in 340 Betrieben 7360 Arbeiter, darunter 6093 Verbandsmitglieder, ausgefäheret, gegen 337 Betriebe mit 6568 Arbeitern, darunter 6132 Verbandsmitglieder, im Vorjahre.

Ueber die Arbeitsvermittlung sagt der Bericht: Obgleich im Regulative des paritätischen Arbeitsnach-weises betreffs des Obligatoriums verschiedene Erleichterungen sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer geschaffen sind, wollen die ersteren das Obligatorium gänzlich beseitigen. Dasselbe wollen auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein sowie der christliche Holzarbeiterverband. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch einzelne Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegen die obliga-torische Benützung des Radweises sind, weil verschiedene Arbeit-geber der Bauwirtschaft ohne Benützung des paritätischen Ar-beitsnachweises Leute einstellen. Ferner ist zu beachten, daß die Konjunktur in Berlin im letzten Jahre daniederlag und hat und daß über die Hälfte der Bauwirtschaftlerarbeiten, die in Berlin gebraucht werden, von außerhalb eingeführt werden. Dadurch müssen die Kollegen der Einjeher und Bauwirtschaft lange Zeit warten (durchschnittlich 6 bis 8 Wochen) ehe sie vom Radweis Arbeit bekommen. Diese lange Arbeitslosigkeit wiederholt sich bei den einzelnen Kollegen im Jahre des öfteren, zwei- bis dreimal, sogar viermal. Dies ist wohl der wahre Grund der Unzufrieden-heit, nicht das Obligatorium, wie es von Seiten der Gegner hin-gestellt wird.

Obgleich sich die Zahl der im paritätischen Arbeitsnachweis gemeldeten Arbeitslosen vermehrte, und zwar von 52 864 im ver-gangenen Jahre auf 53 890 in diesem Jahre, verringerten sich die offenen und besetzten Stellen. Im Jahre 1911 zählte man 44 413 offene und 37 628 besetzte Stellen, dagegen in diesem Jahre nur 40 249 offene und 35 053 besetzte Stellen. Während im vorigen Jahre die Arbeitslosenzahl bis auf 1267 herabsank, war in diesem Jahre die niedrigste Zahl 1527 am 27. August. Die Höchstzahl wurde erreicht mit 3710 am 30. Dezember.

Der Arbeitsnachweis des Verbandes hat 40 Proz. der Arbeitsuchenden in Arbeit gebracht. Den 4204 Arbeitsuchenden standen 2518 offene Stellen gegenüber, von denen 1664 besetzt wur-den. 854 Stellen blieben unbesetzt. Die Zahl der Vermittelten ist von 2102 im Jahre 1911 auf 1664 im Jahre 1912 zurückgegangen. Die Arbeitsvermittlung des Verbandes erstreckt sich auf zehn Branchen.

Die Agitation wurde im Berichtsjahre wieder sehr leb-haft betrieben.

Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich vermehrt, was in der Hauptsache auf die ungünstige Konjunktur zurück-zuführen ist. Am Jahres-schluss 1911 hatte die Zentralstelle Berlin 29 289 Mitglieder. Im ersten Quartal trat ein geringer Rück-gang ein. Das zweite und dritte Quartal brachte eine Zunahme. Im vierten Quartal trat infolge der Erhöhung des Beitrages auf 1,25 M. wieder ein geringer Rückgang ein. Am Schluss des Jahres 1912 betrug die Mitgliederzahl 30 560, und zwar 29 660 männliche, 805 weibliche und 95 jugendliche. Die größte Mitgliederzahl, nämlich 15 886, stellen die Tischler. Dann folgen die Klavierarbeiter mit 3187, die Polsterer mit 2479, die Maschinenarbeiter mit 2021 Mitgliedern. Von den übrigen fünf-zehn Branchen ist die der Vergolder mit 997 Mitgliedern die größte, und die der Bürstenmacher mit 71 Mitgliedern die kleinste. Die 4150 Bände enthaltende Bibliothek verzeichnet 15 671 Ausleihungen.

Der Kassenbericht schließt für die Volkasse in Einnahme und Ausgabe mit 1 106 643 M. Der Bestand beträgt 463 579 M. — Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben an Kranke 219 500 M., an Arbeitslose 521 506 M., an Streikende 91 186 M., an Gemahragelte 38 117 M., an die Maiausgefäheren 73 485 M., in Sterbefällen 13 407 M., bei Umzügen 3243 M., in Notfällen 1250 M., für Rechtschutz 8732 M.

In der Generalversammlung gab Glöckle einen allgemeinen Ueberblick über die Situation des vergangenen Jahres sowie über die Verbandstätigkeit im ersten Quartal 1913, das sich hinsichtlich des Umfangs der Arbeitslosigkeit noch nicht gebessert hat.

Hierauf ging Glöckle auf die vorliegenden Anträge ein, welche sich auf eine anderweite Regelung des Beitrages beziehen. Er erinnerte daran, daß der Beitrag am 1. Oktober 1913 im Hinblick auf die aus Anlaß der Tarifbewegung drohende Ausfäherung auf 1,25 M. erhöht wurde. Eine Herabsetzung des Beitrages, wie sie in einigen Anträgen gefordert werde, könne die Verwaltung nicht empfehlen, weil die immer noch anhaltende große Arbeitslosigkeit bedeutende Ausgaben für Unterstützung erfordert und eine Herab-setzung der Unterstützung nicht im Interesse des Verbandes liege. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt: Wenn die Kollegen meinen, der Beitrag von 1,25 M. könne nicht mehr erhoben werden, dann möge er auf 1,15 M. herabgesetzt werden, aber unter der Voraussetzung, daß er wieder heraufgesetzt werde, wenn sich die Konjunktur nicht günstiger gestalte.

Die Diskussion über diesen Gegenstand füllte den ganzen Abend aus. Die Versammlung entschied sich durch Abstimmung mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des Beitrages von 1,25 M. Dann wurde beschlossen, den Mitgliedern zur Abstimm-ung die Frage zu unterbreiten, ob sie diesem Beschlusse zustimmen oder ob sie für eine Herabsetzung auf 1,15 M. sind, wobei allerdings zu befürchten wäre, daß die Arbeitslosenunterstützung herabgesetzt werden müßte.

Achtung, Wähler! Die Delegiertenwahl zur Leipziger General-versammlung hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Abgegeben wurden 576 Stimmen, davon 568 gültige. Gewählt sind die Kollegen Hugo David mit 335, Max Krahl mit 343 und Karl Varleben mit 328 Stimmen. In die Stichwahl kommen — zu wählen sind sechs — die Kollegen Max Kemnitz mit 280, Hans Sorg mit 267, Max Arenzien mit 237, Frh. Wolff mit 234, Karl Brämann mit 230, Hermann Wolke mit 217, Willi Don-ner mit 210, Karl Liepe mit 202, Richard Lehmann mit 195, Frh. Werten mit 192, Richard Bohmhammel mit 185 und Franz Volpert mit 159 Stimmen. Die Wahlkommission.

### Deutsches Reich.

Ein Streik der Breslauer Droschkenfahrer ist am Dienstag-morgen in ziemlich erheblichem Umfang ausgebrochen, nachdem sich die Fahrer geweigert haben, die nicht unbedeutenden Forderungen der Aufsicht zu bewilligen. Die Unternehmer geben dabei selbst den Durchschnittslohn der Aufsicht für wöchentlich 18 M. an!

Am ersten Tage des Streiks, der Eröffnung der Jahrhundert-ausstellung durch den Kronprinzen, machte sich bei dem strammem Regenwetter das Fehlen der Droschken ganz erheblich bemerkbar. Im Streik befanden sich 350 Fahrer. In Betrieb waren nur die Droschken, die von den Besitzern geführt wurden.

Achtung, Metallarbeiter! In Mühlhausen i. Th. haben in der Thüringischen Maschinen- und Fahrzeugfabrik Walter u. Co. rund 250 Arbeiter die Kündigung eingereicht, weil der Obmann des Arbeiterausschusses gemahnt wurde. Die Firma inieriert in den Blättern Mitteldeutschlands nach tüchtigen Schlossern und Drehern, weshalb erjucht wird, Zugang fernzuhalten.

## Letzte Nachrichten.

### Die deutsche Weeresvorlage als Begründung für die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 21. Mai. (B. T. V.) Der von dem Deputierten Pates im Namen des Weeresauschusses erstattete Bericht über die drei-jährige Dienstzeit stellt zunächst fest, daß Frankreich im Falle eines Krieges zu Beginn der Operationen nur auf seine eigenen Kräfte zählen dürfe, und untersucht sodann, welche Stellung die deutsche Armee nach Durchführung der Weeresvorlage gegenüber der französi-schen Armee haben werde. Die Friedensstärke der deutschen Armee werde — die Offiziere nicht mitgerechnet — 863 000 Mann auf-weisen. Die Weeresvorlage, für welche die Orientereignisse zum Vorwand gebieten hätten, werde eine doppelte Wirkung haben: das deutsche Heer werde erstens insstande sein, mit größerer Geschwin-digkeit und stärkerer Macht als früher gleich zu Beginn der Mobi-lisierung einen Angriff zu versuchen, zweitens die gesamten Ope-rationen mit Mannschaften beginnen können, welche jünger und moralisch und körperlich geeigneter sein werden als in der fran-zösischen Armee. Während also Deutschland in einer nahen Zu-kunft über 863 000 wohlgeschulte und modern ausgerüstete Solda-ten verfügen werde, könne Frankreich, wenn man von den algeri-schen Hilfstruppen und den nach Marokko entsandten Mannschaften absehe, nur über 450 000 Mann verfügen, die dem Bedarfsbedürfnis entsprechen und den Kern der mobilisierten Armeekorps bilden sollen. Das Gesetz von 1905 über die zweijährige Dienstzeit habe zwar die vorgesehenen Mannschaftsbestände ergeben, aber die Zahl der Kapitulanten sei hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ueberhaupt mußte die Infanterie dazu dienen, die neuen Waffen-gattungen (Luftschiffer, Telegraphenkompanien usw.) mit Mann-schaften zu versorgen, so sei es gekommen, daß nach der Entlassung der Jahressklasse im September vorigen Jahres die nicht verstärkten Kompanien einen Bestand von nur 50 bis 75 Mann hatten.

Pates Bericht schließt: Die Regierung, in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, die durch einen sicheren Instinkt ge-leitet wurde, mußte darauf sehen, nicht durch die gewalttätige Verwirklichung einer Erhöhung überrast zu werden, die in der Luft lag und noch nicht verschwunden ist. Der Gesekentwurf über die dreijährige Dienstzeit entspricht der Notwendigkeit des Augen-blickes und den Forderungen der Zukunft selbst für den Fall, daß bei unseren Nachbarn neue Verstärkungen stattfänden. Die jetzt von dem Kande geforderte Anstrengung bedeutet ein Maximum, aber sie ist notwendig und wird allen Möglichkeiten gerecht. Keine poli-tische oder persönliche Rücksicht dürfe ihre Annahme verzögern oder ihre Reichweite einschränken.

### Es gärt weiter in der französischen Armee.

Paris, 21. Mai. (B. T. V.) Im Hofe der Tourelles-Kaserne in der Avenue Gambetta versammelten sich an 150 Mann und riefen: „Nieder mit den drei Jahren!“ Sie gerieteten sich jedoch sofort auf Befehl ihres Vorgesetzten.

### Der Raubzug des internationalen Kapitals.

London, 21. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Londoner Finanzwelt hat sich um die Prospekte der chinesischen Anleihe förmlich gerissen und die Emission des englischen Teils der 25 Millionen, nicht ganz sieben und eine halbe Million Pfund, wird als ein großer Erfolg gebucht. Die Bucherer messen der Tatsache, daß die Anleihe vom chinesischen Parlament als ungefährlich erklärt worden ist, nicht die geringste Bedeutung bei. „Daily News“ weist in dem heutigen Leitartikel darauf hin, daß Europa wieder dieselbe schädliche Rolle spielt, wie zur Zeit, als es den Parismus mit Geldmitteln gegen das russische Volk unter-stützte; heute ermögliche es die europäische Finanz dem Prä-sidenten Yuanhschifai, in China eine Militärdiktatur zu er-richten. Beachtenswert ist ferner die veränderte Haltung der Presse der Hochfinanz, die noch bis vor kurzem alles Chinesische Grau in Grau malte, um die Konkurrenten auf dem Geld-markt wegzuschleichen und die nun alles im rosigenen Lichte sieht. So telegraphiert heute der Peking Korrespondent der „Times“: „Wer heute sein Geld in chinesische Anleihen anlegt, braucht jedoch der inneren Lage nicht viel Beachtung zu schenken, denn sein Geld ist praktisch durch fünf mächtige Regierungen garantiert, die, wenn die Notwendigkeit ent- stehen sollte, dafür sorgen werden, daß die auswärtige Schuld durch die wiewwidelten, aber ungeheuren Hilfsquellen des Landes gedeckt wird. Mit behuhter Ironie hat man der Anleihe den Namen Reorganisationsanleihe gegeben, jedoch wird China davon wenig Geld zum Re-organisieren in die Hände bekommen, denn von den 25 Millionen erhält es ganze 7 Millionen Pfund bar, der Rest besteht größtenteils aus fälligen Schulden. Man spricht deshalb hier auch schon wieder von einer neuen chinesischen Anleihe. Nach einem Peking Telegramm des „Daily Telegraph“ geht in der Anleihenwirtschaft Chinas augenblicklich alles so durcheinander, daß man sich selbst in den Geandtschaften nicht mehr zurechtfinden kann.“

### Prozeß Knittel in neuer Auflage.

Leipzig, 21. Mai. (B. T. V.) Das Reichsgericht hat auf die von der Staatsanwaltschaft und dem Nebenkläger eingelegte Re-vision hin das gegen den Amtsdichter Hermann Knittel, der von dem Landgericht Ratibor am 29. August vorigen Jahres von der Anklage der Verleumdung der Militärbehörde freigesprochen worden ist, ergangene Urteil aufgehoben und die Sache an das Land-gericht Gletwick zurückverwiesen.

### Wieder eine Kraftdrohke in die Seine gestürzt.

Paris, 21. Mai. (B. T. V.) Heute nachmittag stürzte wäh-rend einer auf dem Seine-Kai veranstalteten kinematographischen Aufnahme ein Chauffeur samt seiner Kraftdrohke in den Fluß und ertrank.

### Schweres Baunglück in Paris.

Paris, 21. Mai. (B. T. V.) Auf der Avenue Felix Faure stürzte heute nachmittag ein Neubau ein und begrub unter seinen Trümmern neben Arbeiter. Bisher sind vier Arbeiter mit schweren Verletzungen geborgen worden.

Wahlmänner-Stichwahlen.

Wahlmänner-Stichwahlen und einige Neuwahlen finden am Freitag, den 23. Mai, zu derselben Zeit und in denselben Wahllokalen statt, wie die Hauptwahlen.

Es kommen folgende Bezirke in Frage:

1. Wahlbezirk.

- 99. Urwahlbezirk. An der Apostelkirche 13-15, Probenstr. 1-4 und 23-31, Kurfürstenstr. 39-46 und 139-144. 3. Abt. Wahl: Potsdamer Str. 45 bei Müller.

2. Wahlbezirk.

- 12. Fischerbrücke 1-12, Fischerstr. 1-10 und 28-32, Köllnischer Fischmarkt, Köhlendamm 1 und 2 einschl. des Schleusengebäudes und Mühlweges. 2. Abt. Wahl: Fischerstr. 24 bei Karge.

3. Wahlbezirk.

- 25. Behrenstr. 9-26 und 50-63, Französischer Str. 51 und 65-68, Friedrichstr. 163-165, Al. Kirchgasse 1-3 und 5-6, Kaiser-galerie, Kanonierstr. 21-23, Unter den Linden 10-24 und 48-68, Rauerstr. 29-32, Al. Rauerstr. 6-7, Neustädtische Kirchstr. 19, Schadowstr. 1. 3. Abt. Wahl: Behrenstr. 14/16, bei Brand.

4. Wahlbezirk.

- 26. Behrenstr. 1-8 und 64-72, Königgräberstr. 140 und 141, Unter den Linden 1-9 und 68a-78, Rauerstr. 33, Al. Rauerstr. 1-5, Pariser Platz, Platz vor dem Brandenburger Tor, Schadowstr. 14, Sommerstr. 1 und 2, Wilhelmstr. 68-70b, Neue Wilhelmstr. 8a und b. 3. Abt. Wahl: „Siechen“, Behrenstr. 24.

5. Wahlbezirk.

- 54. Kaiserhoffstr. 1-3, Königgräber Str. 126-132, Leipziger Platz, Leipziger Str. 1-18 und 113-137, Rauerstr. 69-75, Hofstr. 20-25, Wilhelmplatz 1/2, Wilhelmstr. 57-61 und 79 bis 81. 3. Abt. Wahl: Krausenstr. 2 bei Pfuhl.

6. Wahlbezirk.

- 35. Königgräber Str. 133-139, Rauerstr. 52-60, Mohrenstr. 1 bis 5 und 65-68, Hofstr. 1-19, Wilhelmplatz 3-9, Wilhelmstr. 61a-67 und 71-78, Pietenplatz. 3. Abt. Wahl: Jägerstr. 5 bei Hausmann.

7. Wahlbezirk.

- 56. Wilhelmstr. 9-19 und 125-138. 3. Abt. Wahl: Wilhelmstr. 118 bei Raifmann.

8. Wahlbezirk.

- 129. Grobbererstr. 1, Halleischer Str. 1-14, Königgräber Str. 38 bis 52, Rödernstr. 137-147. 3. Abt. Wahl: Königgräber Straße 39 bei Müller.

9. Wahlbezirk.

- 165. Westendallee 27-50 und 52, Dreiecksstr. 1-16, Kreuzbergstr. 1-3 und 75-78, Sickerfelder Straße, Al. Parkstraße, Wilhelmshöhe. 2. Abt. (Neuwahl). Wahl: Kreuzbergstr. 2 bei Tönje.

Kleines feuilleton.

Waffenmordpoesie. Die in Wien erscheinende „Danziger Armeezitung“, eine militärische und politische Zeitschrift, bringt ein Gedicht, das dem Herausgeber so gut gefiel, daß er es unter der Marke „gemalt“ veröffentlichte. Das Poem lautet:

Lied ans Maschinengewehr.

Hoff tausend Augen in deinem Leib Und Pulver viele Pfund. Heil dir, du eisenschwanges Weib, Jetzt schlägt die erlösende Stund. Gib deine Kinder her! Du treu' Maschinengewehr! Spei' wie eine Kröte Dein zischend Gift! Und wen's trifft, Den töte!

Und wer dir dient, muß niederknien Als wie vor Gottes Thron. Ins Feld trag' ich am Arm dich hin, Als wärst mein lieber Sohn. Du bist mir nicht zu schamer, Du treu' Maschinengewehr! Ich spiel' auf deiner Blöde Ein Lied, das pfeift und gellt. Und wen's nicht gefällt, Den töte!

Ihr Augen Pferdchen, sin! getraßt! Mit euren schlanken Hüfen. Wir haben lange Fried' gehabt, Der Kaiser hat gerufen! Vorwärts zu Sieg und Ehr', Du treu' Maschinengewehr! Ich knie bei dir und bete: Gott schütze Oesterreich! Und wer's bedroht mit Schellenstreich, Den töte!

Wie sagt doch Friedrich Bodenstedt in seinem Gedicht vom „Christentum, gepredigt aus Kanonenschländern“: Verhaft ist mir die Heuchelei der kriegerischen Nazarener!

Das Stadion. Draußen, auf der Grunewald-Reinbahn ist das Stadion fertiggestellt: ein groß abgemessenes Gelände für Spiel und Sport. Ein Oval um eine Längsachse von mehr als 250 Metern disponiert, wozu der Blick über die Bahn der hastenden Pferde nicht gestört werde, tief unter das eigentliche Niveau gesenkt. Ein Rasenplatz bildet die Mitte; er soll dem Fußball und anderen Gymnastiken dienen. Um das Grün legt sich die grau-schwarze Eisenbahn für Wettläufe bestimmt. Die in starke Schräge ansteigende Bahn für Radfahrer bildet den äußeren weichen Reifen. Nun haben sich die Tribünen zur Höhe. 16000 Menschen werden auf ihnen Unterkunft finden. Die ungezählten Massen sind das Thema dieser Anlage. Die Massen, bewegt und hastend oder voll Spannung das Ziel erspähend, werden in dieser freien Raumbildung stets das Entscheidende zu leisten haben. So kann die Architektur nur Rahmen und Gefäß

- 1. Abt. (Neuwahl). Wahl: Brückenstr. 6b bei Sahe. 447. Deutschstr. 9-16, Gertraudenstr. Neue Grünstraße 15-28, Kurstr. 20a-29, Al. Kurstr. 9 und 13-15, Leipziger Str. 56 bis 68, Niederwallstr. 24 und 25, Oberwasserstr. 15 und 16, Seebelfstr. 1-3 und 31-32, Spittelmarkt, Wallstr. 1-27 und 84-91. 2. Abt. Wahl: „Bismarck-Säule“, Neue Grünstr. 28.

4. Wahlbezirk.

- 210. Baerwaldstr. 12-14 und 58-62, Urbanstr. 9-21, 151 bis 171 und 173-175 (Kaserne des I. Bataillons des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2). 3. Abt. Wahl: Baerwaldstr. 62 bei May.

- 213. Baerwaldstr. 15/16 und 56/57, Bückerstr. 28-34 und 48 bis 51 (Kaserne des II. Bataillons des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2). 3. Abt. Wahl: Bückerstr. 31 bei Reifner.

- 216. Baerwaldstr. 17-45, Bergmannstr. 60-76, Gneisenaustr. 35 bis 43 und 65-80, Schleiermacherstraße von Gneisenaustraße bis Bergmannstraße (19-28). 3. Abt. Wahl: Baerwaldstr. 38 bei Mikste.

- 230. Jahnstr. 1 und 19/20, Urbanstr. 52-67 und 102-108. 2. Abt. Wahl: Jahnstr. 18 bei Steudel.

- 248. Voedstr. 21-35, Kottbuscherdamm 6-12a, Schönleinstr. 1 und 2. 2. Abt. Wahl: Schönleinstr. 2 bei Gatzko.

- 377. Moritzstr. 1-3 und 21-24, Pringenzstr. 8-16 und 103-110, Waffertorstr. 17 und 56-57. 2. Abt. Wahl: Pringenzstr. 110 bei Widniewski.

5. Wahlbezirk.

- 319. Köpenicker Str. 181-189, Wangelstr. 97-99 (Kaserne des II. Bataillons des 3. Garde-Grenadier-Regiments zu Fuß), Zeughofstr. 3-10 und 24-26. 2. Abt. Wahl: Köpenicker Str. 9b bei Blamann.

- 362. Korffstr. 11-15 und 40-46, Reichenberger Str. 64-72a. 1. Abt. Wahl: Reichenberger Str. 75/76 bei Kernchen.

6. Wahlbezirk.

- 510. Andreasstr. 14-17 und 66-67, Langestr. 29-35 und 74 bis 81. 2. Abt. Wahl: Andreasstr. 21 bei Scholz, vorn links.

- 524. Beymeistr. 11, Capriustr. 12-25, Moirerstr. 1-3 und 27-30, Stralauer Allee 34. 2. Abt. Wahl: Stralauer Allee 87 bei Gehring.

- 594. Rommener Str. 16 und 41/42, Warschauer Str. 9-15 und 73-80. 2. Abt. Wahl: Warschauer Str. 9 bei Nig.

7. Wahlbezirk.

- 490. Löwestr. 16 und 17, Nichthofenstr. 6-12 und 15-27. 2. Abt. Wahl: Nichthofenstr. 1 bei Lubotta.

- 625. Petersburger Str. 11, Thaxterstr. 37-49, Jorndorfer Str. 31 und 32. 2. Abt. Wahl: Thaxterstr. 20 bei Gaumer.

- 661. Schreinerstr. 14-18 und 42-50, Voigtstr. 10 und 34. 1. Abt. Wahl: Schreinerstr. 48 bei Scherdt.

- 697. Bölowstr. 1, Am Friedrichshain 7-34, Rippehner Str. 21. 2. Abt. Wahl: „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23.

723. Elbinger Str. 17-35, Gneisener Straße, Goldaper Straße 1 und 16, die Grundstücke der Gumbinner Straße an der Aniprobestraße, Aniprobestraße von Elbinger Straße bis Ringbahn und südlich von Ringbahn bis Nr. 112, Kurischestr. 23 sowie das Grundstück auf der Nordseite an der Aniprobestraße, die Grundstücke der Vorder Straße an der Aniprobestraße, Paul-Heysestraße, Platz K (Abt. XIII d. Ver.-Bl.), die Grundstücke der Pregelstraße an der Aniprobestraße, Schneidemühlener Straße, Schönlanter Straße von Aniprobestraße bis Paul-Heyse-Straße, Straße 28 von Aniprobestraße bis Straße 16, Straße 21b von Straße 23 bis Ringbahn, Thorneer Straße von Aniprobestraße bis Paul-Heyse-Straße und Aniprobestraße von der Ringbahn bis zur Reichsbahngrenze, die Grundstücke der Neubrinckstraße an der Aniprobestraße, Platz D<sup>1</sup>, H<sup>2</sup> und <sup>3</sup> (Abt. XIII d. Ver.-Bl.) Straße 15a - Südseite von Aniprobestraße bis Straße 18a, Straße 21b von Ringbahn bis Straße 18a, Straße 22a von Aniprobestraße bis Straße 18a, Straßen 23a und 24, Straße 27 von Aniprobe-

- straße bis Straße 16, Straße 40a von Aniprobestraße bis Straße 16a. 2. Abt. Wahl: Elbinger Str. 24 bei Laubsch. 753. Ebdowiedstr. 4-10 und 33-38, Wilsstr. 33/34. 1. und 2. Abt. Wahl: Greifswalder Str. 191 bei Hein.

- 754. Jablonstr. 3-10 und 31-37, Wilsstr. 31/32. 1. Abt. Wahl: Jablonstr. 13a bei Böhne.

- 765. Braunsberger Str. 20-43, Elbinger Str. 30-45 und 78 bis 82, Goldaper Str. 2-15, Gumbinner Straße ausschließlich der Grundstücke an der Aniprobestraße, Kurische Platz, Kurischestr. 14-22 sowie Nordseite von Tralechner Straße bis Aniprobestraße ausschließlich des Grundstücks an letzterer, Labioner Straße, Vorder Straße von Aniprobestraße bis Tralechner Straße ausschließlich der Grundstücke an der Aniprobestraße, Pregelstraße von Aniprobestraße bis Tralechnerstraße, ausschließlich der Grundstücke an beiden Straßen, Straße 11 von Pregelstraße bis Ringbahn. 1. Abt. (Neuwahl). Wahl: Elbinger Str. 43 bei Rude.

- 769. Bölowstr. 31-34, Hufelandstr. 9-13 und 37-42. 1. Abt. (Neuwahl). Wahl: Hufelandstr. 12 bei Gaafe.

8. Wahlbezirk.

- 448. Alexanderstr. 8-11a und 30-36a, Dickenstr. 7-15, Kaiserstraße 26, Stadtbahnbogen 81-92, Voltairestraße von Stadtbahn bis Alexanderstraße. 3. Abt. Wahl: Alexanderstr. 30 bei Schöller.

- 793. Reibelstr. 9-34, Prenglauer Str. 29 und 33-37, Alte Schützenstr. 3-7, Badgedr. 3-6. 2. Abt. Wahl: 84, Gem.-Schule, Reibelstr. 32, Turnhalle.

- 810. Gormannstr. 10-17 und 20-24 sowie von Linienstraße bis Vohringer Straße, Linienstr. 51-61a und 209-215, Vohringer Straße 65-70 und 74, Radaststr. 13-14, Räderstr. 2. 2. Abt. Wahl: Gormannstr. 14 bei Poljan.

- 812. Radaststr. 1-12, Räderstr. 1-4, 7-8 und 10, Alte Schönhäuser Str. 11. 1. Abt. Wahl: Räderstr. 7 bei Thiel.

- 848. Saarbrüder Str. 10-14, Straßburger Str. 14-21 und 33 bis 43a. 2. Abt. Wahl: „Brauerei Königsstadt“, Schönhäuser Allee 10/11 I.

- 855. Choriner Str. 15-20a und 65-71, Schwedter Str. 18-23 und 253a-254a. 2. Abt. Wahl: Schwedter Str. 23/24 bei Büttner, Querweg, part. I.

- 872. Fehrbelliner Str. 25-31 und 48-57, Keleranenstraße 15. 2. Abt. Wahl: Fehrbelliner Str. 26 bei Hoffmann.

- 873. Fehrbelliner Str. 32-47. 1. Abt. Wahl: Fehrbelliner Str. 46 bei Ding.

- 875. Anflamer Str. 19-21 und 25-38. 2. Abt. Wahl: Anflamer Str. 29 bei Burmeister.

- 896. Wolfstor Str. 18-20, Heinersdorfer Str. 1, 2 und 28, Prenglauer Allee 17-22 und 232-238. 2. Abt. Wahl: Prenglauer Allee 23 bei Probian.

- 899. Prenglauer Allee 224 und 226, Nalestr. 1 und 54, Tresdowstraße 29-35. 1. Abt. Wahl: Tresdowstr. 33 bei Schmah.

- 918. Franzstr. 12-15, Hochmeisterstr. 2-7 und 25. 2. Abt. Wahl: Hochmeisterstr. 29 bei Steffen.

- 923. Dänziger Str. 10-11, Hagenaueer Str. 2-17a. 1. Abt. Wahl: Hagenaueer Str. 14 bei Bader.

- 931. Kastanienallee 93-108, Oderberger Str. 7, Schönhäuser Allee 146-151. 2. Abt. Wahl: Schönhäuser Allee 148 bei Titius.

9. Wahlbezirk.

- 933. Kastanienallee 2-20, Oderberger Str. 8 und 50-53. 2. Abt. (Neuwahl). Wahl: Kastanienallee 12 bei Koberdorf.

- 943. Gelfsemannstr. 1-10, Stargarder Str. 7-11 und 73-77. 2. Abt. Wahl: Stargarder Str. 10 bei Grund.

- 949. Buchholzer Str. 8 und 10-22, Gneisstraße ausschließlich 1 und 20, Greifenhagener Str. 1-4 und 65-68, Bappelallee 89 bis 78. 1. Abt. Wahl: Buchholzer Str. 6 bei Fuh.

- 975. Carmen-Schlus-Straße 133, Greifenhagener Str. 29-31 und 33-40, Anglerstr. 2 bis Scherenbergstraße einschl. des Grundstücks an letzterer. 1. Abt. Wahl: Greifenhagener Str. 38 bei Kuch.

- 982. Dänenstr. 1, Rudenbergr. 1, Schibelbeiner Str. 1, 2, 48 und 49, Schönhäuser Allee 76-84 und 110-116, Wickerstr. 1 und

sein. Das hat Otto Marx, der leider zu früh Verstorbenen, mit großem Takt begriffen; er gab nur das Notwendige und ließ die gewaltige Distanz und den machtvollen Rhythmus der Stufenfolge durch sich allein wirken. Nur an zwei Stellen im Zentrum der Längsachsen wird das Oval der Tribünen von Plattformen durchbrochen; zu wichtigen Plätzen wurden die hier untergebrachten kleinen Abteile der Logen zusammengefaßt. Dem nördlichen dieser repräsentativen Blöcke ist das Schwimm-bassin vorgelagert. Eine Arena aus hellenischem Geisil erfüllt und in märchliche Landschaft gestellt. Eine Arena, dem Volke bestimmt und dem Grenzgebiet des feudalen Sports eingegliedert. Jrgend eine Dissonanz zerbricht in dem Geisil der Hören ringsum. R. Br.

Wer war die Göttin der Vernunft? Am Sonntag, den 10. November 1793 wurde in der Roten Dame-Kirche zu Paris der Göttin der Vernunft gehuldigt - diese Angabe findet sich in jeder Geschichte der französischen Revolution. Ueber die Einzelheiten dieser eigen-tümlichen Feier war man aber nicht genau unterrichtet, und besonders wußte man bisher nicht, wer die Gottheit der Vernunft dar-gestellt hat. Der französische Geschichtsforscher Renotte teilt nun im „Temps“ die Ergebnisse seiner Forschungen hierüber mit. Danach hat man bei der Feier die Dekorationen der Oper verwendet und auch deren Personal herangezogen, und eine der Tänzerinnen, die Kubik, die bei den klassischen Balletts die Göttinnen darstellte, wirkte als Göttin der Vernunft mit. Die Vernunft hatte ein weiches Ge-wand an, trug die phrygische Mütze der Revolutionszeit, und über-dies einen himmelblauen Mantel. Die Szene spielte einen heidnischen Tempel dar, aus dem sie gerade heraus kam, um die Huldigungen einer Mädchenschar entgegen zu nehmen. Der Konvent hatte sich Er-scheinen zugesagt, aber er ließ sich nicht bliden, und da der Kon-vent nicht zur Göttin der Vernunft kam, ging nach berühmtem Vor-bilde die Göttin der Vernunft zum Konvent. Marx schmückte sie mit Guirlanden und trug sie im Triumph durch die Straßen in die Tuilerien.

Die französische Flugzeugindustrie hat in den letzten beiden Jahren einen großen Aufschwung genommen und ist jetzt zu Pro-duktionsziffern gelangt, die man vor fünf oder sechs Jahren kaum für möglich gehalten hätte. Im Jahre 1911 wurden 1350 Flug-maschinen mit 80 000 Pferdekraften gebaut, im Jahre 1912 stieg die Zahl auf 1425, und bei den gegenwärtigen Verhältnissen kann man annehmen, daß sie im Jahre 1913 auf 2000 Maschinen kommen wird. Nimmt man einen Durchschnittswert von 15 000 Franc für jede Maschine an, der eigentlich einen Minimalwert darstellt, so be-deutet die Flugmaschinproduktion des vorigen Jahres einen Wert von über 28 Millionen, wobei die Erzeugung der Zubehör-teile gar nicht gerechnet ist. So haben im Jahre 1911 und 1912 die Flieger z. B. gegen 8000 Propeller verbraucht. Im letzten Jahre wurden 489 Pilotenzugnisse ausgestellt. Die Höchstgeschwindigkeit, die mit einer Flugmaschine erreicht wurde, betrug 1911 167,8 Ki-lometer und 1912 174,1 Kilometer. Die größte Höhe war 1911 3910 Meter, 1912 5610 Meter. Die größte ohne Zwischenlandung zurückgelegte Entfernung betrug 1911 270,6 Kilometer und 1912 1010,9 Kilometer. Die längste Flugdauer ohne Landung war 1911 2 Stunden 16 Minuten und 1912 13 Stunden.

Ein untermerisches Hochland. Eine wichtige Entdeckung ist der australischen Südpolar-Expedition noch kurz vor ihrem Abschluß ge-lungen. Der Kapitän des Schiffes „Aurora“ hat während einer Kreuzfahrt eine größere Zahl von Lotungen südlich von Australien

vorgenommen und dabei eine überraschende Tatsache festgestellt, die eine größere Tragweite zu besitzen scheint. Etwa hundert Seemeilen südlich von Tasmanien wurde eine Vertiefung der Meeresstiefe bis auf 2082 Faden ermittelt. Dann hebt sich der Meeresboden zu einem Rücken, der nicht weniger als 3960 Meter über dem um-gebenden Meeresboden ansteigt und in seinem Stamm nur noch 545 Faden unter dem Meeresspiegel liegt. Dieser versenkte Gebirgs-rücken besitzt eine Länge von 260 und eine Breite von 160 Kilo-metern. Prof. David bemerkt dazu im „Geographical Journal“, daß dieser untermeerische Höhenzug unzweifelhaft als Bruchstück eines versunkenen Festlandes zu betrachten sei, das früher mit Tasmanien im Zusammenhang gestanden habe.

Notizen.

Die abgelehnte Stiftung. „Nur die Lunte sind bescheiden“, sagte Arno Holz und lehnte die ihm von der Schiller-stiftung zugewiesene Ehrengabe von 750 M. ab, weil sie seiner un-würdig sei.

Musikchronik. Eine vollständige Vorstellung der Meisterfeier findet Donnerstags zur Feier des hundertsten Geburtstages von Richard Wagner in der Krolloper statt. Die Eintrittspreise betragen 1,50 M., 1 M. und 50 Pf.

Spielhagen wird nun auch verfilmt, und zwar zunächst sein Roman „Problematische Naturen“.

Ein Richard Wagner-Denkmal wurde nun auch in München eingeweiht. Es steht vor dem Prinzregententheater, dem ja Wagners Werk geweiht ist und stellt den Meister sitzend dar nach dem Entwurf von Badere. Den Ringelbeutel für das Monument hat hauptsächlich Bossart geschnitten; es ist - auf sein Betreiben - dem Herrscherhause Wittelsbach gewidmet, das (weil Gott) mit Wagner nichts weiter zu tun hat, als daß Ludwig II. in einer seiner Launen Wagner protegiert hat.

Das Robert-Schumann-Museum in Bwika, dem Geburtsort des Komponisten, ist aus privatem Besitz endgültig in den Besitz der Stadt übergegangen. Es soll in dem im Bau be-findlichen König-Albert-Museum untergebracht werden.

Bei den Nationalfestspielen in Genf, die im nächsten Sommer anlässlich der Jahrhundertfeier der Jugendlichkeit Genf zur Schweizerischen Eidgenossenschaft stattfinden, ist Jaques-Dalcroze die Komposition und Leitung des Festspiels übertragen worden.

Der Goldfund bei Eberswalde. Der bedeutsame prähistorische Fund, der im Messingwert bei Eberswalde gemacht wurde, enthält außer den Ringen, Streifen, Warren usw. auch einige kleine Gefäße, die mit geometrischen Ornamenten (gerade und Wellenlinien, Kreise, Sterne) geziert sind. Es scheint sich um einen Depotfund zu handeln, den ein reisender Händler vergraben hat.

Buchhändler gegen Bücherläufer. Der Kampf gegen die Jugendchriften-Litern der Prüfungsausschüsse deutscher Volkshochschulen, der sich seit Jahresfrist zu üblen Formen gesteigert hat, richtet sich jetzt auch gegen die Arbeit, die der Dürer-bund in ähnlicher Art leistet. Der Völkerverein der deutschen Buch-händler macht gegen den Bund mobil, weil er den Verlagsbuchhandel und seine Autoren schädigend bevorzue und in die Rechte des Buchhandels eingreife. Natürlich läßt die Organisation des buch-händlerischen Kapitals neben seinen Rechten keine Rechte des Buch-läufers gelten. Der Bücherläufer aber braucht unbedingt eine Führung.

100. 1. und 2. Abt. Wahl.: Schivelbeiner Str. 48 bei Bernide.
983. Dänenstr. 1-14, Schönflieger Str. 1, Seelower Str. 1-2 und 24. 1. Abt. Wahl.: Dänenstr. 14 bei Schaaf.
985. Schivelbeiner Str. 3-7 und 41-47. 1. Abt. Wahl.: Schivelbeiner Str. 42 bei Bruchwitz.
995. Bornholmer Str. 1-3 und 95-96, Kuglerstr. 46, Schonenstraße 1, Schönhauser Allee 80-103, Wisbner Str. 1 und 74. 2. Abt. Wahl.: Schönhauser Allee 90 bei Vötker.
996. Bornholmer Str. 4-9 und 89-94. 1. Abt. Wahl.: Bornholmer Str. 89 bei Teichmann.
1008. Cantianstr. 1-12 und Belfriedstr. von Milastrasse bis Schönhauser Allee, Eberswalder Str. 25/26, Exerzierplatz zur einjamen Pappel, Rappellallee 84-89, Schönhauser Allee 45a bis 52a und 137-144, Schwedter Str. 53 bis Gaudystr. 2. Abt. Wahl.: Schönhauser Allee 130 bei Elsner, 2. Hof part.
1014. Gleimstr. 36-44, Rheinower Str. 1-3 und 11-12a. 1. Abt. Wahl.: Gleimstr. 38 bei Lehmann.
1017. Gaudystr. 1-3 und 39-42, Gleimstr. 29, Schönhauser Allee 69-70d und 124-127, Stargarder Str. 1 und 82. 1. Abt. Wahl.: Gaudystr. 3 bei Wogang.
1024. Gleimstr. 45-46, Koppenhagener Str. 16-18 und 63-64, Schönflieger Brücke, Sonnenburger Str. 6-23. 1. Abt. Wahl.: Gleimstr. 45 bei Mitter.
1025. Gleimstr. 47-54, Körbener Str. 3 und 21-25, Hader Str. 1-5 und 15-17. 1. Abt. Wahl.: Körbener Str. 25 bei Schulz.
1028. Koppenhagener Str. 19-29 und 50-62, Hader Str. 6-11. 1. Abt. Wahl.: Koppenhagener Str. 28 bei Kott.
1041. Putzener Str. 25-32, Kamlerstr. 5-9. 1. Abt. Wahl.: Kamlerstr. 8 bei Bange.
1046. Bahstr. 1-4, Bahnhof Gesundbrunnen, Kamlerstr. 12, 14 bis 17 und 24-28, Swinemünder Brücke ausschließlich des nördlichen Zuganges, Swinemünder Str. 64-67. 1. Abt. Wahl.: Swinemünder Str. 64 bei Fernow.
1047. Braunstr. 20-26, Kamlerstr. 18-23. 1. Abt. Wahl.: Swinemünder Str. 66 bei Schmidt.
1058. Swinemünder Str. 47-51 und 78-81. 1. Abt. Wahl.: Swinemünder Str. 81 bei Stoll.
1428. Orststr. 4, Panstr. 23-31 und 68-75, Biesenstr. 19-20. 1. Abt. Wahl.: Panstr. 23 bei Gembries.
1435. Wellermannstr. 82-85, Steintiner Str. 17-24. 1. Abt. Wahl.: Steintiner Str. 12 bei Lawrenz.

**10. Wahlbezirk.**

824. Ackerstr. 1 und 1a, Nl. Auguststr. 14a, Elffasser Str. 82-87, Linienstr. 76-89 und 195-202. 1. Abt. (Neuwahl). Wahl.: Nl. Auguststr. 14 bei Krottenbräuer.
890. Friedrichstr. 107, Johannisstr. 1-7, Kalkscheunenstr. 3-7, Jägerstr. 82. 3. Abt. Wahl.: Jägerstr. 31 bei Florian.
890. Bernauer Str. 20, Schönholzer Straße. 1. Abt. Wahl.: Schönholzer Str. 4 bei Schidan.
893. Brunnenstr. 33-40 und 150-158. 2. Abt. Wahl.: Brunnenstraße 36 bei Jentich.
894. Brunnenstr. 41-49 und 139-149, Rheinsberger Str. 2-10 und 69-79. 2. Abt. (Stichwahl); 1. Abt. (Neuwahl). Wahl.: Brunnenstr. 143 bei Kottlauch.
1028. Bernauer Str. 25, 27-38 und 73-83, Brunnenstr. 50 und 188, Ruppiner Str. 11-15, Wolgaster Str. 5-7. 2. Abt. Wahl.: Bernauer Str. 74 bei Stargard.
1043. Vorpostenstr. 7-12 und 32-37, Putzener Str. 3-6 und 52. 1. Abt. Wahl.: Demminer Str. 35 bei Wischnat.
1044. Demminer Str. 8-12 und 25-29, Ruppiner Str. 24 und 25, Swinemünder Str. 68-84. 1. Abt. Wahl.: 182/142. Gem.-Schule, Demminer Str. 27, Turnhalle.
1064. Bergstr. 1-6 und 78-81, Elffasser Str. 12-15. 2. Abt. Wahl.: Bergstr. 79 bei Schmalow.
1078. Dufftensstr. 13 und 14, Jasmunder Str. 1 und 22, Straßunder Str. 28-41. 1. Abt. Wahl.: Straßunder Str. 30 bei Gebel.
1080. Straßunder Str. 14-22 und 51-59, Strelitzer Str. 37 und 38. 1. Abt. Wahl.: Straßunder Str. 17 bei Hensel.
1084. Brunnenstr. 119-123, Ufedomstr. 5-7 und 28-35, Wattstraße 7. 2. Abt. Wahl.: Brunnenstr. 119 bei Ruh.
1085. Dufftensstr. 15-20, Ufedomstr. 15-19. 1. Abt. Wahl.: Dufftensstr. 18 bei Holland.
1093. Ackerstr. 71-76, Feldstr. 10-17, Hermsdorfer Str. 1-11, Dufftensstr. 43-63. 1. Abt. Wahl.: Hermsdorfer Str. 5 bei Herms.
1097. Ackerstr. 85-91, 102-104 und 106-111. 1. Abt. (Neuwahl). Wahl.: Ackerstr. 103 bei Regenberg.
1111. Gartenstr. 8-11 und 102-104, Schröderstr. 4-7 und 9-15. 2. Abt. Wahl.: Gartenstr. 6 bei Targatsch, Hofgerade 1.
1116. Vorpostenstr. 28, Kobalistr. 2-8, Tiefstr. 8-13 und 28-31. 1. Abt. (Neuwahl). Wahl.: Kobalistr. 3 bei Schardt.
1159. Albrechtstr. 1-5, Karlsruh. 9-15 und 34-37, Schumannstraße 5-8 und 14-18. 3. Abt. Wahl.: Schumannstr. 13 bei Steinhanf.

**11. Wahlbezirk.**

1263. Genter Str. 66, Lüderichstr. 1-3, Müllerstr. 132-136, Seefr. 40-43 und 94-98. 1. Abt. Wahl.: Müllerstr. 136 bei Anders.
1264. Vorpostenstr., Edinburger Straße — Eckgrundstücke an der Vorpostenstr., Glasgower Str. 1 und 33, Müllerstr. 54-59, Türkenstr. 25/26. 1. Abt. Wahl.: Müllerstr. 59 bei Schulz.

**Im 12. Wahlbezirk**

- finden außer in den gestern veröffentlichten Wahlbezirken Stichwahlen statt in folgenden Bezirken:
1241. Embener Str. 41-43, Bieleftr. 20-26. 1. Abt. Wahl.: Bieleftr. 24 bei Gieshoff.
1245. Embener Str. 24-30 und 33-38. 1. Abt. Wahl.: 206/212. Gem.-Schule, Siemensstr. 20, Turnhalle.
1246. Oldenburger Str. 19-25 und 28-32. 1. Abt. Wahl.: Oldenburger Str. 30 bei Thibaut.
1254. Embener Str. 1-4 und 57-59, Turmstr. 47a-53. 1. Abt. Wahl.: 82/90. Gem.-Schule, Turmstr. 75, Turnhalle.

**Verbandstag der Maler.**

Zu dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen, ist die Aufgabe der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Maler, die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus zu Berlin zusammentrat. Nachdem sich der Verbandstag konstituiert hatte, gab er eine Handlung eine

**Darstellung des Verlaufs der Bewegung**

und der letzten Verhandlungen. Der Redner erinnerte daran, daß die vorige Generalversammlung mit dem damals vorliegenden Schiedsspruch zwar nicht zufrieden war, ihm aber zugestimmt hat, um den Kampf zu vermeiden. Die Arbeitgeber haben damals den Schiedsspruch angelehnt und die Aussperrung ins Werk gesetzt, weil sie meinten, der Schiedsspruch sei für die Arbeiter zu günstig. Wir haben beschloffen, daß von einem Juridischen hinter die in den Schiedsspruch selbstgesetzten Abne keine Rede sein könne, und danach haben wir unsere Maßnahmen für den Kampf getroffen. Die Arbeitgeber gingen nicht einseitig vor. Die Aussperrung trat nicht überall gleichzeitig ein, und auch ihr Umfang war in den verschiedenen Bezirken sehr verschieden. Von einer allgemeinen Aussperrung, wie sie von den führenden Arbeitgebern geplant war, kann keine Rede sein. Nach unseren Feststellungen erreichte die Zahl der Aussperrten am 15. März den höchsten Stand mit 15.770. Von da an ging die Zahl fortgesetzt zurück bis auf 9578 am 10. Mai. In den Reihen unserer Kollegen hat man geglaubt, wenn die Arbeitgeber schon eine Aussperrung ins Werk setzten, würden sie wenigstens die Hälfte unserer Kollegen aussperrten; aber es war nur ein Drittel der Kollegen, die in den

Kampf hineingezogen wurden. Im Umfang der Aussperrung war also bei weitem nicht so groß, wie es die Scharfmacher unter den Arbeitgebern gemollt und ein Teil unserer Kollegen erwartet haben. Aber der Kampf hat sich ziemlich lange hingezogen. Man kann sagen, es war ein Kampf, wie er in unserem Gewerbe noch nicht geführt worden ist. Es war

**eine Machtprobe der Arbeitgeber,**

die alles versucht haben, um unsere Organisation zu schwächen. Doch wir haben den Ansturm der Arbeitgeber ganz gut ausgehalten. Wir haben in der vorigen Generalversammlung erklärt, daß wir nichts anderes zu tun haben, als eine abwartende Haltung einzunehmen, und daß wir keine Ursache haben, die Kollegen, welche nicht ausgesperrt werden, zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Im allgemeinen haben unsere Kollegen eingesehen, daß diese Taktik die richtige war. Wenn wir heute das Kampffeld überblicken, so finden wir ebenfalls, daß wir mit unserer Taktik zufrieden sein können. So ist denn die Zahl der Aussperrten immer mehr zurückgegangen, und bei den Arbeitgebern ist ein gewisser Mißmut eingetreten. Die Arbeitgeber bemähten sich, die Zahl der Aussperrten größer erscheinen zu lassen, als sie jemals war. In einigen Bezirken hat ja die Aussperrung einen ziemlich großen Umfang angenommen. In anderen Bezirken ist sie dagegen um so flüchtiger ausgefallen. Wir haben die Taktik befolgt, das zu sichern, was die Schiedssprüche bieten, und, wo es möglich ist, noch darüber hinauszuweisen. Diese Taktik hat uns manchen guten Erfolg gebracht. In einer Reihe von Städten haben wir mit einer großen Zahl von Arbeitgebern Sondertarife abgeschlossen. 19.400 Kollegen arbeiteten am 10. Mai bei Unternehmern mit Sondertarifen. In einigen Städten sind es 7/8, bis 1/2 der Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. — Der Redner ging dann auf Verhandlungen ein, die im Laufe des Kampfes mehrmals geführt wurden und schließlich mit einem Schiedsspruch des Unparteiischenkollegiums endete, der in der Hauptsache befaßt, daß die von den früheren Unparteiischen gemachten Vorschläge Geltung behalten sollen und in den Orten, wo in größerem Umfang Vereinbarungen über die früheren Schiedssprüche hinaus getroffen worden sind, den Parteien anheimgegeben wird, diese Vereinbarungen allgemein durchzuführen.

Was die Arbeitgeber durch die Aussperrung erreichen wollten, das wird ihnen durch den neuen Schiedsspruch nicht gewährt. Während des Kampfes haben es die führenden Arbeitgeber versucht, ihre Kollegen mit terroristischen Mitteln zur Beteiligung an der Aussperrung zu bewegen. Auf die Materiallieferanten und Gerüstverleiher hat man den härtesten Druck ausgeübt; auch die Behörden hat man zu beeinflussen versucht. Und trotzdem hat die Aussperrung nicht den von den Scharfmachern gewünschten Umfang angenommen. Die öffentliche Meinung hat während des Kampfes auf Seiten der Arbeiter gestanden, denn durch die Ablehnung der Schiedssprüche hatten sich die Arbeitgeber in ein ungünstiges Licht gesetzt. — Der Redner betonte schließlich, daß die Arbeiter und die Hirsch-Dunder'sche Organisation während der ganzen Bewegung in vollem Einvernehmen mit dem Verband gehandelt haben. Schließlich ersuchte der Referent die Versammlung, den vorliegenden Schiedsspruch eingehend zu prüfen und Stellung dazu zu nehmen.

Das geschah denn auch in der Diskussion, die bis zum Schluß der Sitzung währte und am Donnerstag fortgesetzt wird.

**13. Verbandstag des Verbandes der Schiffszimmerer.**

Die Beratung der Verschmelzungsfrage wird in lebhaftem Fähr und Wider fortgesetzt. Die Befürworter der Verschmelzung weisen darauf hin, daß heute schon ein sehr großer Teil der Schiffszimmerer in anderen Verbänden organisiert sei. Die Ablehnung der Verschmelzung würde neue Schwierigkeiten in Mitgliederkreisen hervorrufen, sei doch der Abfall der Zahlreiche Wilhelmshaven noch in aller Erinnerung. Die Entwidlung zum Eisen-Schiffbau mache sich auch im Flußschiffbau stark bemerkbar. Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Anoll, macht darauf aufmerksam, daß die Anziehung der großen Verbände eine ganz natürliche Erscheinung sei und nicht von dem Willen der Leitungen abhängt. Die Liebe zum alten Verband sei zu verstehen. Man solle sich aber nicht so sehr von Gefühlen leiten lassen, sondern sich ernstlich fragen, ob der Verband nicht Gefahr laufe, durch die Anziehungskraft der großen Verbände ausgehöhlt zu werden.

Die Gegner der Verschmelzung bestreiten, daß der Verband der Schiffszimmerer nicht mehr existenzfähig sei. Seine Finanzen lägen sehr gut. Für die kleinen Bahnhöfen sei ein Anschlag an den Holzarbeiterverband kein Vorteil. Auf dem größten Teil der Flußschiffwerften wollten die Mitglieder von der Verschmelzung nichts wissen. In den großen Verbänden würden die Schiffszimmerer allen Einfluß verlieren. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes seien auf den Werften selbst eine Minderheit und hätten keinen Einfluß auf die Bewegungen.

Anderer Delegierter, so besonders die von Kiel, Wegefall und Breslau, treten für den Anschluß an den Metallarbeiterverband ein. Von verschiedenen Seiten wird der Uebertritt zum Holzarbeiterverband in der vorgeschlagenen Form als nicht annehmbar bezeichnet und eine Vermittelung der Generalkommission gewünscht. Folgende Resolution wird darauf gegen 3 Stimmen angenommen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die von den Vorständen des Verbandes der Schiffszimmerer, des Holzarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes getroffenen Anmachungen betreffend den Uebertritt des Verbandes der Schiffszimmerer als eine annehmbare Grundlage für den Verband der Schiffszimmerer nicht angesehen werden kann, beauftragt die Generalversammlung den Verbandsvorstand, erneut mit den Vorständen des Metallarbeiterverbandes und des Holzarbeiterverbandes unter Vermittelung der Generalkommission in Verbindung zu treten, um einen einheitlichen Uebertritt zu ermöglichen.“

Ein Zusatzantrag, zwei in Arbeit stehende Kollegen hinzuzuziehen, wird angenommen. Die neuen Verhandlungen sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden. Ueber ihr Resultat soll eine Urabstimmung entscheiden, die eine Zweidrittelmajorität der Abstimmenden ergeben muß. Darüber, ob man sich dem Metallarbeiterverband oder dem Holzarbeiterverband anschließen will, soll in der Urabstimmung mit einfacher Majorität entschieden werden. Damit sind alle übrigen Anträge erledigt. Die Generalversammlung vertagt sich auf Mittwoch.

**Aus der Partei.**

**Aus den Organisationen.**

Der vom Kreisvorstand des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Regenrad erstattete Jahresbericht lautet nicht befriedigend. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft hat nach der Reichstagswahl abgefallen. Wenn auch die Generalkassen ihre Mitgliederzahl in der Berichtszeit (1. Juli 1912 bis 31. März 1913) von 12.200 auf 18.056 zu steigern vermochten, so hatte aber leider die Parteioorganisation einen wenn auch geringen Rückgang zu verzeichnen: von 4266 auf 4252. Der Verlust betrifft allein die männlichen Mitglieder; die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich hingegen von 789 auf 827 vermehrt. Von großem Einfluß auf die Mitgliederzahl waren die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie die vielen Abmeldungen wegen Abreise zeigen. Nur 18 Proz. der bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen sind also von der Parteioorganisation erfasst, ein Beweis, welche riesige Arbeitsfeld noch zu bearbeiten ist; von den 15 hiesigen Wahlkreisen steht der Kreis Erfurt-Schleusingen-Regenrad an letzter Stelle. An 24 Orten bestehen Parteioorganisationen. Die Abmendenzahl der „Arbeiter-Jugend“ hat sich um 888 auf 995 erhöht. Die „Kadetten“ hat ihren Abmendenstand vom Sommer vorigen Jahres behauptet; sie zählt am Ende des Berichtsjahres 9485 Abmenden. — Abgesehen von der Kapitulation zur Landtagswahl wurden noch 21 öffentliche, 8 Frauen- sowie 198 Ortsgruppen und 48 Bezirksversammlungen ab-

gehalten. — Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 9519,85 M. ab.

Am Sonntag, den 18. Mai, wurde in Arnstadt die Kreis-Generalversammlung abgehalten. Aus 24 Orten des Kreises waren 75 Delegierte erschienen, außer dem Kreisvorstande, der Kontrollkommission, dem Bezirks-Parteisekretär und dem Reichstags-Abg. Genossen Schulz-Verlin. An den Geschäftsbericht des Vorstandes knüpfte sich eine sehr ausführliche Debatte, in deren Vordergrund die Förderung der Jugendbewegung und die erneut auftauchende Frage der Anstellung eines Kreissekretärs standen, die, in Anbetracht der Notwendigkeit der Agitation und der Kräfteanspannung der Gegner immer dringlicher wird, im Vorjahre aber abgelehnt worden war. Ein erneuter Antrag war in diesem Jahre nicht gestellt worden, wohl aber wurde schließlich einem auch vom Genossen Schulz-Verlin befürworteten Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt, die Sekretärfrage einer erneuten Prüfung durch die verantwortlichen Instanzen des Kreises zu unterziehen und der nächstjährigen Kreisgeneralversammlung einen Plan zu unterbreiten, ob und unter welchen finanziellen Aufwendungen die Anstellung eines Kreissekretärs möglich ist. — Ueber den Ausfall der Landtagswahlen in den beiden Wahlkreisen Erfurt-Stadt und Land und Schleusingen-Regenrad sprach Genosse Berking-Erfurt. Im Erfurter Kreise stieg die Zahl der Wählerinnen von 44 auf 72, im Kreise Schleusingen-Regenrad von 29 auf 54. Im allgemeinen wurden die Fortschritte als nicht befriedigend bezeichnet. Die Wählergebnisse Verklings betrafen im übrigen nur Wahlkreisangelegenheiten. Jedoch wurde ein Antrag eingebracht, nach dem die Kandidaturen zum Reichstag und zum preussischen Landtag von der Generalversammlung in Vorschlag gebracht werden, die Kandidaturen aber durch Urabstimmung im Reichstagswahlkreis und den beiden Landtagswahlkreisen durch Urabstimmung bestätigt werden müssen. Die nächste Generalversammlung wird darüber Beschlüsse fassen. — Der deutsche Parteitag wird durch einen Delegierten beauftragt werden. In Vorschlag gebracht wurden die Genossen Apel und Roway (Erfurt). — Zum Kreisvorsitzenden wird Genosse Riß wiedergewählt, als Ort der nächsten Kreisgeneralversammlung wiederum Arnstadt.

Aus dem Geschäftsbericht des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 11. hiesigen Wahlkreis ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre (9 Monate) um 634 stieg (einschließlich 119 weiblichen Personen). Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des Geschäftsjahres 8883. Im Wahlkreise sind 378 sozialdemokratische Bürgerauschussmitglieder zu verzeichnen. Davon sind gewählt 297 in der dritten, 78 in der zweiten und drei in der ersten Klasse. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte stiegen von 31 auf 42.

In Jordan v. Ardeners Wahlkreis Salzwedel-Wardelegen erhöhte sich die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins im letzten Geschäftsjahre von 570 auf 595 — eine für diese agrarischen Gebiete erfreuliche Zunahme. Auch der Abmendenstand des Parteibüros gewinnt langsam aber sicher in diesem altemärkischen Kreise an Boden.

In Probstzella tagten am Sonntag die Meininger Landeskonferenz und die Generalversammlung des zweiten Meininger Reichstagswahlkreises. An der Landeskonferenz nahmen teil 43 Delegierte aus 27 Orten des zweiten Kreises, die Bezirks- und Kreisleitungen, der Landesvorstand, das Bezirkssekretariat, der Reichstagsabgeordnete Genosse Reihhaus und fünf Landtagsabgeordnete. Der erste meiningerische Reichstagswahlkreis war nicht vertreten. Die Mitgliederzahl des ersten Kreises ist um 172 auf 880 (51 weibliche) gestiegen; die des zweiten Kreises um 137 auf 2158 gesunken. Der Antrag auf Auflösung der Landesorganisation wurde angenommen, aber die Landtagsfraktion ermächtigt, nach dem Vertretungsmodus der Kreisorganisation zu beschließende Landeskonferenzen nach Bedarf einzuberufen. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt die Fraktion einen Genossen. — Die Kreisorganisation des zweiten meiningerischen Wahlkreises war von 65 Delegierten aus 23 Orten besetzt. Das neue Kreisstatut wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. Genosse Seige (Wöhner), der bisherige meiningerische Landeshauptmann, wurde Kreisvorsitzender. Aus den Berichten über die Entwicklung der Parteipresse ist zu entnehmen der günstige Stand des „Saalfelder Volksblattes“, das auch für den Rudolstädter Kreis zuständig ist, und der durch den Abgang von Korbung weniger günstige Stand des „Thüringer Volksfreund“ in Sonneberg. Ueber die Taktik bei den Gemeinderatswahlen referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Hofmann. Eine Beschlusfassung über diesen Punkt wurde der nächsten Kreiskonferenz, die in Laufsha stattfinden soll, überwiesen.

Die Kreisgeneralversammlung für den Reichstagswahlkreis Neuh. a. L. fand in Greiz statt. Nach der Berichterstattung kam es bei der Statutenberatung zu langer, teilweise heftiger Debatte. Die neuen Statuten wurden schließlich mit einigen Änderungen gegen 10 Stimmen angenommen. Der Kreisvorstand ist danach in Zukunft ein selbständiges, vom Ortsverein Greiz unabhängiges Organ. Als Vorsitzender wurde Genosse Riß in Greiz gewählt. Neben zwei anderen Greizer Genossen, die mit dem Vorsitzenden den engeren Vorstand bilden, wurden noch sechs Genossen aus fünf Orten in den Kreisvorstand gewählt. Nach dem neuen Statut finden alle Kreisgeneralversammlungen in Greiz statt.

**Totentiste der Partei.**

In Pinneberg starb am Montag der Genosse Heinrich Brand, der seit sieben Jahren dort als Kolporteur des „Hamburiger Echo“ und der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ treu seines Amtes gewaltet und unermüdet für die Partei gewirkt hat, die er auch eine Reihe von Jahren als Stadtverordneter vertrat. Die Parteigenossen Pinnebergs haben in ihm einen ihrer Besten verloren.

**Hundert sozialistische Lehrer verlaugt!**

Im letzten Herbst legte die Partei des Staates Washington ein Bureau für sozialistische Erziehung ein und begann eine Propaganda behufs Eroberung der Schulvorstände. Zu Tausenden wurden Artikel über Schulfragen verbreitet. Bereits bei den Wahlen dieses Jahres wurden dadurch eine Menge Schulvorstände erobert. Vor kurzem wandte das Erziehungsbureau sich an das Landesbureau der sozialistischen Lehrer um Zuweisung von 60 Lehrern, die im Staate angeestellt werden sollten. Jetzt werden schon 100 verlangt. Im „Appeal to Reason“ sagt J. E. Sinclair namens des Erziehungsbureaus dazu: „Nächste Woche werden es wahrscheinlich 200 sein. Und wenn es glückt, frech Warren ins Gefängnis zu bringen, werden es nächstes Frühjahr 1000 sein. Den sozialistischen Lehrern flicken die Genossen von Washington die Bruderhand entgegen. Wenn Ihr den rechten Kern in Euch habt, können wir Euch brauchen, hier am Old-Dyeon, wo die kapitalistische Deutlichkeit die Arbeiterklasse zur Tat erweckt hat.“

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Prozessprotokoll.**

Zwei Monate Gefängnis erhielt Genosse Reumann von der Essener „Arbeiterzeitung“ am Montag von der Essener Strafkammer subdiert. Im Essener Parteiblatt war ein Artikel der Strafkammer zu Wachen, durch das der dortige Fabrikant v. d. Haden wegen Erziehung eines Arbeiters nur zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, scharf kritisiert. Auch war das Urteil in Vergleich gestellt worden zu einem Urteil derselben Strafkammer, durch das ein Arbeiter, der einen Hund angehauen und sich dem Besitzer des Hundes gegenüber der Nötigung schuldig gemacht hatte, mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden war. Das Urteil sah in einigen Ausführungen der „Arbeiterzeitung“ den Vorwurf der Klassenjustiz. Festgestellt wurde aber vor dem Essener Gericht folgendes: Die Streikenden des Fabrikanten v. d. Haden haben sich an dem von dem Wächter Gericht zugunsten des Fabrikanten angenommenen „Sturm auf dessen Haus“ nicht beteiligt. Auch hat der Fabrikant den angeklagten Schreckschuss mit

der Pistole nicht, wie er angegeben, auf das Pflaster, sondern in gerader Richtung abgegeben. Ferner konnte weder von einem Tumult noch von einem Aufruf die Rede sein; vor allem hatte aber der erschossene Arbeiter, ein Holländer, mit der Sache gar nichts zu tun. — Erwähnt sei auch, daß das Urteil gegen den Fabrikanten zwar rechtskräftig, aber noch nicht vollstreckt ist. Er hat, wie er in der Verhandlung als Zeuge bekundete, ein Gnadengesuch eingereicht.

## Jugendbewegung.

Katholische Jugendverehrung.

Wir haben wiederholt drastische Beweise dafür gebracht, wie katholische Jugendvereine ihre Mitglieder durch Schundliteratur verblöden. In die unglücklichsten Dramen, mit denen man die jungen Leute verdirbt, sind aber auch vielfach Verkehren gegen die moderne Arbeiterbewegung verflochten. So berichtet die Kirchenzeitung der Pfarre St. Paul (Nr. 17) über eine Veranstaltung des Jünglingsvereins Köln-Süd:

Das zweitägige Volksdrama: „Die Saat des Hasses“ von dem um die Hebung der Volksbühne sehr verdienten Verfasser G. Ritter greift in das moderne, reich bewegte Leben, schildert den hasserfüllten Kampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, der durch seine Gewalttaten nur Unheil bringt; an der Leiche der treuen Mutter steigt die Liebe.

So wagt man den jungen Leuten den Befreiungskampf der Arbeiter als eine „Saat des Hasses“, die unheilvolle „Gewalttaten“ zeitigt zu schildern. Und aus dieser Erziehung erwachsen die Rekruten der christlichen Gewerkschaften. Kein Wunder, wenn sie mit so verheerenden Mitgliedern immer mehr den Charakter von Gewerkschaften verlieren und zu Streikbrechervereinen werden.

## Genossenschaftliches.

Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Volksfürsorge.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist die „Volksfürsorge“ am 17. Mai ins Handelsregister eingetragen. Vom Vorstand der „Volksfürsorge“ erhalten wir durch das Pressebüro nachfolgende Mitteilung, aus der ersichtlich ist, daß der Geschäftsbetrieb am 1. Juli erfolgen soll. Ueber die Art der Leistungen enthält die Mitteilung leider noch nichts. Der Vorstand schreibt:

Unseren Freunden teilen wir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen, wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Instanzen, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen.

Die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jeden Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsblöcke für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge“ wird deren Aufnahmestempel erteilt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 M. tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Wir ersuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugblätter und Prospekte Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“.  
A. v. Elm. St. Leise.

49. Verbandstag der ostdeutschen Konsumvereine.

In Stettin trat am Montag der 49. Verbandstag des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten zu seinen Beratungen zusammen. Die Beratungen begannen mit einer geschlossenen Sitzung, in welcher der juristische Beirat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Dr. jur. R a i e r, einen instruktiven Vortrag über die wichtigsten Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes und ihre Anwendung in der Praxis hielt, der regstem Interesse begegnete. Einige Anfragen aus der Praxis des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes wurden vom Referenten sachgemäß beantwortet.

Verbandssekretär Hildebrand erstattete sodann den Revisionsbericht. Es müßten bei kleineren Vereinen eine Reihe von Monaten erhoben werden, doch ist die Geschäftsführung in den Verbandsvereinen im allgemeinen wesentlich besser geworden. U. a. wünschte der Revisor, daß die Vereine ihre Mitgliederzahl genauer feststellen und nicht soviel „Papierkolonnen“ in ihren Büchern führen, da sonst die Gegner eine verhältnismäßig geringe Zahl der tausenden Mitglieder in der Agitation gegen die Genossenschaft ausnützen können.

Eine Aussprache über diesen Bericht wurde nicht gewünscht. Nachmittags begannen die öffentlichen Verhandlungen mit den üblichen Begrüßungsansprachen. Seitens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begrüßte u. a. Herr R a u s m a n n - Hamburg den Verbandstag und hob hervor, daß der Brandenburgische Verband einer der größten sei, so daß wohl bald eine Trennung desselben erforderlich werde. Besonders erreglich sei, daß unter den vertretenen Vereinen, drei in diesem Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken können. Es sind dies der Konsumverein „Fortschritt“ zu W e r n a u, der Konsumverein F i n s t e r w a l d e und der „Stettiner Konsum- und Sparverein“. Diese Vereine sind einige der wenigen, welche die schwersten Zeiten der deutschen Genossenschaftsbewegung überdauert haben. Bis zum Beginn der 70er Jahre wurden die Handwerksgehilfen hauptsächlich am Tisch des Meisters beschäftigt, und so hatten viele dieser des Mittelstandes ein großes Interesse an der Verbilligung des Wareneinkaufs. Sie bildeten deshalb das Rückgrat der Genossenschaften, bis die fortschreitende Industrialisierung einen völligen Umschwung brachte. Der Mittelstand verlor das Interesse an dem genossenschaftlichen Wareneinkauf, erklüßte sogar mehr und mehr in den Konsumvereinen eine lästige Konkurrenz, schied aus ihnen aus und bekämpfte sie zum Teil, während die Arbeiter ihnen noch fern standen. Nur wenige Vereine haben diese Periode überdauern können, darum seien die drei Jubiläumsvereine ein Zeichen der gesunden Kraft der Genossenschaften.

Der Geschäftsbetrieb wurde von dem Verbandsvorsitzenden Müller-Verlin erstattet. Es sind 10 Jahre verstrichen, seit der „Brandenburgischer Verband“ seine Verbindung mit dem „Allgemeinen Verband“ gelöst hat und dem Zentralverband der deutschen Konsumvereine beitrug. In dieser Zeitperiode ist die Zahl der Vereine von 25 auf 103, die Zahl ihrer Mitglieder von 27 100 auf 176 807 und die Umsatzziffer von 4 732 150 M. auf 39 147 067 M. gestiegen. Das sei ein glänzender Erfolg, und dabei sei die Hoffnung berechtigt, daß die nächsten zehn Jahre die zurückliegende Zeit weit überholen werde. Auch das letzte Geschäftsjahr habe günstig geschlossen. Die Zahl der

dem Verbands angeschlossenen Vereine sei zwar von 106 auf 103 zurückgegangen, trotz einer Anzahl hoffnungsvoller Neugründungen, aber das sei nur auf den begründungswerten Zusammenschluß benachbarter Vereine zurückzuführen. 101 Konsumvereine, von denen Berichte eingingen, verkehrten ihre Mitgliederzahlen um 176 807, das sind 20 Prozent gegen 18,46 Prozent im Vorjahr. Ihr Umsatz wuchs um 28,8 Prozent. Auch die Entwicklung zu leistungsfähigen Bezirkskonsumvereinen macht offensichtliche Fortschritte. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ haben ihre Auflageziffer im Verbandsbezirk wesentlich gesteigert. Der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind 61 Verbandsvereine mit 204 000 M. Anteilen beigetreten. Der Umsatz bei der Großverkaufsgenossenschaft stieg von 8 961 005 M. auf 11 979 035 M. gleich 33,6 Prozent. Die von der Großverkaufsgenossenschaft bezogenen Waren betragen damit 40,6 Prozent der Einkaufswerte.

Verbandssekretär Hildebrand-Verlin gab einen Bericht seiner Tätigkeit, bei der insbesondere die Auskunfts- und Steuerfragen und der Kampf gegen drohende Mehrbelastung der Konsumvereine durch ungerechte Steuern viel Arbeit verursachte. Dieser Teil des Berichts zeigte so recht, wie die Behörden gegen die Konsumvereine arbeiten. Neben rief den Vereinen, einen festen Rabatt bis zur Höhe von 5 Prozent statutarisch festzulegen, um wenigstens zu erzielen, daß die Steuerbehörde die Konsumvereine mit den Rabattparaverneinen gleich behandeln muß.

In der Diskussion über diese Berichte kam es zu einer kurzen Aussprache über die Beteiligung der Vereine an der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine. Der Stettiner Verein hatte diese abgelehnt, einmal weil er seine Mittel für notwendige Betriebsvermehrungen selbst braucht, zum anderen weil er der Ansicht ist, daß es auch eine Anzahl von anderen Druckereien gibt, welche Aufträge der Konsumvereine gut gebrauchen können und welche von den Konsumvereinen auch mit Aufträgen bedacht zu werden verdienen, da die in diesen Vereinen erscheinenden Blätter für die Ausbreitung und innere Kräftigung der Vereine wertvolle Dienste leisten. Es sei deswegen wünschenswert, wenn sich die Druckerei der Verlagsanstalt auf Anfertigung von Spezialarbeiten beschränke. Von einigen Delegierten wurden diese Ansichten als den genossenschaftlichen Zentralisationsbestrebungen zuwiderlaufend bezeichnet. Eine Einigkeit der Meinungen konnte nicht erzielt werden.

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages behandelte Kaufmann-Hamburg in instruktiven Referaten „Die Gründung und Organisation der Volksfürsorge“ und den internationalen Genossenschaftstag in Glasgow. Er empfahl möglichst zahlreiche Beteiligung an diesem Kongress und der damit verbundenen Studienreise. Seitens des Verbandsvorsitzenden wird Sekretär Hildebrand nach Glasgow entsandt, der Berliner Verein entsendet auf eigene Kosten einen Vertreter und im übrigen wurde, aus von der Großverkaufsgenossenschaft zu diesem Zweck bereitgestellten Mitteln, fünf Verbandsvereine ein Zuschuß von je 150 bzw. in einem Fall 200 M. zur Delegation gewährt.

Eine Statutenänderung, die hauptsächlich zur Vereinfachung der Verbandsgeschäfte beitragen soll, nahm dann der Verbandstag längere Zeit in Anspruch. Hervorzuheben ist, daß in Zukunft die Vorstandsmitglieder auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden, ebenso die Mitglieder eines neugebildeten Aufsichtsrats. Letzterer soll aus fünf Vereinen bestehen und erhielt u. a. die Befugnis, Vorschläge zur Wahl der Vorstandsmitglieder, des Sekretärs und der Revisoren zu machen und im Verein mit dem Vorstand die Wahl und Anstellung der Beamten zu erledigen und über deren Befolgung zu beschließen. Der Sekretär wird jedoch wie bisher von dem Verbandstag gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß zu Statutenänderungen und Vereinsauschlüssen künftig statt der einfachen Zweidrittelmajorität erforderlich ist und die Zahl der stimmberechtigten Delegierten zu Verbandstagen nach der Mitgliederzahl der Vereine herab gestaffelt, daß bis auf 1000 Mitglieder ein, bis 3000 zwei, bis 10 000 drei, bis 30 000 vier und auf je weitere 30 000 Mitglieder je ein weiterer Delegierter entsandt.

Danach wurde dem bisherigen Verbandsvorsitzenden Entlassung erteilt und derselbe einstimmig wiedergewählt sowie der Voranschlag für 1913, dessen Bilanz mit 2 958 M. abschließt, genehmigt. In den neugebildeten Aufsichtsrat des Verbandes wurden gewählt: Ricus-Verlin, Lange-Soran, Wehring-Riegnitz, Meh-Steigau und Knappe-Stettin. Es gehören dieselben damit zugleich dem Generalrat des Zentralverbandes an, zu dem auch der Vorstand und Sekretär des Verbandes zählt. Ferner wurden noch in den Generalrat gewählt die Herren Kräger-Potsdam, Borowski-Königsberg, Marquardt-Kaufha und Breiter-Langenbielau. Zum Tagungsort des nächsten Verbandstages wurde Brandenburg a. S. bestimmt.

## Soziales.

Terrorismus gegen Arbeitswillige.

Eine der schamlosesten Verletzungen des Rechts auf Arbeit und auf Fortkommen liegt in der Vereinbarung, durch die ein Arbeiter, Angestellter, Werkmeister oder Handlungsgehilfe über die Beendigung seiner vertraglichen Tätigkeit hinaus in der Bewertung seiner Arbeitskraft beschränkt wird. Am gebräuchlichsten sind von solchen Vereinbarungen die, welche dem Arbeiter verbieten, an demselben Ort oder bei einem Konkurrenten in Arbeit zu treten. Denartige Beschränkungen des Rechts, seine Arbeitskraft zu verwerten, nennt man Konkurrenzklauseln. Sie verstößen in größtmöglicher Weise gegen die guten Sitten, denn sie beeinträchtigen das unabhingbare Recht des einzelnen, seine Arbeitskraft nach bester Gelegenheit zu verwerten, beeinträchtigen die Gewerbetreiberei und erschweren das Fortkommen des Arbeiters.

Wiewohl § 188 des Bürgerlichen Gesetzbuches Verträge, die gegen die guten Sitten verstößen, für nichtig erklärt, geht die Rechtsprechung und das Gesetz einen anderen Weg. Dieselben Leute, die nicht laut genug nach Schutz für Arbeitswillige schreien, wo es sich in Wahrheit nur um eine Anbelung des Koalitionsrechts handelt, halten den Terrorismus gegen Arbeitswillige durch Konkurrenzklauseln für berechtigt.

Nur einige belanglose, scheinbare Schranken sind zugunsten von Handlungsgehilfen, Angestellten und Werkmeistern aufgerichtet. Die große Menge der gewerblichen und ländlichen Arbeiter sind völlig schutzlos dem Ermessen des Gerichts preisgegeben, ob ein

Bericht im Einzelfall eine Konkurrenzklausel für nichtig erklärt, weil sie gegen die guten Sitten verstößt.

Das Handelsgericht erklärt die vertragliche Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit des Handlungsgehilfen über die Zeit des Arbeitsvertrags hinaus „nur insoweit für gültig, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand die Grenzen nicht überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird“. Das Gesetz erkennt ferner an, daß die Beschränkung stets ungültig sein soll, wenn die Beschränkungsabrede gegen Minderjährige gerichtet ist oder wenn die Beschränkung sich auf einen Zeitraum von mehr als drei Jahren erstreckt. Diese schwammigen Vorschriften haben in der Praxis mehr zum Abschluß von Verträgen mit Konkurrenzklauseln als zur Beseitigung solcher geführt. Noch weniger Schutz haben Werkmeister und Angestellte.

Hundert, tausende nach ehelicher Arbeit und ehrlichem Fortkommen Strebende sind durch den Mangel an Schutz für Arbeitswillige gegen den Terrorismus durch Konkurrenzklauseln broilos geworden. Was hat die Regierung vorge schlagen, das zum Himmel schreiende Unrecht zu beseitigen? Statt eines Verbots der Konkurrenzklauseln hat der Reichstag vorgelegte Entwurf lediglich eine etwas weitergehende Beschränkung, als das jetzige Recht enthält, und eine Kri Entgelt vorgesehen — das alles soll aber nur für Handlungsgehilfen, nicht für Werkmeister, Angestellte, gewerbliche oder ländliche Arbeiter gelten.

Die Kommission hat nach drei Monaten ihre erste Lesung beendet. Vergeblich drangen unsere Genossen darauf, daß die Vereinbarungen von Konkurrenzklauseln verboten, und zwar gegenüber allen Arbeitern, nicht nur den Handlungsgehilfen gegenüber, werden sollen. Die Mehrheit der Kommission schützte alle Formalien vor, weshalb Werkmeister, Angestellte und andere Arbeiter als Handlungsgehilfen jetzt noch keinen Schutz erhalten sollen. Mit Händen und Füßen stemmten sie sich gegen ein Verbot zugunsten der Handlungsgehilfen. Das Wesentlichste, zu dem sie sich aus eigenem aufschwung, war, daß sie „Konkurrenzklauselnverbot“ in „Wettbewerb“ umtauschte. Unseren Genossen gelang nur einiges durchzusetzen. So sollen Wettbewerbsverbote stets ungültig sein, wenn das Jahresgehalt der Angestellten 3000 M. nicht übersteigt. Die Wettbewerbsverbote sollen auch höchstens für ein Jahr nach Lösung des Vertrages gelten. Dem Angestellten soll der Geschäftsinhaber eine Entschädigung für die Einhaltung des Wettbewerbsverbots bezahlen. Umgehungen des Gesetzes ist ferner versucht einen Kiegel vorzuschicken.

Das ist das Wesentlichste der Kommissionsbeschlüsse. Ein recht geringes Ergebnis. Und trotzdem sucht die bürgerliche Mehrheit die definitive Erledigung der so dringenden Frage des Verbots oder wenigstens einer erheblichen Beschränkung der Konkurrenzklauseln zu verzögern. Die zweite Lesung hat in der Kommission noch nicht angefangen — und der Schluß der Session steht nahe bevor.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 69, vom 12. Treppen — 8 Uhr abends —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anonymität zugesichert ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

St. 7. Vertrauen Sie sich der Zentralkommission der Krankenkassen an, Alexanderstr. 29/40. — St. 52. Ja. — St. 5. 77. Ja, im Berliner „Reichsbuch“, welches Sie bei einem Ihnen bekannten Stadtverordneten oder sonst ein hiesiges Ehrenamt vergebenden Genossen einleihen können. — St. 1. 364. Und nicht bekannt. — St. 23. 34. Weiden Sie Ihre Frau bei der Oberbayer Frauen- und Mädchenvereinsliste an. Adresse für Berlin: B. Ding, Weinstr. 66. — St. 6. 10. h. 1. Senden Sie sich an einen Postmann. 2. Ja. — Warte! Demassen Sie sich zu einem Räumlicher. Adressen siehe Berliner Adreßbuch. — Ludwig 310. 1. Das Oberverwaltungsamt, Charlottenburg, Berliner Straße 11. 2. 9—1 Uhr. 3. 1203,80 M. Volkrente, 20 proz. Zehrrente monatlich 20,10 M. 4. Von Beginn der 14. Woche ab. 5. Nein. 6. Bestimmte Frist ist nicht festgelegt. Ist jedoch in den ersten zwei Jahren nach dem Unfall eine Dauerrente rechtskräftig festgestellt oder die zweijährige Frist abgelaufen, so darf eine neue Feststellung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen oder beantragt werden. 7. Geringe Schwerehörigkeit auf einem Öre. Allerdings erscheinen die Zeichen nicht genau angegeben. — St. 24. 1. Handel ist sich um einfache Erpressung, in fünf Jahren. 2. Mindeststrafe einen Monat. — St. 1913. Nein. — St. 54. Die Frage, ob Sie der Versicherungspflicht auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes unterliegen, ist freilich. Die amtliche Anleitung vom 20. Juni 1912 legt das Gesetz dahin aus, daß auch Ausländer, die sichständig an eine Anzahl Schüler Unterricht erteilen, unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen. Inwiefern Grachten ist diese Auffassung unzutreffend, da sich das Gesetz nur auf Angestellte erstreckt. Derselben Auffassung sind die Wehrzettel der aus Anlaß des Gesetzes erschienenen Romanze. Die Schüler sind nicht berufsverpflichtet, ebenfalls nicht die Wehrzettel, welche bei Jahren im Reinerwerb tätig sind. Der „Vorwärts“ hat bei Beratung des Gesetzes im Jahre 1911 und auch später wiederholt Abhandlungen gebracht. — Columbus. Die unbedingte Lohnbeschränkung in solchen Fällen ist zulässig. — St. 3. 100. Das von der Gegenweise eingeschlagene Verfahren war zulässig. Festgelegte Kosten sind unzulässig nach Aufstellung des Festsetzungsbeschlusses zu bezahlen. — St. 8. 110. 1. Sie können kostenlose Instanzhebung verlangen, sofern die Schäden nicht durch eigene Verschulden verursacht sind. 2. und 3. Ein Prozeß wäre zweifelhaft, da es auf Sachverständigengutachten ankommt.

Witterungsbericht vom 21. Mai 1913.

| Stationen     | Barometer<br>hundert mm | Wind-<br>richtung | Windstärke | Wetter   | Temp. u. d. G. | Stationen   | Barometer<br>hundert mm | Wind-<br>richtung | Windstärke | Wetter  | Temp. u. d. G. |
|---------------|-------------------------|-------------------|------------|----------|----------------|-------------|-------------------------|-------------------|------------|---------|----------------|
| Swinemünde    | 768                     | SW                | 3          | bedeckt  | 12             | Saarbrücken | 757                     | SW                | 3          | bedeckt | 4              |
| Hamburg       | 767                     | SW                | 3          | Saub. dd | 13             | Stettin     | 764                     | SW                | 3          | bedeckt | 9              |
| Berlin        | 768                     | SW                | 3          | bedeckt  | 10             | Seiffen     | 763                     | SW                | 3          | bedeckt | 11             |
| Frankf. a. M. | 769                     | SW                | 3          | bedeckt  | 11             | Aberdeen    | 755                     | SW                | 3          | bedeckt | 10             |
| München       | 770                     | SW                | 3          | bedeckt  | 9              | Paris       | 768                     | SW                | 3          | bedeckt | 12             |
| Wien          | 766                     | SW                | 3          | bedeckt  | 8              |             |                         |                   |            |         |                |

Wetterprognose für Donnerstag, den 22. Mai 1913.

Wollos wärmer, teilweise heiter, aber veränderlich, bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



Wenn wir soll'n scheuern  
hoh wir stracks vom  
Kaufmann uns dazu

# Blendax

Pakete zu 10, 20 und 25 PL. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

**Karl Richter**  
**Hartha Richter**  
 geb. Bormann  
 Vermählte.  
 Berlin, den 22. Mai 1913.

**Greift zu!**  
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)  
 Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
 Monats-Herron-Hosen 2,50, 5,00 M.  
 Ulster, sehr billig.  
 Große Abteilung neuer Garderobe  
**Dr. Frankfurter Str. 98**  
**Moldauer**, (Nähe Strausberger Pl.)  
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin S. Oraniensstr. 158.  
 Similiseide in den Farben 5<sup>25</sup> bis 21<sup>00</sup>  
 Seidenersbord, blau, oliv 6<sup>00</sup> bis 27<sup>00</sup>  
 Wollatlas  
 Daunendecken 25<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>  
 Puppensteppdecken ... 35 Pf.  
 Schlafdecken . . . 2<sup>50</sup> bis 36<sup>00</sup>  
 1 Partie graue Schmitterdecken . . . 1<sup>35</sup>  
 Nach auswärtig per Nachnahme.  
**Spezial-Katalog**  
 650 Abbildungen gratis u. fr.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
 Bureau: Reichsstraße 28, part. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüdigerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.  
 Freitag, den 23. Mai, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 Bericht vom außerordentlichen Verbandstag. Diskussion.  
 Wegen der wichtigen Tagesordnung darf kein Kollege in der Versammlung fehlen.  
**Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.**  
 139/11\*

**Steinsetzer Berlins.**  
 Sonntag, den 25. Mai, morgens präzise 10 Uhr, bei Funke, Triftstraße 63:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht des Mitglieds. 2. Mißstände im Gewerbe und wie beseitigen wir dieselben? 3. Diskussion. 8125\*  
 Im Interesse der Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit ist das Erscheinen sämtlicher Steinsetzer erforderlich.  
 S. U.: P. Markward, N. 65. Triftstr. 64.

**Bruchbandagen,**  
 Leibbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt  
**Fabrikant Pollmann,**  
 jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lägerant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:  
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1230, 9714.  
 Freitag, den 23. Mai 1913, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Versammlung**  
 aller in den Eisengießereien beschäftigten Putzer und Schleifer  
 in den „Borussia-Sälen“, Ackerstraße 6/7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl von Kommissionsmitgliedern. 2. Berufsangelegenheiten.  
 3. Beschiedenes.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.  
 118/10

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
 Freitag, den 23. Mai, abends 6 Uhr, in Haberlands Festsaal (früher Dräsel), Neue Friedrichstr. 35:  
**Versammlung.**  
 Die Tagesordnung ist im „Grundstein“ veröffentlicht.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.  
 Der Vorstand.

**Vorwärts-Bibliothek.**  
 Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen  
 Neuerscheinung  
**Der Pariser Garten**  
 und Anderes. Von Minna Kautsky.  
 Preis gut gebunden 1 Mk.  
 Die Erzählungen der jüngst verstorbenen Genossin sind in den Kreisen des arbeitenden Volkes stets gern gelesen worden. Der vorliegende Band wird daher breiten Schichten willkommen sein.  
 Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

**Phänomene**  
 Qualitäts Cigarette  
  
 KOM LINON

**Theater.**  
 Donnerstag, den 22. Mai 1913  
 Anfang 8 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Die Meisterfinger von Nürnberg.  
 Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Königl. Schauspielhaus.** Minna von Barnhelm.  
**Neues Opernhaus (Kroll).** Die Meisterfinger von Nürnberg.  
**Prater.** Das Bummelmädchen.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Nordseeinsel Syll.  
 Pöfung. Alt-Wien.  
 Deutsches. Gänse.  
 Kammerstücke. Die Einnahme von Bergop-Zoom.  
 Berliner. Blumauer.  
 Königgräber Straße. Das Buch einer Frau.  
**Schiller O.** Zwei Wappen.  
**Schiller-Charlottenburg.** Moral.  
**Theater des Westens.** Der Vogelhändler.  
**Montis Operetten-Theater.** Der lachende Ehemann.  
**Metropol.** Die Kino-Königin.  
**Trianon.** Madame X.  
**Thalia.** Puppen.  
**Zwitschen.** Die drei Schwestern Rausch.  
**Wolfe.** Krone und Fessel.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Theater am Kollendorfsplatz.** Extrazug nach Nizza.  
**Friedr. v. Wilh. Schauspielhaus.** Das Bummelmädchen.  
**Reichshallen.** Die Frau Präsidentin.  
**Zwitschenhaus.** Rajahita.  
**Folies Caprice.** Die Bank. Sein letzter Wille. Der Cowboy.  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Neues Volks-Theater.** König Krause.  
 Anfang 9 Uhr.  
**Admiralpalast.** Eisballett: Hirt in El. Morly.  
 Sternwarte. Invalidenstr. 67-62.

**Schiller-Theater O.** Ballmer-Theater.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zwei Wappen.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Geographie und Liebe.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Moral.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Moral.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Klein Dorrit.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: Ein idealer Gatte.  
**Berliner Theater.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Filmzauber.**  
**Theater in der Königgräzter Straße**  
 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**  
**Montis Operetten-Theater**  
 (v. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
 Sommerpreise! Abends 8 Uhr:  
**Der lachende Ehemann.**  
**Theater des Westens.**  
 8 Uhr („Vollständige Preise“):  
**Der Vogelhändler.**  
**Kroll-Oper**  
 7<sup>1/2</sup> Uhr: Zur Feier d. 100. Geburtstages von W. Wagner (H. Preise):  
**Die Meisterfinger v. Nürnberg**  
 Freitag: **Lohengrin.**  
 Sonnabend: **Bajazet.** Hierauf: **Cavalleria rusticana.**  
**Residenz-Theater.**  
 Schluß der Spielzeit am 31. Mai.  
**Die Frau Präsidentin.**  
 (Madame la Présidente).  
 Schluß in 3 Akten v. M. Demmequin und P. Weber.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**

**Theater am Kollendorfsplatz**  
 Täglich abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Extrazug nach Nizza.**  
**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurt Str. 132.  
 Zum 1. Male:  
**Krone und Fessel.**  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
 Freitag: **Krone und Fessel.**  
 Auf der Gartenbühne:  
**Achtung! Es geht los!**  
**Passage-Panoptikum**  
 Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer**  
**Andrea Johnson** bei sein. Training zum Kampf um die Weltmeisterschaft.  
**Jon Got,** der akrobatische Schlafwandler! Der Mann mit der eisernen Hand.  
**Aga, die schwabende Jungfrau!**  
**Alles lebend!**  
 Alles ohne Extra-Entree!

**Urania.**  
 Taubenstraße 48/49.  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Nordsee-Insel Syll.**  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich nachm. 4 Uhr:  
**Gr. Militär-Doppelkonzert**  
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinderunter 10 Jahren die Hälfte.  
 Jahresabonnements an allen drei Schalterkassen.  
**Admiralpalast.**  
 Eis-Arena. — Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Flirt in St. Moritz.**  
 Bis 6 Uhr und von 10<sup>1/2</sup> Uhr halbe Kassenpreise.  
**Restaurant I. Rang.**  
 Wein- und Bier-Abteilung.

**Metropol-Theater.**  
**Die Kino-Königin.**  
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Stotnowski.  
 Musik von **Jean Gilbert.**  
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr.  
  
**Licht-Spiele**  
 Freitag, 23. Mai:  
 Alexanderpl. U. d. Linden  
 Moritzplatz Hasenheide  
**Uraufführung:**  
 Leo Tolstols  
**Auferstehung**  
 = Alleiniges =  
 Aufführungsrecht für Groß-Berlin.  
**Trianon-Theater.**  
 Täglich 8 Uhr: **Madame X.**  
 Sonntag, 25. Mai, nachm. 3 Uhr:  
 Der selbige Toupinel.

**Voigt-Theater.**  
 Badstraße 38.  
 Heute sowie täglich:  
**Auf nach Amerika.**  
 Auftr. erstklassiger Spezialitäten.  
 3 Uhr ab: Kaffeebraten.  
 Schließung 2 Uhr. Anfang 4<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger.  
 „Stucke's Pfingstfahrt“  
 Berliner Burleske von Meysel.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Folies Caprice.**  
**Die Novitäten:**  
 • Die Bank. •  
 • Sein letzter Wille. •  
 • Der Cowboy. •  
 Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
  
**„Oceana“**  
 Das Meisterwerk und 20 Sensationen 20!  
 Entree frei bis 5 Uhr!  
 Saison-Karten 3 M.  
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Extra-Konzert!**  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 An allen bei freiem  
**Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.  
**Brauerei Friedrichshain**  
 Am Königstor. Col.: Ernst Liebing.  
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
**Kaffee-Frei-Vorstellung**  
 der Norddeutschen und **Apollo-Sänger**  
 bei freiem Entree. Freitag: **Frei-Konzert.**

**Arnold Scholz** **NEUE WELT** **Hasenheide 108/114**  
 Heute, Donnerstag, den 22. Mai 1913  
**Elite-Tag! Konzert und Vorstellung**  
 Außerdem:  
**1. Großes Brillant-Feuerwerk.** Im neuen Saal: **Großer Ball.**  
 Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Gehirnschmerz, Zahnschmerz, Wasserhahn, Krampfadern, Hals-, Nerven-, Jüdische, Derwische, Rachenentzündung, Zeppelein \*

Parteigenossen!

Am 23. Mai sind fünfzig Jahre seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verfloßen. Aus diesem Anlaß veranstalten die Groß-Berliner Parteiorganisationen eine Gedächtnisfeier in folgenden Sälen:

Berlin.

- Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/33.
Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.
Konzert- und Festsäle Koppenstr. 29.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Moabiters Gesellschaftshaus, Wicteffstr. 24.

Charlottenburg.

- Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Schöneberg.
Neue Nathansäle, Reiningen Str. 5.
Neukölln.
Bartisch, Hermannstr. 49.

Lichtenberg.

- Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee.
Pankow-Niederhönhäuser.
Kozjdi, Gesellschaftshaus, Kreuzstraße 3/4.
Weißensee.
Bergbauerei, Berliner Allee 211.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

- Chorgesang: Lord Josefson.
Prolog: Zur Gedächtnisfeier der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, von Gustav Stengeler.
Vortrag: Fünfzig Jahre deutsche Sozialdemokratie.
Chorgesang: Die Warschaulaise.

Referenten sind die Genossen Ed. Bernstein, Däumig, Dupont, Grunwald, Haase, Heine, Hirsch, Legien, Piesch, Pfannkuch, Ritter, Scheidemann, Wisfoll, Wurm.

Genossen! Erscheint zahlreich in den Versammlungen und weicht einige Stunden der Erinnerung an die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

„Meuterei“ im Arbeitshaus Rummelsburg.

Ein bißchen rasch scheint man im Arbeitshaus Rummelsburg geneigt zu sein, eine „Meuterei“ der Anstaltsinsassen zu argwöhnen, wenn ihrer mehrere zugleich die Flucht ergreifen und es dabei zur Anwendung irgendwelcher Gewalt kommt.

Die Anklage richtete sich gegen die Arbeitshauslinge Benning, Brandenburg, Wolfrein, Hillmann, Vogel, Scheffler, Koschmann, die am 29. September 1912 während ihres im Anstaltsgefängnis zu absolvierenden „Spazierganges“ ihrem Drang nach Freiheit gefolgt waren und zum Teil den Weg durch die beschädigten Treppen eines Abortsenklers genommen hatten.

Die Anklage richtete sich gegen die Arbeitshauslinge Benning, Brandenburg, Wolfrein, Hillmann, Vogel, Scheffler, Koschmann, die am 29. September 1912 während ihres im Anstaltsgefängnis zu absolvierenden „Spazierganges“ ihrem Drang nach Freiheit gefolgt waren und zum Teil den Weg durch die beschädigten Treppen eines Abortsenklers genommen hatten.

Nach dem negativen Ergebnis der Beweiserhebung sah selbst der Staatsanwalt die Verabredung nicht als erwiesen an, so daß er die „Meuterei“ preisgab und für alle angeklagten Arbeitshauslinge die Freisprechung beantragte.

Partei-Angelegenheiten.

12. Landtagswahlbezirk (Moabit).

Zu den bereits gestern mitgeteilten Stichwahlen kommen noch für die 1. Abteilung die Urwahlbezirke 1241, 1245, 1246 und 1254 hinzu.

Wahlhilfe im 12. Bezirk.

Diejenigen Genossen, deren Urwahlbezirke nicht zur Wahl stehen und die von ihren Bezirksführern keine Anweisung erhalten haben, werden gebeten, am Freitagvormittag sowie nachmittags im Zentralbureau, Didenburger Straße 10, bei Paerisch vollzählig zu erscheinen, um Wahlhilfe zu leisten.

Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich dem Komitee zur Verfügung zu stellen, damit die noch ausstehenden Bezirke erobert werden.

Desgleichen ersuchen wir die Genossen des Wedding und der Schönhauser Vorstadt, am Stichwahltage bei den Wahlarbeiten behilflich zu sein.

Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf-Halensee. Am Sonnabend, den 24. Mai, veranstaltet die örtliche Parteiorganisation eine Jubiläumssfeier anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Gründungstages des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Lichtenberg. Die Sammellisten zur Landtagswahl Nr. 16 004 und 16 106 sind verloren gegangen.

Steglitz-Friedenau. Ein Familienausflug, der vom Bildungsausschuß arrangiert ist, findet am Sonntag, den 24. Mai, nach dem Schützenhaus in Schmaragdort und dem Grunewald statt.

Lankwitz. Am nächsten Sonntag veranstaltet der Bildungsausschuß einen Familienausflug nach dem Grunewald.

Weißensee. Die Parteifeier findet am Freitag, den 23. Mai, in der Bergbauerei, Berliner Allee 211, statt.

Mariendorf. Freitag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Herolds Festhallen, Chausseestraße 283: Mitgliederversammlung mit Frauen.

Mariensfeld. Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schuster.

Pankow. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr: Auktionsverbreitung für die Bezirke, welche an der Stichwahl beteiligt sind.

Berliner Nachrichten.

„Den preussischen Leutnant macht uns keiner nach“! Diesen Ausdruck Wisnards glaubt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der ja für alles Mißtätige und Hörsche stets übergenug Spielraum zu Lager hat, aus Anlaß des Roseninschlusses in Charlottenburger Sammlungsstätte aus der Verlesung hervorgehen zu sollen.

Falsche Frankierung von Briefen kommt bekanntlich recht häufig vor und hat mancherlei Scherereien und auch Kosten im Gefolge.

zu frankieren. Im anderen Falle müssen die Angehörigen 15 Pf. Strafporto zahlen und das gerade in einer Zeit, in der jeder Pfennig doppelt gebraucht wird. Auch an die Landesversicherung kommen zahlreiche Briefe aus Weilig, die ungenügend frankiert sind.

Der Städtebauer des Zweckverbandes.

Nach fünf Sitzungen hat der zur Vorberatung einer Nachwahl für den so plötzlich aus seinem Amte gestiegenen Bauart Rühl eingeleitete Ausschuß des Zweckverbandes Groß-Berlin seine Arbeiten beendet.

Kirchensteuern verlangt die evangelische Stadtsynode von einem Manne namens J., die dieser für seine Ehefrau zahlen soll.

Ein toll gewordener Polizeihund?

Die Polizeihunde scheinen zu einer öffentlichen Gefahr zu werden. Ihre Bestimmung soll angeblich die sein, die Spuren unbekannter Verbrecher aufzuspüren.

Ein Vorkommnis dieser Art, das alles bisher Dagewesene übertrifft, hat sich am Montag im Friedrichshain ereignet.

Die wünschenswerte Aufklärung herbeigeführt werden. Der Hund packte W., so daß dieser hinfiel, und er bis immer wieder nach ihm, während der Schuttmann dem am Boden liegenden W. festhielt.

Während der Schuttmann dem am Boden liegenden W. festhielt, riefen einige: „Kollegen, geht weiter, geht nach Hause!“

Die Untersuchung zeigt am rechten Knie (Innenseite), linken Fußgelenk (äußeren und inneren Knöchel), linken Knie (Vorderseite), linken Oberschenkel (Außen- und Innen-), rechten Oberarm und linken Unterarm Rißwunden von verschiedener Größe, von 8 Zentimeter Breite die Wunde am linken Knie.

Was allen, was uns sonst noch über das Verhalten des Schuttmanns und einiger der auf der Wache anwesenden Beamten gesagt worden ist, wollen wir fürs erste absehen.

geschilderten Verletzungen beigebracht hat, so unüberdächtig ist. Wenn das Polizeipräsidium diese Annahme nicht teilt, so wird es nicht unheimlich, dem Schutzmännchen die Schuld beizumessen und gegen ihn einzuschreiten. Unter allen Umständen aber hat die Bevölkerung, die sich durch solche unerhörten Vorkommnisse schwer beunruhigt fühlen muß, Rechenschaft darüber zu fordern, wie das gefährliche Wüten des Polizeihundes möglich geworden ist.

### Onkel und Nichte in den Tod.

Der Schluß einer Liebestragödie spielte sich gestern morgen gegen 1/10 Uhr auf dem Langen See bei Köpenick ab. Dort saßen Passanten von Marienlust aus, wie ein Herr und eine Dame an einer kleinen Bucht zwischen Schmetterlingshorst und Marienlust ins Wasser sprangen, nachdem sie vorher ihre Hüte sowie eine Damenhandtasche am Ufer niedergelegt hatten. Wie aus einem in der Handtasche vorgefundenen Briefe hervorgeht, handelt es sich um den Kassenkontrolleur der Drehscheibenwerke Edmund Linus aus Berlin, Birchowstr. 8/4, und seine Nichte, die 19 Jahre alte Clara Schimming aus Berlin, Reichenberger Str. 113. Er war verheiratet und Vater mehrerer Kinder; er stand im 40. Lebensjahre und unterhielt ein Liebesverhältnis mit seiner Nichte. Die beiden Lebensmüden nahmen Dienstagabend im Restaurant Waldesruh gemeinsam das Abendessen ein und gingen dann bis zum Morgenrauschen an der Uferpromenade spazieren, worauf sie ins Wasser sprangen. In dem Briefe schreibt die Nichte, daß sie und ihr Onkel nicht mehr leben könnten, und daß sie beide gemeinsam beerdigt zu werden wünschten. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

### Noch eine Liebestragödie.

In einem Pensionat in der Friedrichstraße hat sich Dienstag nachmittag ein Liebestrama abgespielt. In dem in der Friedrichstraße 105 belegenen Pensionat von G. erschien ein junges Paar, das angab, von der Reise zu kommen und ein Zimmer wünsche. Die beiden trugen sich als Müller nebst Frau ins Fremdenbuch ein. Wie sich herausstellte, handelt es sich aber um den 25 Jahre alten Bankbeamten Wilhelm Howig und um die 28jährige Helene Hohmann. Dienstag nachmittag in der zweiten Stunde nahmen die Bediensteten einen verdächtigen Gasgeruch wahr, der aus dem Zimmer des Paares herandrang. Man öffnete die von innen verschlossene Tür gewaltsam und fand die beiden in völlig leblosem Zustande auf den Betten liegend vor. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Am Kronleuchter waren sämtliche Gashähne weit geöffnet. Das Pärchen wurde, da sich ein herbeigerufener Arzt vergeblich bemühte, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen, im Krankenautomobil nach der Charité gebracht. Dort liegen beide so gut wie hoffnungslos daneben. Das Motiv der Tat ist in unglücklicher Liebe zu suchen. Es geht dies aus einem Schreiben hervor, das von den beiden kurz vor der Ausführung des Doppelselbstmordes verfaßt worden ist.

Zum Charlottenburger Erfindungsunfall fließt natürlich die Aufmerksamkeit immer nur spärlich und unvollständig. Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Der Zusammenhang ist höchst einfach; es ist die alte Geschichte von der Gewöhnung und der Unachtsamkeit in der Gefahr. Die „Vorschrift“ der Kanalisationsverwaltung, die mündlich allen Arbeitern angebracht gemacht wird, ist wahrscheinlich so lange her, daß sie gar nicht mehr wahr ist. Die Arbeiter wechseln und die Vorschriften werden nicht fortgesetzt wiederholt. Die schöne Idee, ein Licht an der Schnur in den Schacht zu lassen und zu beobachten, ob es erlischt, ist ja sehr gut gemeint. Aber wo ist denn ein Licht? Wer hat denn ein Licht und wo bekommt denn der Arbeiter gleich ein Licht her und wer gibt ihm denn das Geld wieder, wenn er es riskieren möchte, eins zu kaufen? Wie viel Bureaueintrittsgebühren müßten sich das Dreifachmögliche wegen in Bewegung setzen? Solche Vorschriften bleiben ja stets auf dem Papier und werden vorgelesen bei Unglücksfällen. Die Wahrheit ist höchst einfach: das angebrachte Grubengas war unzweifelhaft in der Hauptgasse Kohlenäure. So wohlfeil die Kohlenäure auf den Wagen wirkt in unseren bekannten Sauerbrunnen, so äußerst gefährlich ist sie als Grubengas für die Lungen, sie wirkt sofort vergiftend tödlich, und zwar viel schneller als das Kohlenoxyd, das immer mehr den Charakter eines Erstickungsgases trägt, und daher auch noch Wiederbelebungsversuche erfolgreich gestattet. Gerade die Erfolglosigkeit der Wiederbelebungsanstrengungen läßt es unzweifelhaft erscheinen, daß in der Hauptgasse eine Kohlenäurevergiftung stattgefunden hat. Was für unerfahrene Arbeiter man verwendete, zeigt deutlich die Tatsache, daß gleich vier Mann einer dem anderen nachgestiegen sind. Wäre auch nur ein einziger, über Grubengase erfahrener Arbeiter dabei gewesen, dann hätten nicht gleich so viele Menschen ihr Leben verlieren können. Aus der Tatsache der Unerfahrenheit ergibt sich auch, was es mit der „Lichtvorschrift“ auf sich hatte. Der erste Vorkämpfer mag noch eine Erinnerung an solche Vorschriften haben, er hat aber kein Licht und seine Mitarbeiter wissen überhaupt ganz und gar nichts von Gefahr.

Diese Brunnen-Grubenunfälle sind eine ganz alte Geschichte, sie wiederholen sich heute nur weniger als früher, weil der Brunnenbau infolge der Wasserleitungen so sehr erheblich zurückgegangen ist. Ein vorsichtiger Brunnenbauer weist einen brennenden Strohwisch in den Schacht, erlischt er sofort, dann ist Grubengas im Grunde. Unzählig oft ist diese Vorsicht schon verkannt worden und dann ereignet es sich, daß immer einer hinter dem anderen in der Absicht zu retten den Erstickungstod erleidet.

Der Storch an der Straßenbahnhaltestelle. Eine große Ueberreaktion gab es Dienstag nachmittag an der Straßenbahnhaltestelle vor dem Rathaus in Pantof. Die Ehefrau eines Bankwörter Bürger, die auf das Eintreffen eines Straßenbahnwagens wartete, um nach Berlin zu fahren, wurde plötzlich von einem freudigen Ereignis überrascht. Sie brach zusammen und wurde von einem in der Nähe stehenden Schutzmännchen aufgefangen. In den Armen des Beamten genas sie eines kranken Jungen. Mutter und Kind wurden nach dem nahen Krankenhaus gebracht.

Falscher Hundesänger. Die gegenwärtige Hundesperre macht sich ein dreifacher Wauer zunutze. Er tritt als Rangbeamter auf. Mit einer „halbbienständigen“ Mütze auf dem Kopf streift er durch die Straßen und läßt mauklorlose Hunde oder solche Vierfüßler, die nicht an der Leine geführt werden, fort. Sobald der Wauer reklamiert, fordert er den Rangaler, widrigenfalls er droht, den Hund im Tierichthaus töten zu lassen. Natürlich zieht man es nun vor, den Taler zu geben. Hoffentlich gelingt es bald, den falschen Hundesänger unschädlich zu machen. Er tritt nicht nur in Berlin sondern in fast allen Vororten auf.

Herr Lehmann aus dem Hinterhause. Eine große Geistesgegenwart zeigte ein Eindringler, der gestern in Neukölln auf frischer Tat ertappt wurde. Ein Kaufmann W. aus der Donaustraße zu Neukölln hat in seinem Vorkammler ein Läutewerk angebracht. Als dieses gestern nachmittag um 4 Uhr anfiel, eilte der Kaufmann die Treppe hinunter, auf der Kellertreppe wollte ein Mann an ihm vorbeilaufen, doch gelang es W., seinen Fuß zu erfassen und ihn festzuballen. Der Fremde machte jetzt auch keine weiteren Anstalten zu entfliehen, blieb vielmehr ruhig stehen und sagte zu dem Kaufmann in scheinbar großer Aufregung: „Ach, Sie sind ja Herr W., ich habe soeben einen Eindringler in Ihren Keller eingeschlossen und lasse jetzt, um einen Schutzmännchen herbeizuholen.“ Auf die Frage des Kaufmanns, wer er denn sei, sagte der Fremde ganz vertumbert: „Aber Herr W., Sie müssen mich doch kennen, ich bin doch Herr Lehmann aus dem Hinterhause.“ Diese Angabe brachte der Mann mit

einer so großen Sicherheit hervor, daß der Kaufmann ihn „nach einem Schutzmännchen“ laufen ließ. Aber schon im Keller sah er, daß er damit nicht gutgetan hatte, denn „Herr Lehmann“ war der Einbrecher. Er hatte die Kellertür erbrochen und auch schon einige Sachen zum Mitnehmen zusammengepackt.

Zum Zeitvertreib der lieben Kleinen“ gibt die Butterhandlung von Wilhelm Göbel, die in Groß-Berlin 25 Verkaufsstellen hat, Keksarten aus, die auf einer Seite Abbildungen aus dem türkisch-italienischen Kriege zeigen. Man sieht aus einem italienischen Flugzeug Bomben werfen und sieht deren schreckliche Wirkung an zerrissenen Menschen. Auf der anderen Seite sieht man „alle um das Wohl und die dauernde Gesundheit ihrer Lieben besorgten Mütter kaufen“ Göbels Butter, Käse usw. Doch solche Abbildungen „zum Zeitvertreib der lieben Kleinen“ geeignet sind, muß entschieden in Abrede gestellt werden.

Hyperindergiftung. Die Vermutung, daß der plötzliche Tod der Verkäuferin Ele Ott durch einen übermäßigen Genuß von Aspirin-tabletten herbeigeführt wurde, hat sich nicht bestätigt. Das Ableben des — übrigens sehr tolpulenten und herzranken Mädchens, steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Gebrauch des bekannten Medikaments. Die Leiche wurde inzwischen zur Bestattung freigegeben. Die Mitteilung machte allenthalben Aufsehen, da die Aspirin-tabletten in vernünftigen Dosen gebraucht, ein unschädliches Mittel vorstellen, das in der medizinischen Literatur gerade wegen seiner Harmlosigkeit sehr oft empfohlen wird.

Ein Windmühlenschnitzwerkler und niedergeschmettert. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich auf dem Grundstück der Holländer Windmühle an der Potsdamer Chaussee ereignet. Eine Erzieherin aus Groß-Bichterfelde hatte mit ihren Schülern, drei russischen Knaben, das Terrain der Windmühle betreten. Die Knaben gingen nun auf die im Betrieb befindliche Mühle zu und einer von ihnen kam dem sich drehenden Flügel zu nahe, wurde erfasst und mit solcher Wucht zu Boden geschmettert, daß er betäubungslos liegen blieb. Der Eigentümer besetzte sofort telefonisch einen Arzt und dieser stellte bei dem Knaben einen schweren Schädelbruch fest. In hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte ins Groß-Lichterfelder Kreiskrankenhaus eingeliefert. Dem Besitzer der Mühle ist ein Verbot erteilt worden, das das Betreten des Grundstücks verbietet.

„Unser Jahrhundert und seine Ideale“ lautet das Thema eines Vortrages, den am Sonnabend, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Lippa, Am Friedrichshain, der Senator der portugiesischen Republik Magalhães Lima für den internationalen Freidenkerkongreß in Lissabon halten wird.

Außerdem wird Genosse Adolf Hoffmann über „Preußen in der Welt voran“ referieren.

Die Verlängerung und Ausdehnung der Hundesperre in Groß-Berlin in ihrer verschärften Form und die für Spandau und Angermünde getroffenen noch strengeren Maßnahmen hat eine Anzahl Vereine und Personen veranlaßt, die Herren Prof. Dr. P. Förster und H. J. Müller in Berlin-Friedenau bezw. Neukölln mit der Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung zu beauftragen. Diese Versammlung findet am 28. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Neuen Philharmonie, Berlin, Köpenicker Str. 90/97, statt; der Eintritt ist frei. Tierarzt Dr. C. Klingner-Charlottenburg, Prof. Dr. G. Krüger-Berlin und Schriftsteller Müller v. d. Reiche werden über die Tollwut und über den Wert oder Unwert der getroffenen Abwehrmittel sprechen und somit aufklärend wirken.

### Kauft nicht an Sonntagen.

Zu dieser in unserer Sonnabendnummer enthaltenen Notiz teilt uns die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend mit, daß sie seit Bestehen die vollständige Sonntagsgruhe in ihren Verkaufsstellen durchgeführt hat und somit den Angestellten der vollständige freie Sonntag gewährt wird. Es dürfte dies für die Arbeiterschaft eine erneute Veranlassung sein, sich der Konsum-Genossenschaft anzuschließen und die Waren, die im Konsumvereinsladen geführt werden, nur dort zu kaufen. Wird doch auf diese Weise am besten den von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen Rechnung getragen und den politischen Vertretern der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, in den Parlamenten — sei es nun im städtischen oder im Reichsparlament — immer wieder darauf hinzuwirken, daß die von den Arbeitern geleiteten Unternehmungen die vollständige Sonntagsgruhe bereits durchgeführt haben.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch einige Zahlen aus dem letzten veröffentlichten Monatsbericht der Konsum-Genossenschaft mitteilen. Nach diesem Bericht hatte die Genossenschaft am 30. April 104 Verkaufsstellen, in denen für 1402239,84 M. Waren umgesetzt wurden. Die Steigerung gegen den gleichen Monat des Vorjahres betrug 863485,80 M.

Belanntlich hat die Konsum-Genossenschaft den Verkauf russischen Fleisches übernommen. Der Umsatz im April betrug 348652,95 M. Hier ist gegenüber dem Monat März ein Rückgang zu verzeichnen, was jedenfalls darauf zurückzuführen ist, daß im März durch die Osterfeiertage der Umsatz gestiegen ist, andererseits schloß im April auch einmal Schweinefleisch, indem die Sendung aus Rußland ausblieb. Mit Recht bemerkt die Konsum-Genossenschaft, daß sich hoffentlich die Rückgänge nicht weiter bemerkbar machen, weil sonst die fernere Einfuhr russischen Fleisches sehr in Frage gestellt wäre.

Die Produktionsbetriebe der Genossenschaft haben wie immer sehr gut gearbeitet. In der Bäckerei wurde ein Umsatz von 289471,85 M. erzielt, das ist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung von 67,78 Proz.

In der Kaffeeeröferei wurden 62900 Pfund Kaffeebohnen verbraucht. Die Steigerung gegen den gleichen Monat des Vorjahres beträgt hier 49 Proz. Währenddem also die Steigerung des Warenumsatzes 34,86 Proz. betrug, beträgt sie in der Kaffeeeröferei 49,4 und in der Bäckerei 67,78 Proz. Die von der Genossenschaft selbst hergestellten Waren oder zum Gebrauch hergerichteten Waren werden also weit stärker begehrt, als die sonst zum Verkauf stehenden. Dies ist auch ein Fingerzeig für weiteren Ausbau der Eigenproduktion, den die Verwaltung, wie sie uns mitteilt, stets im Auge hat, der aber auch von den Mitgliedern noch in größerem Umfange propagiert werden sollte; denn gerade in der Eigenproduktion liegt die wichtigste Aufgabe der genossenschaftlichen Organisation.

Die Mitgliederzahl liegt auf 77820. Es ist ferner bekannt, daß die Konsum-Genossenschaft die Spargelder ihrer Mitglieder mit verwaltet. Am 30. April waren bei der Genossenschaft 3471024 M. Spargelder einbezahlt.

Alles in allem eine erfreuliche Fortentwicklung. Man kann nur wünschen, daß immer mehr Mitglieder der Genossenschaft zugeführt werden, um so — wie die Forderung vollständiger Sonntagsgruhe — auch andere gewerkschaftliche Forderungen immer mehr und mehr zu erfüllen und der Genossenschaft die Möglichkeit zu geben, ihr Bestreben nach weiterem Ausbau der Eigenproduktion zu fördern.

Arbeiterbildungsschule. Der Kursus im Gewerkschaftswesen findet diese Woche infolge der 50-jährigen Parteijubiläumfeier nicht statt. Der Unterricht wird später nachgeholt.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Wahlmänner-Stichwahlen in Neukölln

findet am Freitag, den 23. Mai, statt.

Die Sozialdemokratie ist an den Stichwahlen folgendermaßen beteiligt:

| I. Abteilung, Wahlzeit von 1 bis 9 Uhr.      |   |  |
|--|---|--|
| 9. Urwahlbezirk, zu wählen sind 2 Wahlmänner |   |  |
| 10.  | „ | „  |
| 11.  | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 22.  | „ | find 2 Wahlmänner                                      |
| 25.  | „ | „  |
| 29.  | „ | „  |
| 32.  | „ | „  |
| 39.  | „ | „  |
| 60.  | „ | „  |
| 66.  | „ | „  |
| 80.  | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 91.  | „ | find 2 Wahlmänner                                      |
| 92.  | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 93.  | „ | find 2 Wahlmänner                                      |
| 106.   | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 107.   | „ | find 2 Wahlmänner                                      |
| 108.   | „ | „  |
| 109.   | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 111.   | „ | find 2 Wahlmänner                                      |
| 127.   | „ | „  |
| 139.   | „ | „  |
| 143.   | „ | „  |
| 145.   | „ | ist 1 Wahlmann   |
| 71.  | „ | hier hat eine Neuwahl statt-zufinden für 2 Wahlmänner. |

| II. Abteilung, Wahlzeit von 9 bis 12 Uhr vormittags. |   |  |
|--|---|--|
| 3. Urwahlbezirk, zu wählen sind 2 Wahlmänner         |   |  |
| 5.   | „ | „  |
| 6.   | „ | „  |
| 7.   | „ | „  |
| 23.  | „ | „  |
| 38.  | „ | „  |
| 49.  | „ | „  |
| 62.  | „ | ist 1 Wahlmann                                       |
| 67.  | „ | find 2 Wahlmänner                                    |
| 77.  | „ | „  |
| 89.  | „ | „  |
| 128.   | „ | „  |
| 79.  | „ | hier hat eine Neuwahl statt-zufinden für 1 Wahlmann. |

Arbeiter! Parteigenossen! Wir erwarten, daß Ihr alle Kraft aufbietet, um unsere Wahlmänner zum Siege zu bringen. Das Zentralwahlbureau ist im Sekretariat des Wahlvereins, Refektorstr. 8 (Tel. 1804). Alle verfügbaren Kräfte haben sich dort zu melden.

### Der Vorstand des demokratischen Wahlkreisverbandes Niederbarnim

richtet in einem Wahlaufsatz an die demokratischen Wähler von Niederbarnim das Ersuchen, bei den bevorstehenden Stichwahlen dem zuverlässigen Vertreter des Reichstagswahlrechts auch für den Landtag, dem Wahlmann der Sozialdemokratie, gegenüber offensiven und verkappten Reaktionsären, also gegenüber den Konservativen und Rationalisten sowie auch den mit letzteren verbündeten Freisinnigen, ihre Stimme zu geben und dadurch zum Siege zu verhelfen.

### Dankow.

Am Freitag, den 23. Mai, finden in zahlreichen Urwahlbezirken Stichwahlen statt und zwar zu derselben Zeit, wie bei der Hauptwahl, also die 3. Abteilung von 11—2 Uhr, die 2. Abteilung von 3—5 Uhr, die 1. Abteilung von 6—7 Uhr. Pflicht der Genossen ist es, alles einzusehen, um die für uns aussichtsreichen Mandate zu erobern. Arbeitstolle Genossen sowie Genossinnen, die bereit sind, mitzuarbeiten, treffen sich um 10 Uhr vormittags im Zentralbureau, Restaurant Pariser, Drehmstr. 47/48, dort erhalten sie weitere Weisungen. Nachstehend veröffentlichen wir diejenigen Bezirke, in denen unsere Kandidaten mit den Bürgerlichen in Stichwahl stehen:

- 107. Urwahlbezirk. Amalienpark, Damerowstraße. 2 Wahlmänner 3. Abt. Kandidaten: Julius Eger, Dreher; Richard Schreivogel, Schneider. Wahllokal: Restaurant Conrad, Dreitestr. 50.
- 108. Urwahlbezirk. Mendelstraße, Prenzlauer Chaussee, Am Schloßpark, Clausthaler, Harzgeroder, Harzburger, Gasseroder und Galenusstraße. 2 Wahlmänner 3. Abt. Kandidaten: Richard Danziger, Rechtskonsulent; Reinhold Waisle, Tischler. Wahllokal: Restaurant Wäde, Damerowstr. 23.
- 110. Urwahlbezirk. Park, Pestalozzi, Kreuz-, Panzgrafenstraße und Ellsabethweg. 2 Wahlmänner 3. Abt. Kandidaten: Edmund Witschla, Lagerhalter; Otto Weise, Arbeiter. Wahllokal: Restaurant „Zum Panzgrafen“, Schloßstr. 6.
- 112. Urwahlbezirk. Schulze- und Spandauer Straße. 1 Wahlmann 2. Abt. Kandidat: Hermann Gerlach, Töpfer. Wahllokal: Restaurant Ehrengruber, Schulzestr. 21.
- 116. Urwahlbezirk. Wolkenstr. 82—102. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Karl Weigel, Wandagist; Otto Knöfel, Dreher. Wahllokal: Restaurant Berger, Wolkenstr. 30.
- 119. Urwahlbezirk. Florastr. 1—10, Gailorhstraße, Rettigstraße. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Heinrich König, Mechaniker; Max Kärchner, Modellstecher. Wahllokal: Restaurant Rothe, Florastr. 14.
- 120. Urwahlbezirk. Florastr. 11—28, Göttschstraße. 3 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Karl Gansow, Dreher; Hermann Reilmann, Arbeiter. Wahllokal: Restaurant Grund, Göttschstr. 14.
- 122. Urwahlbezirk. Florastraße 86—91. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Rudolf Altmann, Arbeiter; Hermann Franke, Maler. Wahllokal: Restaurant Jurisch, Florastr. 23.
- 126. Urwahlbezirk. Berliner Str. 1—31 und 104—128. 2 Wahlmänner 3. Abt. Kandidaten: Karl Krüger, Arbeiter; Erich Gannes, Mechaniker. Wahllokal: Restaurant Ehla, Berliner Straße 118/119.
- 127. Urwahlbezirk. Berliner Str. 38—54 und 87—103, Prinz-Heinrich-, Bremer-, Tiroler- und Jilertalstraße. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Robert Böfel, Dreher, John Hansen, Wirtcher. Wahllokal: Restaurant Quitt, Berliner Str. 49.
- 129. Urwahlbezirk. Granow-, Schul- und Haldenstraße. 2 Wahlmänner 3. Abt. Kandidaten: Hermann Hofel, Arbeiter, Albert Kofinski, Maurer. Wahllokal: Linder, Dreitestr. 84.
- 130. Urwahlbezirk. Dinsstraße. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: Wilhelm Wahnkopf, Kleiner, Paul Ried, Mechaniker. Wahllokal: Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102.
- 131. Urwahlbezirk. Vorkum-, Arkona-, Granig-, Hiddensee-, Riffingen-, Stubnitz- und Masurenstraße. 2 Wahlmänner 2. Abt. Kandidaten: August Wogem, Arbeiter und Alfred Baech, Graveur. Wahllokal: Restaurant Hoffmann, Riffingenstr. 4.
- 132. Urwahlbezirk. Maximilianstraße. 2 Wahlmänner 1. Abt. Kandidaten: Max Gauhmann, Friseur und Hermann Lenz, Gastwirt. Wahllokal: Restaurant Matthes, Mühlenstr. 33.

### In Ober-Schöneweide

ist die Sozialdemokratie an den am Freitag vorzunehmenden 7 Stichwahlen an 6 beteiligt. Von unseren Genossen wird natürlich alles aufgeboten, um noch das Mögliche herauszuholen. In einigen Bezirken ist es lediglich der Interessiertheit einer Anzahl von der Arbeiterschaft abhängiger und unter denselben Verhältnissen lebender kleinen Geschäftsleuten zuzuschreiben, wenn hier noch eine Stichwahl erforderlich ist. Gerade von ihnen wird erwartet, daß sie durch Eintritten für die Wahl der sozialdemokratischen Wahlmänner an dem Kampf um die Eroberung von Volkswahlen tätigen Anteil nehmen. In Zehlendorf (Wannseebahn) finden die Stichwahlen gleichfalls am Freitag, den 23. Mai, für die III. Abteilung von 4 1/2—6 1/2 Uhr in folgenden Bezirken statt:

**3. Urwahlbezirk. Restaurant „Alte Fischerhütte“.** Kandidaten: Gustav Wolf, Otto Fehlbach. **4. Urwahlbezirk. Restaurant „Kaiserhof“.** Kandidaten: Friedrich Ziehe, Reinhold Peiser. **5. Urwahlbezirk. Gemeindefabrik Potodamer Str. 8 (Zurndalle).** Kandidaten: Otto Jüdel, Reinhold Döring. **6. Urwahlbezirk. Restaurant „Lindenpark“.** Kandidat: Albert Hoffmann. **7. Urwahlbezirk. Schönower Straße 8 (Zurndalle).** Kandidaten: August Sauer, August Wirth. **8. Urwahlbezirk. Restaurant „Waldbühne“.** Kandidaten: Bernhard Schöpp, Karl Weiserstein.

Da es auf eine jede Stimme ankommt und die Wahl pünktlich um 7 Uhr geschlossen wird, so erwartet das Wahlkomitee, daß die Wähler pünktlich zur Stelle sind, um die obigen Bezirke für uns zu erobern.

**Sichtenberg.**

Die Stichwahl am 21. Mai hatte folgendes Ergebnis: 2. Abteilung: Von 14 zur Wahl stehenden Bezirken eroberte die Sozialdemokratie 6 Bezirke mit 12 Wahlmännern.

1. Abteilung: Von 12 zur Wahl stehenden Bezirken eroberte die Sozialdemokratie 5 Bezirke mit 9 Wahlmännern. In einem Bezirk wurden außerdem von uns 2 Wahlmänner gewählt, da aber der Wahlvorsteher 6 Kandidaten zur Stichwahl aufgeföhrt hatte, ist die Wahl ungültig und die Mandate ruhen.

Von insgesamt 524 Mandaten hat somit die Sozialdemokratie jetzt 377 inne, und zwar 57 in der ersten, 144 in der zweiten und 176 in der dritten Abteilung.

**Steglitz.**

Bei den Stichwahlen am Montag gelang es der Sozialdemokratie, noch 11 Wahlmänner durchzubringen. Es haben jetzt insgesamt erhalten: Konservative 33, Liberale 168, Sozialdemokraten 48 Wahlmänner.

In der III. Abteilung des 26. Urwahlbezirks muß nochmals eine engere Wahl stattfinden, da bisher keiner der Wahlmänner die absolute Mehrheit auf sich vereinigt hat. Es stehen sich hier 1 Konservativer, 2 Liberale und 1 Sozialdemokrat in engerer Wahl gegenüber.

**Charlottenburg.**

An den am Freitag, den 23. Mai, stattfindenden Wahlmänner-Stichwahlen wollten sich die Urwähler in den in Frage kommenden Urwahlbezirken (siehe „Vorwärts“ vom Dienstag) rege beteiligen. Gewählt wird zu derselben Zeit wie zur Hauptwahl.

**Neu-Bittau (Kreis Borsdorf).**

Die letzte Gemeindevorsteherwahl setzte nach Einführung des neugewählten Schöffen Vorschardt den Gemeindevorstand fest. Es werden wie im Vorjahre 150 Pro. erhoben. Der Ortsteil Steinfurt, der bisher 125 Pro. trug, wird fortan mit 140 Pro. herangezogen; hiergegen stimmten nur unsere Genossen.

Der Bahnbau Erker-Neuzittau rief eine längere Debatte hervor. Die Vertretung beschloß, prinzipiell sich zwar daran zu beteiligen, jedoch erst nach genauer Kenntnis des Projektes sich entgeltlich zu entscheiden. Genosse Schulz hatte bei den Einzelheiten des Vorantrages beantragt, eine Abschrift auf Verlangen jedem Gemeindevorsteher auszuhandigen, ebenso eine ärztliche Untersuchung der Schulländer; beide Anträge wurden jedoch abgelehnt.

**Spandau.**

Zur Landtagswahl! Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Kreisvorstand am Sonntag, den 18. Mai 1913, beschlossen hat, sich nicht an den Wahlmännerstichwahlen am Freitag, den 23. Mai 1913, sowie an der Abgeordnetenwahl im Juni zu beteiligen; sieht es doch fest, daß die Wahl des konservativen Abgeordneten Ebdike gesichert ist. Das Resultat vom 16. Mai hat ergeben, daß von 611 zu wählenden Wahlmännern 884 konservativ bereits gewählt sind, also die absolute Majorität für den Konservativen gesichert ist. Das Geld, welches diese Stichwahlen noch kosten würden, leistet bessere Dienste, wenn es zur Bekämpfung der Gegner benutzt wird. Das hiesige Wahlkomitee hat sich diesen Beschluß des Kreisvorstandes zu eigen gemacht und empfiehlt den Parteigenossen diesem nachzukommen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee Spandau.

**Gerichts-Zeitung.**

**„Die Große Glade“.**

Zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilte gestern die 148. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte den Redakteur des Sensationsblattes „Die Große Glade“, Felix Wolff, der wegen Verleumdung des Finanzschriftstellers Louis Lewy-Schwabe angeklagt war. Der Angeklagte hatte in der genannten Zeitung am 9. Februar 1910 einen gegen den Privatkläger gerichteten Artikel veröffentlicht und ihn darin der unlauteren Manipulation, der Erpressung, der Ränksucht, des Ehemoralbruchs und anderer schönen Dinge beschuldigt. Der Angeklagte hatte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen angetreten. Dieser mißlang aber völlig. Ferner hatte der Angeklagte die Widerklage erhoben, die sich auf zwei Vorwürfe stützte: Nach Erscheinen des Artikels habe der Privatkläger vor dem Angeklagten ausgespuckt und ihm ein „Wut!“ zugerufen, und in der geistigen Verhandlung bezeichnet er den Angeklagten als „Journalisten zweifelhafter Güte“. Nach längerer Beweisaufnahme beantragte Justizrat Eichenbach als Vertreter des Privatklägers gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe, da die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen schwer beleidigend und nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme völlig heillos seien.

Der Vorsitzende Assessor Dr. Feinze verurteilte das Urteil dahin: Der angeklagte Wahrheitsbeweis sei nicht nur nicht gelungen, sondern in allen seinen Teilen gänzlich mißlungen. Zur Überzeugung des Gerichts sei es dargelegt, daß der Privatkläger ein Journalist sei, der Anspruch auf allgemeine Achtung habe. Beleidigung wider besseres Wissen habe das Gericht nicht angenommen, weil der Angeklagte an die Wahrheit seiner Behauptungen geglaubt haben mag; es komme daher nur § 186 St.G.B. in Anwendung, doch habe der Angeklagte grob fahrlässig gehandelt. Bei der Strafzumessung habe das Gericht die Schwere der Beleidigung und die Verletzung des Angeklagten wegen Beleidigung berücksichtigt; der Angeklagte sei einer von den Journalisten, gegen die das Publikum energig geschützt werden müsse. Das Gericht habe deshalb den Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt und dem Privatkläger die Publikationsbefugnis zugesprochen. Was die Widerklage betrifft, so sei der Privatkläger im ersten Falle straflos geblieben, weil es sich um eine auf die Stelle ausgesprochene Erwiderung auf eine Beleidigung handelte, im zweiten Falle sei der Privatkläger freigesprochen worden, weil ihm der Schutz des § 193 St.G.B. zur Seite stehe.

**Durch Strafe zum Verbrecher geworden.**

Zum gemeinen Verbrecher ist der Redakteur Otto Mühlle herabgesunken, der gestern in Jugendhaustrafe von 1. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde. Mit ihm war der „Werkstattschreiber“ Emil Hoffmann wegen Heberei angeklagt. Der Angeklagte Mühlle hat eine gute Schulbildung genossen und auch eine technische Ahtalt besucht. Wie sein Verteidiger behauptete, ist das ganze Leben des Angeklagten dadurch für immer verpfuscht worden, daß er als Jugendlicher zu einer ungewöhnlich hohen Strafe von über 1 Jahre Gefängnis verurteilt worden sei. Dadurch sei er nicht gebessert, sondern im Gegenteil in seinem Charakter verfestigt worden und mehr und mehr gesunken. Als es ihm gelungen sei, eine gute Arbeitsstelle zu erlangen, sei er aus dieser

wieder entlassen worden, als sein Arbeitgeber von seinen Vorstrafen Kenntnis erhalten hatte. Augenblicklich verbüßt er eine 2½jährige Jugendhaustrafe.

Am 24. September hat er bei einer in der Kantstraße 27 zu Charlottenburg wohnenden Sängerin Fräulein Unger einen Einbruch ausgeführt, bei dem er reiche Beute einheimte. Als die Dame abends auf kurze Zeit ihre Wohnung verlassen hatte, um einige Besorgungen zu machen, staltete der Angeklagte der Wohnung einen unliebsamen Besuch ab. Er brach die Korridortür mit Gewalt auf, ohne daß jemand etwas davon merkte, durchstößte dann die offenstehenden Zimmer und fand in verschiedenen Behältnissen kostbare Schmuckgegenstände im Werte von 5000 M., die er in aller Eile zu sich steckte und damit schleunigst verschwand. Als die Sängerin nach kurzer Zeit heimkehrte, sah sie die Verheerung. Der Angeklagte hat die Schmuckgegenstände durch den zweiten Angeklagten, der sich seine Dienste gut bezahlen ließ, wobei er sogar etwas erpresserisch vorging, nach und nach beziehen lassen. Die Sängerin hat den größten Teil ihrer Sachen wiedererhalten. Das Gericht erkannte gegen Mühlle auf eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren Zuchthaus und verurteilte Hoffmann wegen Heberei zu 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verbastung.

**Zwei langjährige Enteignungsprozesse der Stadt Berlin.**

Am Dienstag hat das Reichsgericht in zwei die Havenschen Grundstücke betreffenden Prozessen zugunsten der Stadt Berlin entschieden.

Der Großkaufmann und Rittergutsbesitzer Louis Havene war seit 1888 Eigentümer der beiden 1123 Quadratmeter großen Grundstücke Wallstraße 92 und 93 in Berlin, die am Spreetanal liegen. Auf den Grundstücken befand sich ein Anfang der 1890er Jahre erbautes Geschäft- und Wohnhaus, in dem auch die bekannte Havensche Kunstsammlung untergebracht war. Zu einem im Jahre 1890 geplanten Erweiterungsbau verfasste der Polizeipräsident die Genehmigung, weil auf Grund eines Bebauungsplans von 1892 die für die Wallstraße festgesetzte Fluchtlinie das Grundstück durchschnitten. Havene erwarb darauf die Grundstücke Wallstraße 5 und 6 (Nummer 7 und 8 befand er bereits) und verlegte im Jahre 1896 in den auf diesen Grundstücken errichteten Neubau sein Geschäft und die Bildergalerie. Inzwischen (im August 1894) war der Stadtgemeinde Berlin zum Zwecke der Verbreiterung der Wallstraße das Enteignungsrecht bezüglich der Grundstücke 92 und 93 verliehen worden, soweit diese von der Baufluchtlinie durchschnitten wurden. Für die Straßenverbreiterung wurden 759 Quadratmeter in Anspruch genommen. Havene einigte sich aber mit der Stadt Berlin dahin, daß diese nach § 9 des Enteignungsgesetzes das ganze Grundstück erwerben sollte. Die Entschädigung hierfür wurde vom Polizeipräsidenten auf 1041856 M. festgesetzt. Das Haus ist dann von der Stadt im Jahre 1899 abgebrochen worden. Mit der festgesetzten Entschädigung waren nun beide Teile nicht einverstanden: Die Stadt Berlin meint, das ganze Grundstück sei überhaupt nur 100 000 M. wert gewesen, weil es infolge der Baufluchtlinie von 1892 mit der öffentlich-rechtlichen Servitut der beschränkten Baubarkeit belastet war; sie verlangte deshalb im Abwege einen Teilbetrag von 500 000 M. zurück. Der Beklagte Havene dagegen erhob Widerklage; er wollte noch einen Betrag von über 1 Million mehr als Entschädigung haben.

Das Landgericht Berlin hat die Aufforderungslage der Stadt abgewiesen und auf die Widerklage die Stadt verurteilt, noch 455 000 M. zu zahlen. Vom Kammergericht wurde zunächst durch Zeurteilung die Widerklage in Höhe von 831 000 M. abgewiesen. Diese Entscheidung ist vom Reichsgericht bestätigt und damit die Abweisung der 831 000 M. rechtskräftig geworden.

Nachdem der Prozeß dann wiederum jahrelang beim Kammergericht geschwebt hatte, hat dieses schließlich die Widerklage des Beklagten Havene ganz abgewiesen und auf die Klage der Stadt Berlin den Beklagten verurteilt, von der Entschädigungssumme 367 462 M. zurückzugeben.

Gegen diese Entscheidung legten beide Parteien Revision ein. Das Reichsgericht hat die Revision des Beklagten zurückgewiesen, dagegen auf die Revision der Stadt Berlin, die mit rund 124 000 M. unterlegen war, das Berufungsgericht aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen.

Gleichzeitig wurde noch ein zweiter Prozeß derselben Parteien verhandelt, dem folgender Sachverhalt zugrunde lag:

Auf Antrag der Stadt Berlin sind im Jahre 1896 auch die Havenschen Grundstücke Nr. 97, 97a und 98 der Wallstraße, die längs des Spreetanal liegen, enteignet worden. Als Entschädigung hierfür wurden vom Polizeipräsidenten 863 000 M. festgesetzt und von der Stadt auch gezahlt. Im Wege der Klage fordert die letztere 321 000 M. zurück, während Havene auch in diesem Prozeß eine Widerklage erhoben hat, mit der er eine Mehrrentenschädigung von 50 000 M. begehrt.

Landgericht und Kammergericht haben die Gesamtschädigung auf 338 000 M. festgesetzt, also 25 000 M. niedriger als das Polizeipräsidentium.

Der Beklagte Havene hatte sich bei diesem Urteil beruhigt. Auf die Revision der Stadt Berlin ist die Entscheidung aber, soweit zumunten der Beklagten erkannt war, vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an das Kammergericht zurückverwiesen worden.

**Aus aller Welt.**

**Des Zaren Blutrichter.**

Unter starker Bedeckung hält heute Nikolau, der Selbstherrscher aller Reußen, seinen feierlichen Einzug in Berlin. In offiziellen Reden wird der Mann, dem der Fluß der in den russischen Kerlern schmachenden nachschalle, als ein Freund Deutschlands, ein Vater seines Landes, gefeiert. Die mit dem Blute der Besten des Landes begängten Steppen Rußlands, die Tausende und Abertausende in den russischen Gefängnissen untergebrachten unschuldig Verurteilten geben ein Bild der landesbaterlichen Wilde des Zarenregiments. Die Freundschaft für Deutschland aber illustriert ein Justizmord, den dieser Tage des Zaren Blutrichter an einem preußischen Einwohner verübt hat.

Der Bergmann Ignaz Jakubik aus Hyslowitz, der in den letzten Tagen des ober-schlesischen Grubenarbeiterstreiks über die russische Grenze nach dem Nachbarort Rissa ging, um unter den dortigen Bergleuten Streikunterstützungen zu sammeln, ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt worden. J. verteilte in dem russischen Orte auch Flugblätter, die die Aufforderung enthielten, sich dem ober-schlesischen Streik anzuschließen und nicht zu dulden, daß Kohlen von dort nach Ober-schlesien verschifft würden. Die Polizei ließ den Streikabgesandten verhaften und nach Wenzin bringen, wo er auf administrativem Wege wegen Aufwiegung sofort abgeurteilt wurde. Das Urteil lautete, den ober-schlesischen Wäldern zufolge, auf lebenslängliche Zwangsarbeit. J. ist etwa 40 Jahre alt und Familienvater.

Das ist russisches Recht, Gerechtigkeit des Freundes Deutschlands, geübt an einem Bewohner des befreundeten Staates.

**Eisenbahnunglück in Westfalen.**

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf der Strecke Gesevelsberg-Heubing, in der Nähe der Station Vogelsang. Infolge falscher Weichenstellung entgleiste ein Güterzug; sieben Güterwagen wurden total zertrümmert, ein Schaffner wurde getötet und vier Zugbeamte schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Bis Mittwochmittag konnte die Strecke noch nicht geräumt werden. Aus Ebersfeld-Barmen langte ein Güterzug an, um die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen.

**Grauenhafter Mord.**

Eine entsetzliche Missetat ist Dienstag morgen in der Nähe des Kurhanfes Friedenthal bei Pilsburg verübt worden. Drei polnische Arbeiter waren schon während der Nacht miteinander in Streit geraten, der in Tätlichkeiten ausartete. Schließlich drangen zwei der Arbeiter auf den dritten namens Sabrowski ein und schlugen ihn mit einem Knüttel nieder. Sie banden ihn dann an einen Baum und brachten ihm mit einer Schaufel schwere Verletzungen am Unterleibe bei, sodah die Därme herausstraten und zertrümmerten ihm dann die Schädeldecke. Die Leiche schleppten sie in das Dickicht des Waldes, wo sie erst Mittwoch morgen gefunden wurde.

**Aufzucht in Marokko.**

Die Gesellschaft für ausländische Krankheiten in Paris hat eine Untersuchung über die wachsende Alkoholisierung Marokkos angeestellt. Die Einfuhr alkoholischer Getränke hat sich in den zwei Jahren von 1909 bis 1911 wie folgt entwickelt:

|                       | 1909              | 1911              |
|-----------------------|-------------------|-------------------|
| Wein                  | 24 704 Hektoliter | 40 580 Hektoliter |
| Reiner Alkohol        | 4 412             | 7 871             |
| Genötre               | 1 892             | 2 466             |
| Abfink und Rum        | 1 981             | 8 873             |
| verschiedene Schnäpse | 10 579            | 13 896            |

Also eine Zunahme um fast zwei Drittel. Noch ganz anders hat sich die Zahl der Aneipen erhöht. 1907 gab es in Casablanca nur 6 Schanklokale, im Januar 1913 aber 161. Dr. Remlinger bemerkt dazu, daß die Mohammedaner im allgemeinen nicht ins Wirtshaus gehen, sondern zu Hause trinken. Sie läten es ohne jeden Genuß, nur um sich den Reiz der Trunkenheit zu verschaffen. Merkwürdig ist auch, daß Mineralwasser in Marokko einen Zoll von 12 1/2 Proz., alkoholische Getränke aber nur von 7 1/2 Proz. zahlen. Wollen unsere Kolonialpolitiker den unheilvollen Einfluß des französischen Aneipewirts zum Ausfuhrgegenstand machen? Die Begünstigung des Alkohols ist jedenfalls eine seltsame Aufassung der zivilisatorischen Aufgabe jedes Eindringens in Marokko, bemerkt dazu die „Humanität“. Wie leicht geschieht es nicht ohne Abfink, daß sich der Alkohol im Inland als ein so gutes Mittel zur Niederhaltung des Volkes erwies, so kann er ja auch dazu dienen, die Gegenwart eines eroberten Volkes zunichte zu machen.

**Kleine Notizen.**

**Liebesdrama.** In Amberg lauerte der 23jährige Reisende Ernst Müller seiner Geliebten, der 23jährigen Schneidermeisterstochter Planer auf und tötete sie durch zwei Revolverkugeln. Dann verlegte er sich selbst lebensgefährlich. Das Mädchen hatte das Verhängnis gelöst.

**Bombenanschlag.** Auf dem Observatorium zu Blackford Hill bei Edinburgh explodierte eine Bombe, die in dem Fußboden des zweiten Stockwerkes ein Loch von einem halben Meter Durchmesser riß. Das Gebäude ist nur wenig beschädigt; doch glaubt man, daß die Instrumente erheblich gelitten haben. Anhängerrinnen des Frauenstimmrechts werden für die Urheberinnen des Anschlages gehalten.

**Familien-drama.** In der Nacht zum Mittwoch hat sich in einem Hotel auf dem Semmering eine blutige Familientragödie abgespielt. Der dort mit seiner Frau und seiner Schwägerin einlogierte albanische Notable Delbina Wei, ein Sohn des bekannten Albanenfürhers Saliu Delbina, hat nach einem kurzen Wortwechsel seine junge Frau und dann sich selbst erschossen. Die erschossene Frau Delbina ist die Tochter Ymael Balhas, der vor vier Jahren in Konstantinopel bei einer Straßen-demonstration ermordet wurde.

**Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Mittwoch, den 28. Mai, 7 Uhr: Beschäftigung der Gesellen, Kurfürstendamm 205/206, unter Führung Robert Dreuzer. Billets 2 25 Pf. um 7 1/2 Uhr am Eingang zu haben. (Nur für Mitglieder.)

**Marktpreise von Berlin am 20. Mai 1913.** nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,58 bis 20,60, mittel 18,54—18,56, geringe 16,50—16,52. Roggen, gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. (ab Wagn.) Buttergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,10—15,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,50, mittel 16,50—17,50 (rei Wagn und ab Wagn). Reis (mitpel), gute Sorte 18,20—18,50. Reis (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Mittwoch 4,40—4,80. Feu 6,00—7,50.

**Marktpreisliste.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Bohnen 35,00—60,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,40—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Gemmefleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Rote 1,80—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schote 1,80—3,40. Sile 0,80—1,00. 60 Stück Äpfel 3,50—60,00.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserburau

| Wasserstand | am 20. 5. 1913. |      | Wasserstand    | am 19. 5. 1913. |      |
|-------------|-----------------|------|----------------|-----------------|------|
|             | am              | seit |                | am              | seit |
| Wemel, Ahr  | 182             | -4   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 37              | +4   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Elbe | 154             | -9   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 118             | -5   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 130             | -6   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 135             | -4   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 146             | -12  | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 116             | -9   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | -7              | -0   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | -8              | -12  | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | -152            | -3   | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 107             | 0    | Saale, Spandau | 153             | -1   |
| Wemel, Rhen | 94              | -6   | Saale, Spandau | 153             | -1   |

+) + bedeutet Waß, — Fall. — \*) Unterpegel.

**Der gutsitzende Anzug**

macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatarbeiter-Anzüge, Ulster, Paletots, Bohnkeller, getragen, teils von ersten Schneidern aus feinsten Materialien angefertigt (auch auf Maß) für jede Figur (auch den stärksten Mann) passend am Lager. Anschaffungspreis bis M. 150.— zu folgenden billigen Preisen:

|                  |        |      |      |      |                         |
|------------------|--------|------|------|------|-------------------------|
| Jackett-Anzüge   | M. 9.— | 12.— | 16.— | 20.— | etc. bis zu 4. Preisen: |
| Rock-Anzüge      | 12.—   | 16.— | 20.— | 24.— |                         |
| Gehrock-Anzüge   | 18.—   | 22.— | 27.— | 32.— |                         |
| Herrn-Ulster     | 10.—   | 15.— | 20.— | 25.— |                         |
| Sommer-Paletots  | 6.—    | 8.—  | 12.— | 14.— |                         |
| Hosen            | 2.—    | 3.—  | 4.—  | 6.—  |                         |
| Jünglings-Anzüge | 7.—    | 10.— | 14.— | 18.— |                         |

Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verlihen.

**Garderobenhau**

**Gr. Frankfurter Straße 116**

an der Andreasstraße.



# Aus der Frauenbewegung.

## Arbeiterinnenschutz.

Wie voranzugehen war, weisen die Berichte der preussischen Gewerbeaufsicht für 1912 die vorliegenden Resultate auf wie in den Vorjahren. Nur etwas über die Hälfte (51 Prozent) aller revisionspflichtigen Betriebe konnten im Berichtsjahre kontrolliert werden, weil die Zahl der Beamten nicht der Ziffer der vorhandenen Betriebe entspricht. Ende 1912 waren in der preussischen Gewerbeaufsicht 317 Beamte und außerdem 12 Gewerbeassessoren und 7 Gewerbeassistenten beschäftigt. Diese hatten 169.608 Betriebe zu kontrollieren und außerdem die Arbeiten zu erledigen, die der Gewerbeaufsicht seit dem 1. April 1912 durch das Hausarbeitsgesetz erwachsen sind. Die einzelnen Beamten sind nicht imstande, die Kontrollen in der Weise und dem Umfange vorzunehmen, wie es im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen nötig wäre. Umsonst ist es zu bedauern, daß die Mehrarbeit durch die Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes nicht durch entsprechende Einstellung von Beamten ausgeglichen wurde. Einem Staate, der dem Träger der Krone jährlich 18 Millionen Mark opfert und für Gesundheitsverwaltung über 10 Millionen Mark ausgibt, kann es an Mitteln zum Ausbau des Arbeiterinnschutzes nicht fehlen. Es muß also am guten Willen liegen, den Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich die Vorteile des Arbeiterschutzes zu garantieren. Den Schaden davon haben in der Hauptsache die Arbeiterinnen zu tragen, die nicht in der gleichen Weise wie die Arbeiter durch die Macht ihrer Organisation auf Innehalten der gesetzlichen Bestimmungen dringen können.

Verstöße gegen den Arbeiterschutz sind deshalb am häufigsten in den Betrieben festzustellen, die vorwiegend Arbeiterinnen beschäftigen. Von 3671 ermittelten Zuwiderhandlungen gegen den Arbeiterschutzes entfielen 1631, also über 44 Prozent, auf die Betriebe des Bekleidungs- und Wäschehandels und davon 1323 Fälle allein auf die Kleider- und Wäscheherstellung. Dabei machen die revidierten Betriebe des Bekleidungs- und Wäschehandels nur etwas über 14 Prozent aller revidierten Betriebe aus. Hierdurch ist der Nachweis erbracht, wie häufig Verstöße gerade in diesem Gewerbegebiet vorkommen, der nach der Berufszählung von 1907 über ein Drittel aller hauptberuflich erwerbstätigen Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt. Zu den Arbeiterinnen des Bekleidungs- und Wäschehandels gehören auch zum erheblichen Teil die Frauen und Mädchen, die als mithelfende Familienangehörige und als Heimarbeiterinnen tätig sind. Diese unterliegen in der Mehrzahl jetzt zwar auch der Kontrolle durch die Gewerbeinspektion, was aber praktisch solange bedeutungslos ist, wie die Zahl der Beamten mit der ihnen auferlegten Arbeit nicht im Einklang steht. Es ist aber nicht darauf zu rechnen, daß dies für die nächste Zukunft der Fall sein wird.

Die Arbeitszeit der im Hause beschäftigten Arbeiterinnen läßt sich nicht kontrollieren. Umso weniger hätten gerade deshalb die Inhaber der Konfektionsbetriebe Veranlassung gehabt, durch Eingaben an die Regierung besondere Erleichterungen für ihre Betriebe zu verlangen, wie es im Vorjahre geschehen ist. Die völlig unzureichenden Schutzvorschriften für Arbeiterinnen sind eben auch der Unternehmern lästig, denen Zuwiderhandlungen äußerst leicht gemacht sind. Daß solche immer wieder vorkommen, lehnen in jedem Jahre die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, die freilich nur in gebräugter Kürze die Ergebnisse der Kontrollen eines Teiles der vorhandenen Betriebe der Öffentlichkeit unterbreiten können.

Auch 1912 wurden durch die Kontrollen etwas über vier Fünftel aller in revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen erfaßt. Es müssen also in erster Linie größere Betriebe beschäftigt worden sein. Dort aber sind in der Regel nicht die schlechtesten Arbeitsverhältnisse anzutreffen. Der Zusammenhalt der Beschäftigten, der in größeren Betrieben viel leichter Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben kann, bildet eben größeren Widerstand gegen Verstöße, die Arbeiterschutzgesetze auszuschalten. Auch sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in Großbetrieben meist besser organisiert, als die kleineren Werkstätten. Dies alles berücksichtigt, beweisen die Berichte, wie wenig durch die Art der ausgeübten Kontrolle Verstöße gegen den Arbeiterschutzes zum Ausdruck kommen können.

Ein Beispiel als Beweis. Im Berichtsjahre wurden 44 Fälle ermittelt, in denen unerlaubte Mitgabe von Arbeit nach Hause erfolgt war. Unsere Verleumdungen werden darüber lächeln und uns bestärken, daß trotz des § 137a der Gewerbeordnung, der seit dem 1. Januar 1910 in Kraft ist, nach wie vor den Werkstattdarbeiterinnen der Verufe, in denen Heimarbeiter möglich ist, in der Saison Arbeit nach Hause mitgegeben wird. Und wehe den Arbeiterinnen, die etwa unter Hinweis auf obige Bestimmung die Mitnahme verweigern würden. Die Entlassung wäre ihnen sicher; zum mindesten wären die ersten, die bei Abflauen der Konjunktur gehen müßten. Terrorismus der Unternehmer wäre das allerdings nicht, sondern nur Wahrung berechtigter Interessen.

Weglich steht es aber auch mit den Nachweisen über Zuwiderhandlungen gegen die sonstigen Vorschriften. Nur in seltenen Fällen sind solche festzustellen. Wenn bei der ungenügenden Kontrolle und der Art, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen ausgeübt werden kann, dennoch Verstöße in erheblicher Zahl in jedem Jahre nachgewiesen werden, so zeigt dies nur, wie wenig sich die Unternehmer nach den Vorschriften richten, nicht nach den Umfang der Verstöße selbst. Diese werden erst dann eingekürzt bzw. beseitigt werden, wenn die Organisation unter den Arbeiterinnen auch in den Verufen an Macht gewonnen hat, in denen die Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen den Unternehmern heute noch gestattet, nur auf ihren Vorteil zu achten.

Daß die beruflichen Verhältnisse das Auserachtlassen der Schutzvorschriften fördern können, kann nicht behauptet werden. Das Gesetz nimmt weiteste Rücksicht auf die Saisongewerbe und gestattet Heimarbeiter an einer Reihe von Tagen, auch an Sonnabenden, wie ebenfalls die Berichte zum Ausdruck bringen. Nur 264 Anträge auf Bewilligung von Heimarbeiter wurden zurückgewiesen, dagegen 4746 Anträge bewilligt. Erlaubt wurden 2240 Betrieben die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre länger als 10 Stunden täglich. Die Zahl der bewilligten Hebestunden betrug 2.534.655 1/2, Stunde für insgesamt 172.901 Arbeiterinnen, so daß nahezu der dritte Teil aller in revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen Heimarbeiterin geleistet hat. Im Durchschnitt kamen auf jede Arbeiterin etwas mehr als 14 1/2 Stunden.

Außerdem erhielten 55 Betriebe mit 2447 erwachsenen Arbeiterinnen Erlaubnis, an Sonnabenden nach 5 Uhr abends und länger als 8 Stunden zu arbeiten. Bewilligt wurden 59.911 1/2 Stunden, so daß im Durchschnitt auf jede Arbeiterin 24 1/2 Stunden kommen. 41 Betrieben wurde die Erlaubnis zur längerer Beschäftigung an mehr als 12 Sonnabenden erteilt und nur 21 Anträge zurückgewiesen. Es kann also nicht behauptet werden, daß die Verboden sein Verständnis für die eigenartigen Verhältnisse verschiedener Berufe und die Schwierigkeiten haben, die für Saisongewerbe zweifellos vorhanden sind. Wenn trotz des bewiesenen Entgegenkommens in jedem Jahre eine so erhebliche Anzahl Hebestunden nachgewiesen werden können, die auch nicht entfernt der Zahl der wirklich vorgekommenen Verstöße gleichkommen, so liegt dies daran, daß die Unternehmer eben damit rechnen, nicht erfaßt zu werden. Geschieht dies aber, dann werden sie durch die geringen Strafen wenig betroffen. Hierüber werden wir in einer späteren Hebericht den Beweis erbringen. Aber selbst höhere Strafen werden die Umgehung des Arbeiterschutzes nicht verhindern, die so lange geübt werden wird, wie die Arbeiterinnen dies gestatten.

## Die Blaublufigen.

Wir kennen sie alle, die Blaublufigen Mädchen von der Vermittlungszentrale. Wenigstens ihre Stimme hören wir täglich. „Hier Amt, bitte...?“ So unschuldig sieht das da: „Hier Amt, bitte...?“ Drei Worte, vier Silben, nichts weiter. Aber multipliziert es einmal mit einer Million. Eine Million mal „Hier Amt, bitte...?“ Und was kommt heraus? Der Lebensinhalt einer Telefonistin. Nicht ganz. Es fehlt noch etwas. Der Kerger fehlt noch, der Verdruß und die Schimperei von ungeduldrigen Telefonabonnenten. Das ist das tägliche Eingestrichel. Das ist das Salz im Leben der Blaublufigen — ein trauriges Leben. Ein typisches Menschenleben, wie es hunderttausendfach der vielgerühmte Fortschritt in unsere Zeit hineingeknetet hat. Unser Fortschritt, der im Dienste von Maschinen steht.

Das Vermittlungsamt ist eine große Maschine. Und die Blaublufigen, die Hunderte, sind die Rädchen der Maschine, die rhythmisch sich bewegen, ihre Lippen öffnen, „Hier Amt, bitte...?“ wieder schließen und das riesenhafte Ding bedienen, das sich Fortschritt nennt.

Wir treten in den großen Saal. An Tischen, Kästen, vor unzähligen blinkenden Metallkontakten sitzen junge Mädchen. Stahlreifen halbkreisförmig um ihr Vordenhaupt — ihre Hörer. Um ihren Hals den Ring, aus dem sich ein Trichter aufwärts biegt zum Munde — ihre Sprecher. Die Mädchen flüstern halblaut.

„Hier Amt, bitte...?“  
„Hier Amt, bitte...?“  
Kämpchen glücken auf, Kämpchen löschchen aus. Spinnenhaftig fahren schmale Finger zwischen den Kontakten hin und her. Im Saale flirrt es. Der Saal Gespräche klingen elektrisch durch den Saal. Aneinandergehaßt durch das Vermittlungsamt. „Hier Amt, bitte...?“

Stellt euch einmal vor: Acht Stunden lang am Tage:  
„Hier Amt... hier Amt... hier Amt...“  
und morgen wieder:

„Hier Amt... hier Amt... hier Amt...“  
und übermorgen — wochenlang — monatelang — jahrelang:  
„Hier Amt... hier Amt... hier Amt...“

Die Armen! Aber haben sie nicht dort gelächelt, die Blaublufigen? Haben nicht schelmisch junge Augen dort geblitzt? Unbändige Jugendkraft, wieviel braucht es doch, um deinesgleichen auf die Anie zu zwingen! Des Fortschritts Maschinenwolven gehen über dich hinweg, und du lächelst? Des Fortschritts Maschinenbompehe faugen dir den bunten Lebensinhalt täglich aus, und — du lächelst immer noch? Nicht lange, belehrt mich die Statistik. Ein paar Jahrelein nur, dann erstarbt das Mädchen, und wer irgend kann, von den Blaublufigen, der flüchtet sich über den Graben — vielleicht in eine Ehe, vielleicht in einen anderen Beruf — eine Köchin, eine Verkäuferin, ein Mädchen für alles ist schließlich besser daran, viel besser.

Und die Maschine im Vermittlungsamt? Was kümmert sie sich viel, was aus ihren allen Sklaven wird? Sie kriegt täglich neue, wenn sie solche braucht. Sie drängen sich noch an den Türen.

Und eines Tages — jetzt ist er da, der Tag — hat die Maschine im Vermittlungsamt einen letzten Fortschritt gemacht. Das Sakram, das zwischen Kontakt und Kontakt bestand, worin sich menschliche Maschinenteile schalten mußten, ward ausgefüllt. Die läckenlose Brücke ward geschlagen. Das automatische Telephonamt sprang in die Welt.

Ein Wunder der Technik: Du stichst an deinem Apparat. Welche Nummer willst du haben? 3456? Gut. Zeige deinen Zeigefinger in die Ziffer drei der Scheibe und drehe sie nach unten. Nach es ebenso mit vier, mit fünf und sechs. Das Ganze dauert drei bis fünf Sekunden. Und schon klingelt es.

Amt?  
Rein, das Amt ist leer. Kein „Hier Amt, bitte...?“ tönt dir mehr entgegen. Der andere Abonnent ist selber da. Du hast ihn direkt aufgelaufen. Die Ströme, die aus deinem Scheibendrehen fließen, haben sich die Nummer selbst aufgesucht, die du haben wolltest. Da ist er schon, dein Freund.

„Du hast gerufen?“ sagt er. Nicht mehr: „Du hast mich rufen lassen.“

Und wenn er grad mit einem andern spricht?  
Ganz einfach: So ertönt in deinem Apparat das „Beleg“-Signal. Du rufst „Jamos!“ und „Wunderbar!“

Und weiß du weiter denkt, so fragst du schließlich noch:  
„Und die Blaublufigen?“

Die Maschine braucht sie nicht mehr. Die Maschine hat sich erhoben und die braven Dienerrinnen vertrieben. Hinweggeführt hat sie sie aus dem Saal, aus dem Haus, aus Amt und Brot, auf die Straße... „Marisch, laßt euch etwas anderes.“

Und die Blaublufigen ziehen ihre Blusen aus und suchen etwas anderes.

„Aber das ist doch ein Vorteil, daß sie befreit sind von der monotonen Arbeit an der Vermittlungsmaschine?“

„Ach, ich fürchte, sie müssen die eine Maschine verlassen, um in den Saal einer anderen Maschine zu treten. Vielleicht bedienen sie morgen die Schreibmaschine oder das Publikum am Schalter...“

Wohin der Weg? Erst wagt ihr über Menschen, ihr Maschinen, preßt sie aus und treibt sie fort und laßt sie liegen...  
Fritz Müller.

## Ein Frauenparlament.

Aus London wird uns geschrieben: In dem Streit um das Frauenstimmrecht ist in England schon wiederholt der Vorschlag aufgetaucht, ein Frauenparlament einzuberufen, das von Frauen zu bilden und von Frauen zu wählen wäre. Diese Vorschläge soll keine ausführende Gewalt haben, sondern nur ein Beratungs- und Vorschlagsrecht besitzen. Ihre Beschlüsse müßten von dem bestehenden Parlament angenommen werden, so Gesetzeskraft zu erlangen. Wenn ein derartiges Frauenparlament, so sagen seine Verfechter, umfänglich zu Werke ginge, so daß es die öffentliche Meinung auf seine Seite brächte, könnte kein Parlament seine Beschlüsse mißachten. Die Gemeinde der Quäker besitzt schon seit langem ein Frauenparlament, das bei wichtigen Angelegenheiten mit den Männern eine gemeinschaftliche Sitzung abhält. Der Gedanke einer besonderen Vertretungsgesellschaft für irgendeinen Stand oder Beruf ist natürlich nicht neu.

Englische Geschichtsschreiber weisen in dieser Diskussion darauf hin, daß die Geistlichkeit noch heute ihr besonderes Parlament hat. In den Anfängen des englischen Parlaments kamen die Geistlichen in einer eigenen Versammlung, Convocation genannt, zusammen, um der Krone Abgaben zu bewilligen. Seit dem Jahre 1850 haben diese geistlichen Versammlungen fast gesetzgebende Gewalt in Dingen, die die Geistlichkeit angehen. Dann und wann erhält die Convocation von der Krone sogenannte „letters of business“, die die Versammlung ermächtigen, Resolutionen zu fassen, die nachher vom Parlament in einem Parlamentsakt verfoert werden. Auch die Vertreter der Kaufmannschaft hielten im 13. und 14. Jahrhundert in England besondere Versammlungen ab, in denen sie mit dem König und seinem Räte über die Handelsgesetzgebung konferierten. Von den ersten Parlamenten waren die Kaufleute ausgeschlossen; aber das Parlament verließ ihren Beschlüssen gewöhnlich Gesetzeskraft. Doch die engste Parallele zu einem modernen Frauenparlament bietet das irische „Hintergassenparlament“ vom Jahre 1792. Da-

mals entfalteten die irischen Katholiken eine mächtige Agitation zugunsten der Ausdehnung des Wahlrechts auf die katholische Mehrheit des irischen Volkes. Das irische Parlament bestand noch, setzte sich aber gänzlich aus Protestanten zusammen. Während der Wahlrechtsagitation beriefen die katholischen irischen Führer einen Nationalen Katholischen Konvent zusammen, der in Dublin in der Bad Lane (Hintergasse) tagte. Diese Versammlung entwarf eine Resolution, in der das Wahlrecht und die Gleichberechtigung der Katholiken verlangt wurden, und schickte sie direkt an die Reichsregierung in London, wo die Forderung einen so tiefen Eindruck machte, daß man die irische Regierung beauftragte, eine Vorlage, die den Katholiken das Wahlrecht gebe, einzubringen und durchzuführen.

Der Vorschlag, ein Frauenparlament dauernd neben einem Männerparlament bestehen zu lassen, in wohl kaum ausführbar. Gemöhnlich wird er von Leuten gemacht, die, ohne sich für das Frauenstimmrecht erwärmen zu können, dennoch zugeben, daß die Frau in gewissen Fragen ein Recht hat, gehört zu werden. Mit derselben Begründung siehe sich ein besonderes Parlament für die Handlauer, die Vergarbeiter und viele andere Berufe rechtfertigen, die mit eigentümlichen Problemen zu tun haben. Doch als Agitationsmittel nach dem Vorbild des „Bad Lane Parliament“ ließe sich der Vorschlag, ein Frauenparlament einzuberufen, wohl hören.

## Mutter und Kind.

Die Entbindung der Kleinsten. Schon in der vorrevolutionären Periode ist in Frankreich die mit dem Wort „trou“ bezeichnete Vorrichtung getroffen worden, die armen Mütter ermöglichte, ihre neugeborenen Kinder unerkannt der öffentlichen Fürsorge zu übergeben. Diese Institution, die einigermaßen als Korrektur des gesetzlichen Verbots der Erforderung der Vaterschaft gewirkt hat, ist nun in Toulouse in merkwürdiger Art erweitert worden. Eine Verfügung des Präfekten ermöglicht es nämlich Frauen, die der Entbindung entgegensehen, mit einer Gesichtsmaske die Gebäranstalt aufzusuchen. Sie brauchen dort ihren Namen nicht bekanntzugeben, sondern sind nur gehalten, in einem verschlossenen Umschlag die nötigen Personalangaben zu hinterlegen, um gegebenenfalls die gesetzliche Todeserklärung möglich zu machen. Nach Beendigung des Wochenbettes können sie das Gebärdhaus wieder verlassen. Mit dieser Einrichtung hofft man die Zahl der Totgeburten (sie betrug 1911 in Frankreich 38.000) und namentlich auch der Abtreibungen einzuschränken. — Erwähnt sei, daß die Gemeindevertretung von Toulouse eine sozialistische Mehrheit hat.

Staatspension für arme Mütter. Vor kurzem haben die beiden Parlamente und der Gouverneur des Staates Pennsylvania ein neues Gesetz fertiggestellt, das aller Wahrscheinlichkeit nach in den größeren Staaten der Union, zunächst in New York, nachgeahmt werden wird: das Pensionsgesetz für verwitwete Mütter. Bisher wurden Kinder, die von den Müttern nicht ernährt und erzogen werden konnten, in staatlichen Erziehungsanstalten, in der Regel in Waisenhäusern, untergebracht. Nach dem neuen Gesetz ernannt der Gouverneur für die einzelnen Distrikte eine Anzahl von Frauen, die die Pflicht übernehmen, die Verhältnisse verwitweter Mütter zu prüfen. Wo die Notlage so groß ist, daß die Erziehung und der Unterricht der Kinder gefährdet erscheinen, setzt der Staat der Witwe eine Pension aus, die so lange monatlich ausbezahlt wird, bis die Verhältnisse der Mütter sich bessern oder die Kinder erwerbsfähig geworden sind. Die Pensionssumme, die einer Mutter ausbezahlt werden kann, beträgt nach den Bestimmungen des Gesetzes für ein Kind monatlich 48 M., für zwei Kinder 80 M., für drei Kinder 104 M.; wo mehr Kinder vorhanden sind, kann für jedes weitere Kind noch eine Monatssumme von 20 M. ausgezahlt werden. Um den finanziellen Ansprüchen genügen zu können, hat das Parlament für das erste Jahr einstweilen eine Summe von 800.000 M. ausgezahlt.

## Frauenarbeit.

Die Quellen der Prostitution. Grauenhafte Lohnverhältnisse hat die vom Senat von Illinois eingesetzte Lasteruntersuchungskommission in Springfield aufgedeckt. Die Vizegouverneur O'Hara dem Präsidenten Wilson berichtete, verdienen die Mädchen in der Internationalen Schuh-Compagnie dort bei zehnjähriger Arbeit 8 Dollar wöchentlich. Ein Mädchen von 21 Jahren hat es nach jahrelanger Arbeit auf 4 Dollar gebracht. Ein Dollar ist — 4,20 M., hat aber kaum mehr Kaufkraft als 2 M. bei uns. Dabei unterhält die Gesellschaft, die mit 25 Millionen Dollar arbeitet, ein Bureau in Washington, das die Herabsetzung des Schulgeldes damit belämpft, daß dadurch eine Konkurrenz mit den billigen europäischen Löhnen unmöglich würde. In einer Fabrik, in der Taschentücher hergestellt werden, verdient ein Mädchen in 10 Stunden 30 Cent (1,20 M.). — Andererseits wurde festgestellt, daß Polizeibeamte mit Mädchen in öffentlichen Häusern in „Geschäftsverbindung“ stehen. Wenn ein Haus ausgehoben wird, warnen sie vorher, so daß ihre Geschäftsfreundinnen dann nicht da sind.

Lehrerinnen in Preußen. Preußen hatte nach der amtlichen Schulstatistik 1901 unter 90.208 Lehrenden 13.868 Lehrerinnen, 1911 unter 118.293 Lehrenden 24.650 Lehrerinnen. Während in dem letzten Jahrzehnt die Zahl der Lehrer um 20 Prozent gestiegen ist, hat die der Lehrerinnen in dem gleichen Zeitraum um 77 Prozent zugenommen. Ganz besonders stark sind die Lehrerinnen im Westen vertreten. Einige Städte haben dort fast so viel Lehrerinnen wie Lehrer. Im Osten ist man mit der Anstellung von Lehrerinnen zurückhaltender. Die Lehrerinnen suchen am meisten in Städten Anstellung. Nach der letzten Statistik waren in den Städten insgesamt 85.280, auf dem Lande 58.254 Lehrer tätig; von den Lehrerinnen dagegen befanden sich in den Städten 15.858, auf dem Lande nur 8.797. Wam werden die Tausende von Lehrerinnen, auf deren Mitarbeit man bei dem großen Lehrermangel auch in Zukunft angewiesen ist, von der Härte des erzwungenen Zölibats befreit werden?

Frauen im französischen Staatsdienst. Während im Jahre 1871 nur 10.000 Frauen im Postdienst tätig waren, haben nach der jüngsten Statistik schon über 150.000 Stellen in öffentlichen Ämtern. Im Ministerium des Inneren zählt man 10.000 angestellte Frauen, im Ministerium der öffentlichen Arbeiten 25.000, im Finanzministerium 15.000, im Landwirtschaftsministerium 18.000; sogar das Kriegsministerium hat 4.000 Frauen angestellt, während das Justizministerium sich bisher ihnen gegenüber am zurückhaltendsten benimmt, da nur 210 Frauen zugelassen sind. Die übrigen Tausende von Frauen sind in anderen staatlichen Ämtern beschäftigt.

## Literarisches.

Arbeiterinnenschutz. Von Emmy Freundlich. Wien 1913. (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.) 40 Seiten. Preis 15 Pf. Die Schrift der Genossin Freundlich zeigt, wie in der heutigen Gesellschaftsordnung die Frauen immer stärker zur gewerblichen Arbeit außerhalb der Familie herangezogen werden und zwar nicht nur vor der Heirat, sondern auch nach ihr. Die Frauenarbeit ganz zu verbieten, sei unmöglich, weshalb der Schutz der arbeitenden Frauen und Mütter verlangt werden muß. Die Verfasserin begründet die einzelnen Forderungen, die zum Schutze der Arbeiterinnen erhoben werden müssen. Sie erörtert die Lohnverhältnisse, die Frage der Heimarbeiter, den Witwen- und Waisenschutz und ruft die Frauen zur Mitarbeit im gewerblichen und politischen Kampfe auf. Obgleich die Schrift in erster Linie österreichische Verhältnisse berücksichtigt, wird sie auch für die Agitation hierzulande Dienste leisten können.

